



Auszug aus dem
Jahresabschluss des Kreises Bergstraße
für das Haushaltsjahr 2009
(ohne Teilfinanz- und Teilergebnisrechnungen)

Jahresabschluss des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2009

- Inhaltsverzeichnis –

Kap.	Inhalt	Seite
I.	Einleitung	1
II.	Rechenschaftsbericht	3
	Verlauf der Haushaltswirtschaft	5
	Lage des Kreises	11
	Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung	11
	Vorgänge von besonderer Bedeutung	12
	Voraussichtliche Entwicklung	16
	Wesentliche Abweichung zwischen Planung und Ausführung von Investitionen	18
III.	Controllingbericht	19
IV.	Bilanz (Vermögensrechnung)	49
V.	Anhang	51
	Allgemeine Angaben	52
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	53
	Erläuterungen zur Bilanz, Forderungen, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rücklagen	54
	Sonstige Angaben	66
VI.	Übersichten	
	Sonderpostenspiegel	71
	Übertragene Haushaltsermächtigungen	73
	Ansatz und Ergebnis der Budgets	79
	Personal- und Stellenwirtschaft	85
	Außer- und überplanmäßige Aufwendungen	87
VII.	Ergebnis- und Finanzrechnung	
	Gesamtergebnisrechnung	89
	Gesamtfinanzrechnung -indirekt -	90
	Gesamtfinanzrechnung -direkt-	91
VIII.	Teilergebnis- und Teilfinanzrechnung	
	01- Innere Verwaltung	93
	02-Schule und Kultur	143
	03-Soziales und Jugend	161
	04-Gesundheit und Sport	201
	05-Gestaltung der Umwelt	209
	06-Zentrale Finanzleistungen	237
IX.	Erläuterungen	245

Einleitung

Mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2008 hat der Kreis Bergstraße im Rahmen der Reform des kommunalen Haushaltsrechts sein Haushalts- und Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt. Auf der Basis des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 21.11.2003 und der daraufhin zu erwartenden Änderungen in der Landesgesetzgebung hat der Kreistag des Kreises Bergstraße am 08.11.2004 beschlossen, die Doppik einzuführen.

Damit hat sich der Kreis verpflichtet, zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer doppelter Buchführung aufzustellen (§ 114 s Abs. 1 HGO). Basis hierfür sind, im Gegensatz zum bisherigen kameralen Abschluss, die Vorschriften des Handelsgesetzbuches für den Jahresabschluss von Kapitalgesellschaften (§§ 238 ff HGB), welche durch Anpassungen und Ergänzungen auf die spezifischen Anforderungen der kommunalen Rechnungslegung modifiziert wurden. Siehe auch § 114s bis 114u der HGO und die §§ 44 bis 56 GemHVO und die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften.

Der Jahresabschluss enthält gemäß § 114s Abs.1 HGO:

- sämtliche Vermögensgegenstände
- Schulden
- Rechnungsabgrenzungen
- Erträge und Aufwendungen
- Einzahlungen und Auszahlungen Er hat die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kreises darzustellen.

Der Jahresabschluss gliedert sich gemäß § 114s Abs.2 HGO in:

- die Vermögensrechnung (Bilanz)
- die Ergebnisrechnung
- die Finanzrechnung

Ferner sind dem Jahresabschluss gemäß § 114s Abs.3 HGO als Anlagen beizufügen:

- ein Anhang, in dem die wesentlichen Posten des Jahresabschlusses zu erläutern sind, mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten sowie
- eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen.

Analog zum Lagebericht einer Kapitalgesellschaft (§ 289 HGB) und als Pendant zum Vorbericht des Haushaltsplans hat der Kreis gemäß § 51 GemHVO-Doppik dem Jahresabschluss einen Rechenschaftsbericht beizufügen.

Zuständig für die Aufstellung des Jahresabschlusses ist gemäß § 114s Abs. 9 HGO der Kreisausschuss. Er soll innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufgestellt werden. Der Kreistag soll unverzüglich über die wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses unterrichtet werden.

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 ist nach Prüfung durch das Revisionsamt mit dessen Schlussbericht vom Kreisausschuss dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen (§ 114t HGO). Der Kreistag beschließt über den vom Revisionsamt geprüften Jahresabschluss bis spätestens 31.12.2011 und entscheidet über die Entlastung des Kreisausschusses (§114u Abs. 1 HGO). Der Beschluss des Kreistages über den Jahresabschluss ist öffentlich bekannt zu machen und an sieben Tagen öffentlich auszulegen (§ 114u Abs. 2 HGO).

Kreis Bergstraße



Rechenschaftsbericht

31. Dezember 2009

Einleitung

Mit dem Haushaltsplan 2008 hat der Kreis Bergstraße im Rahmen der Reform des kommunalen Haushaltsrechts seine Haushaltswirtschaft von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt. Mit dieser Umstellung ist der Wechsel vom Geldverbrauchskonzept zum Ressourcenverbrauchskonzept vollzogen worden. An die Stelle des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes sind der Ergebnis- und Finanzhaushalt getreten. Durch eine umfangreiche Überleitungsmatrix wurden bisherige kamerale Haushaltsstellen den Produkten (Kostenträgern) und den Sachkonten entsprechend des kommunalen Verwaltungskontenrahmens zugeordnet. Neu bei der Bildung der Haushaltsansätze war die Verwendung von Kostenstellen zur Ermittlung der Budgets und für eine noch einzurichtende Kosten- und Leistungsrechnung.

Da sich die produktorientierte Struktur des doppischen Kreishaushaltes im Haushaltsjahr 2008 bewährt hatte, wurde sie für die Aufstellung des Haushaltsplans 2009 beibehalten. Eine umfassende Produktkritik hat jedoch zu einer Reduzierung von 94 auf 70 Produkte geführt, ohne dass Steuerungsmöglichkeiten und Transparenz beeinträchtigt wurden. Ziele und Kennzahlen wurden den neuen Produkten angepasst. Die Budgetrichtlinien wurden im Hinblick auf den Ausbau von Kompetenz und Verantwortung fortgeschrieben. Erstmals erfolgte im Haushaltsplan 2009 eine Gegenüberstellung der Planansätze aus zwei Haushaltsjahren und ermöglichte damit die Betrachtung einzelner doppischer Werte im Jahresvergleich. Ferner wurde mit dem Haushaltsplan 2009 die interne Leistungsverrechnung eingeführt. Abgebildet wurden die Verrechnung schulumlagererelevanter Aufwendungen außerhalb des Teilhaushaltes 02, die bedarfsgerechte Umlegung des Produktes IT-Management auf alle Produkte und eine nutzflächenorientierte Verteilung des Zuschusses an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft für die Unterhaltung der Verwaltungsgebäude auf die betroffenen Produkte. Gemäß § 51 GemHVO-Doppik sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Kreises unter dem Gesichtspunkt der stetigen Aufgabenerfüllung so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Zu erläutern sind die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen zwischen Ergebnissen und Haushaltsansätzen. Für die Abschlussrechnungen ist eine Bewertung vorzunehmen. Ferner sollen dargestellt werden:

- Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien,
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
- die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung, unter Angabe zugrunde gelegter Annahmen,
- wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen.

1. Verlauf der Haushaltswirtschaft

Bis zum Abschluss des letzten kameralen Haushaltsjahres 2007 war ein kumuliertes Defizit von rd. 130 Mio. € entstanden. Dies spiegelte sich durch einen Kassenkreditbestand in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 in Höhe von 135 Mio. € wieder. Durch die Umstellung der Haushaltswirtschaft ist eine Fortschreibung des kumulierten Defizits nicht mehr möglich. Insofern kommt der aktuellen Information über die Höhe des Kassenkreditbestandes eine größere Bedeutung zu. Zu Beginn des Haushaltsjahres 2009 betrug der Kassenkreditbestand 154,1 Mio. €.

Über die Ergebnisvorträge in die Bilanz kann die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren nachvollzogen werden. Erstmals erfolgt nunmehr der Vortrag des negativen Ergebnisses aus dem Haushaltsjahr 2008 in Höhe von rd. 19,4 Mio. €. Gegenüber dem Gesamtergebnishaushalt 2008 wurde eine Verbesserung von rd. 5,9 Mio. € erzielt.

1.1 Ergebnishaushalt/Ergebnisrechnung

In der vom Kreistag am 08.12.2008 beschlossenen Haushaltssatzung wies der Gesamtergebnishaushalt im ordentlichen Ergebnis einen Fehlbetrag von 17.313.604 € und im außerordentlichen Ergebnis einen Überschuss von 48.345 € aus. Somit ergab sich im Jahresergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 17.265.259 €. Die Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 durch die Aufsichtsbehörde wurde mit der folgenden aufschiebenden Bedingung erteilt:

„Der Kreistag des Landkreises Bergstraße hat durch Beschluss den § 5 der Haushaltssatzung dahingehend zu ändern, dass im Haushaltsjahr 2009 der Hebesatz der Kreisumlage auf 37,25 v. H. der Umlagegrundlagen festgesetzt wird. Die Auswirkungen auf § 1 der Haushaltssatzung sind entsprechend darzustellen. Die erforderlichen Beschlüsse sind spätestens in der nächsten Kreistagssitzung am 06. Juli 2009 zu fassen.“

Der Kreistag kam dieser Forderung des Regierungspräsidiums, vor dem Hintergrund der erheblichen zusätzlichen Belastung der kommunalen Haushalte zum damaligen Zeitpunkt des Haushaltsvollzuges und unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, nicht nach. Das Regierungspräsidium hat den Kreis daraufhin angewiesen, bis spätestens 10. August 2009 durch Beschlussfassung des Kreistages den § 5 Ziffer 1a der Haushaltssatzung entsprechend zu fassen. Da der Kreistag auch dieser kommunalaufsichtlichen Anweisung nicht gefolgt ist, hat das Regierungspräsidium die Ersatzvornahme verfügt. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung ist mit dem entsprechenden Zusatz am 12. und 13. August 2009 erfolgt. Die mit dem Genehmigungsverfahren verbundene ausgedehnte vorläufige Haushaltsführung hat zu erheblichen Problemen im Haushaltsvollzug 2009 geführt. Durch die Ersatzvornahme haben sich die Ergebnisse um rd. 5,2 Mio. € verbessert. Auf die Erläuterungen der Ansätze des Gesamtergebnishaushaltes im Vorbericht des Haushaltsplans 2009 wird verwiesen.

Bereits im ersten Finanzbericht (März 2009) hat der Kreisausschuss eine Verbesserung des Jahresergebnisses in Höhe von rd. 1,7 Mio. € prognostiziert. Maßgeblich hat hierzu eine Verbesserung des Finanzergebnisses, auf der Basis niedriger Kassenkreditzinsen, von rd. 2,6 Mio. € beigetragen.

Der vom Kreistag am 14.12.2009 beschlossene Nachtragshaushalt 2009 wies im Ergebnishaushalt ein negatives Jahresergebnis von rd. 13,1 Mio. € aus. Gegenüber dem vom Kreis-

tag beschlossenen Haushalt 2009 ist somit eine Verbesserung von rd. 4,2 Mio. € eingetreten. Gegenüber dem durch Ersatzvornahme in Kraft getretenen Haushalt 2009 ist eine negative Entwicklung in Höhe von rd. 1,0 Mio. € eingetreten. Maßgeblich hierfür war eine negative Entwicklung des Verwaltungsergebnisses (- 1,7 Mio. €), eine Verbesserung des Finanzergebnisses (+ 3,5 Mio. €) und eine zusätzliche Belastung des außerordentlichen Ergebnisses (- 2,8 Mio. €). Zum Verwaltungsergebnis haben Ertragsminderungen von etwa 380 T€ und Aufwandssteigerungen von etwa 1.361 T€ beigetragen. Das Finanzergebnis hat sich durch gestiegene Zinserträge aus Derivatgeschäften und geringere Zinsaufwendungen, insbesondere für Kassenkredite, erheblich verbessert. Das außerordentliche Ergebnis ist geprägt von periodenfremden Erträgen und den Aufwendungen für Verluste aus Vermögensabgängen im Zusammenhang mit der Umstufung von Kreisstraßen in Gemeindestraßen bzw. von gesetzlich normierten Baulastträgerwechseln.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 22.06.2009 eine haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß 114n HGO erlassen. Gesperrt wurden folgende Ansätze:

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.000 T€,
- Personalaufwendungen in Höhe von 100 T€
- Investitionen in Höhe von 1.500 T€

Im Verlauf des Haushaltsvollzuges musste die Sperre für folgende Bereiche aufgehoben werden:

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 345,7 T€
- Personalaufwendungen 100,0 T€
- Investitionen 1.400,0 T€

Auf Grund unabweisbarer und unvorhersehbarer Sachverhalte ist es zu außer- und überplanmäßigen Aufwendungen von rd. 26,0 T€ gekommen. Hinsichtlich der Details wird auf die dem Jahresabschluss beigefügte Liste verwiesen.

Die Gesamtergebnisrechnung weist nunmehr ein negatives Jahresergebnis von etwa 9.201,5 T€ aus. Gegenüber dem fortgeschriebenen Jahresergebnis im Nachtragshaushalt 2009 in Höhe von rd. 13.077,4 T€ ergibt sich eine Verbesserung von rd. 3.875,9 T€. Unter Berücksichtigung der übertragenen Ermächtigungen aus dem Ergebnishaushalt 2008 in Höhe von rd. 238,6 T€ beträgt die Verbesserung rd. 4.114,5 T€. Diese Entwicklung basiert auf:

- geringeren ordentlichen Erträgen von rd. 5,0 Mio. €,
- geringeren ordentlichen Aufwendungen von rd. 8,0 Mio. €,
- einer Verbesserung des Finanzergebnisses von rd. 1,0 Mio. €,
- einer Verschlechterung des außerordentlichen Ergebnisses von rd. 0,1 Mio. €.

Wesentliche Abweichungen gegenüber dem Nachtrag zum Ergebnishaushalt 2009 sind entstanden bei:

- den öffentliche-rechtlichen Leistungsentgelten + rd. 0,4 Mio. €,
- den Kostenersatzleistungen und –erstattungen – rd. 0,5 Mio. €,

- den Erträgen aus Transferleistungen – rd. 4,9 Mio. €,
- den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten – rd. 0,1 Mio. €,
- den sonstigen ordentlichen Erträgen – rd. 0,2 Mio. €,
- den Personalaufwendungen + rd. 0,1 Mio. €,
- den Versorgungsaufwendungen – rd. 0,4 Mio. €,
- den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – rd. 1,6 Mio. €,
- den Abschreibungen + rd. 0,6 Mio. €,
- den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse – rd. 1,2 Mio. €,
- den Transferaufwendungen – rd. 5,5 Mio. €,
- den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen – rd. 1,0 Mio. €,
- den außerordentlichen Erträgen + rd. 5,0 Mio. €,
- den außerordentlichen Aufwendungen – rd. 5,1 Mio. €.

In den Erläuterungen zu der Gesamtergebnis- und den Teilergebnisrechnungen werden die Abweichungen differenzierter dargestellt.

In den Ergebnishaushalt 2010 sollen Ermächtigungen zur Leistung von Aufwendungen in Höhe von rd. 2.528,2 T€ übertragen werden. Eine detaillierte Darstellung ist dem Jahresabschluss 2009 als Übersicht beigefügt.

1.2 Gesamtfinanzhaushalt/ Gesamtfinanzrechnungen

1.2.1 Gesamtfinanzhaushalt

In der vom Kreistag am 08.12.2008 beschlossenen Satzung wurde ein Finanzmittelfehlbedarf von rd. 17,5 Mio. € ausgewiesen. Dieser setzt sich zusammen aus dem negativen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und der Nettotilgung (ohne Umschuldung). An Einzahlungen aus Investitionstätigkeit wurden rd. 3,0 Mio. € und an Auszahlungen für Investitionen rd. 9,2 € ausgewiesen. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 6,15 Mio. € und der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 190,0 Mio. € festgesetzt.

Durch die Anhebung des Kreisumlagehebesatzes im Zusammenhang mit der kommunalaufsichtlichen Ersatzvornahme hat sich der Finanzmittelfehlbedarf auf 12,3 Mio. € reduziert.

Im ersten Finanzbericht (Stand 31.03.2009) wurde vor dem Hintergrund geringerer Zinsaufwendungen eine Reduzierung des Finanzmittelfehlbedarfes um rd. 1,7 Mio. € in Aussicht gestellt. Bei den Investitionen wurde das Erreichen der Ansätze prognostiziert. Dies gilt auch für die Kreditaufnahme und die Tilgung.

Die vom Kreistag am 14.12.2009 beschlossene Nachtragssatzung weist einen negativen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 7,1 Mio. € aus. Zusammen mit einer Nettotilgung von rd. 2,6 Mio. € ergibt sich ein Finanzmittelfehlbedarf von rd. 9,6 Mio. €. In der Investitionstätigkeit wurde die Umsetzung des Sonderinvestitionsprogrammes des Landes und des Zukunftsinvestitionsprogrammes des Bundes aufgenommen. Dies hat neben einer erheblichen Erhöhung der Ein- und Auszahlungen für Investitionen (+ 27,7 Mio. € bzw. 29,5 Mio. €), auch zu einem um rd. 1,7 Mio. € höheren Kreditbedarf geführt. Der Kassenkreditrahmen blieb unverändert bei 190,0 Mio. €.

Mit Verfügung vom 02.02.2010 hat das Regierungspräsidium Darmstadt die aufsichtsbehördliche Genehmigung für die Nachtragssatzung ohne weitere Auflagen bzw. Einschränkungen erteilt. Die genehmigungspflichtige Kreditaufnahme hat sich auf rd. 2,7 Mio. € reduziert. Mit

der aus dem Haushaltsjahr 2008 übertragenen Ermächtigung von rd. 2,4 Mio. € konnten im Haushaltsjahr 2009 Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 5,1 Mio. € aufgenommen werden.

1.2.2 Direkte Gesamtfinanzzrechnung

In der direkten Gesamtfinanzzrechnung werden alle zahlungswirksamen Vorgänge des Haushaltsjahres, strukturiert nach Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Unter Berücksichtigung der haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgänge (z.B. durchlaufende Posten) wird der Finanzmittelüberschuss bzw. -fehlbetrag ermittelt. Durch Saldierung mit dem Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres wird der Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres festgestellt.

Auf Grund von rd. 292,1 Mio. € Einzahlungen und rd. 294,8 Mio. € Auszahlungen entsteht im Jahresabschluss 2009 ein Finanzmittelfehlbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit von rd. 2,7 Mio. €. Gegenüber dem im Nachtrag zum Gesamtfinanzzhaushalt ausgewiesenen Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit von rd. -7,1 Mio. € ergibt sich eine Verbesserung von rd. 4,4 Mio. €. Die Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes haben bei der Investitionstätigkeit zu einem Finanzmittelüberschuss von rd. 0,6 Mio. € geführt. Gegenüber dem Nachtragswert hat sich der Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit somit um rd. 8,5 Mio. € verbessert. Der Finanzmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit konnte durch die Veränderungen bei den Kreditaufnahme und den Tilgungen deutlich auf rd. 1,9 Mio. € gesteigert werden. Die Kreditermächtigung, außerhalb der Konjunkturprogramme, von 5,1 Mio. € wurde mit 4,2 Mio. € ausgeschöpft. Unter Berücksichtigung einer Tilgung von 2,5 Mio. €, ist es zu einer Nettoneuverschuldung von 1,7 Mio. € gekommen. Dieser Wert erhöht sich um rd. 5,2 Mio. € auf 6,9 Mio. € durch die Kreditaufnahme in Rahmen der Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes. Die verbliebene Ermächtigung zur Kreditaufnahme von 0,9 Mio. € soll in das Haushaltsjahr 2010 übertragenen und zur Finanzierung von übertragenen Ermächtigungen zur Leistung von investiven Auszahlungen verwendet werden.

Die günstige Entwicklung hat es auch ermöglicht den Kassenkreditbestand gegenüber dem Jahresbeginn um rd. 5,0 Mio. € auf rd. 149,1 Mio. € zu senken. Der Bestand an Krediten zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen beträgt nunmehr zum Jahresende 2009 47,0 Mio. €. Die haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgänge bewegen sich im üblichen Rahmen. Hier ist ein Überschuss von rd. 154 T€ entstanden. Insgesamt entsteht im Haushaltsjahr 2009 ein Finanzmittelfehlbetrag von rd. 20 T€. Dies mindert den Finanzmittelbestand (= flüssige Mittel) entsprechend auf rd. 565 T€. Hinsichtlich weiterer Informationen wird auf die Erläuterungen zu den Teilfinanzrechnungen verwiesen.

1.2.3 Indirekte Gesamtfinanzzrechnung

Für den unmittelbaren Vergleich mit dem Gesamtfinanzzhaushalt muss die indirekte Gesamtfinanzzrechnung herangezogen werden. Ausgehend von dem Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung wird unter Berücksichtigung zahlungsunwirksamer Erträge und Aufwendungen sowie ergebnisneutraler Ein- und Auszahlungen der Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit ermittelt. Dieser Wert muss mit dem Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag der direkten Gesamtfinanzzrechnung (Pos. 19) identisch sein. Während die direkte Gesamtfinanzzrechnung unmittelbar aus der Buchhaltung erzeugt werden kann, muss die indirekte Gesamtfinanzzrechnung teilweise noch manuell erstellt werden. Auf der Basis des

Jahresergebnisses der Gesamtergebnisrechnung von rd. -9,2 Mio. € kommt es nach der Bereinigung um

- die Abschreibungen aus dem Anlagevermögen
- die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten
- den Saldo aus den Bewegungen bei den Rückstellungen
- den Saldo aus Erträgen und Aufwendungen aus dem Abgang vom Vermögensgegenständen
- die Salden aus den Bewegungen von Aktiv- und Passivposten wie z.B. für Forderungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung

zu einem Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit von rd. -2,7 Mio. € Gegenüber den Abschreibungen in der Gesamtergebnisrechnung wurde der Wert um die Wertberichtigungen für Forderungen vermindert, da hier nur die Abschreibungen des Anlagevermögens berücksichtigt werden dürfen. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten wurden aus der Gesamtergebnisrechnung übernommen. Die Rückstellungen haben sich im Verlauf des Haushaltsjahres 2009 um rd. 2,5 Mio. € erhöht. Eine differenzierte Darstellung hierzu erfolgt im Anhang zur Bilanz. Bei den Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen handelt es sich um Verluste aus unentgeltlichen Vermögensabgängen im Zusammenhang mit der Abstufung von Kreis- zu Gemeindestraßen (rd. 3,6 Mio. €) und Verlusten aus Beteiligungen (rd. 1,0 Mio. €). Auf die Darstellung hierzu im Nachtragshaushalt 2009, unter den Produkten 5090 und 6030, wird verwiesen. Der Saldo aus den Bewegungen bei den Aktivposten berücksichtigt, trotz Wertberichtigungen von etwa 1,05 Mio. €, eine erhebliche Zunahme der Forderungen und einen starken Rückgang der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Der Saldo aus den Bewegungen der Passivposten berücksichtigt einen leichten Rückgang der Verbindlichkeiten, ohne die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen und einen starken Rückgang bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Auf die differenzierte Darstellung der Bewegungen von Aktiv- und Passivposten in der Bilanz und dem Anhang zur Bilanz wird verwiesen.

Der Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit stimmt mit dem Finanzmittelüberschuss der direkten Gesamtfinanzzrechnung (Pos. 29) überein. Dies gilt auch für den Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit, die haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgänge und die Finanzmittelbestände am Anfang und Ende des Haushaltsjahres. Hinsichtlich weiterer Informationen wird deshalb auf Ziffer 1.2.2 verwiesen.

1.3 Bilanz

Die im Zusammenhang mit dem Sale-and-lease-back-Geschäft gegründeten Objektgesellschaften haben in den zurückliegenden Jahren erwartungsgemäß Buchverluste ausgewiesen. Die Analyse dieser Entwicklung hat auch zu der Erkenntnis geführt, dass der für diese Beteiligungen in die Eröffnungsbilanz eingestellte Vermögenswert um rd. 51,3 Mio. € zu hoch ist. Es handelt sich bei diesem Wert um die Beteiligung der stillen Gesellschafter. Die das Geschäft begleitende Wirtschaftsberatung hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Kreis nur seine von ihm geleisteten Kommanditbeteiligungen in Höhe von 20 T€ als Anschaffungskosten in der Eröffnungsbilanz ausweisen darf. Die daraufhin erforderliche

Korrektur der Eröffnungsbilanz hat sich über die Bilanz des Jahres 2008 nunmehr auch bis zur Bilanz des Jahres 2009 durchgesetzt. Hierbei steht einer Reduzierung des Finanz-Anlagevermögens auf der Aktivseite eine entsprechende Reduzierung der Nettoposition auf der Passivseite gegenüber.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Ergebnis 2008 um 19,4 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite sind hier maßgeblich die Entwicklung der unter dem immateriellen Vermögen ausgewiesenen Investitionszuschüsse (+ 17,4 Mio. €) und der unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesene, unentgeltliche, Vermögenszugang für die neue Kreisstraße 41 in Groß-Rohrheim. Dieser Zugang, die Investitionen in das bewegliche Vermögen der Schulen und die investiven Maßnahmen an Kreisstraßen haben zu einem Zuwachs des Sachanlagevermögens von rd. 2,9 Mio. € geführt. Die Verluste aus den Beteiligungen saldiert mit der Gewährung eines Darlehens an die Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH im Rahmen der Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes haben das Finanzanlagevermögen um rd. 0,8 Mio. € reduziert. Ein deutlicher Anstieg der Forderungen hat bei nahezu unveränderten flüssigen Mitteln zur Erhöhung des Umlaufvermögens von rd. 0,7 Mio. € beigetragen. Die erhebliche Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus Transferzahlungen hat zu einem Rückgang dieser Bilanzposition um rd. 0,9 Mio. € geführt.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital auf Grund des negativen Jahresergebnisses um 9,2 Mio. € auf 166,0 Mio. € reduziert. Die Nettoposition hat sich durch eine weitere Erhöhung der Rücklage aus Überschüssen der Schulumlage um rd. 1,1 Mio. € reduziert. Die Rücklage hat nunmehr rd. 4,4 Mio. € erreicht und wird bei der Berechnung der Schulumlage für das Haushaltsjahr 2011 berücksichtigt. In der Ergebnisverwendung sind nunmehr die Jahresergebnisse der Gesamtergebnisrechnungen aus den Haushaltsjahren 2008 und 2009 dargestellt. Durch die Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes haben sich die Sonderposten von 10,7 Mio. € um 25,8 Mio. € auf 36,5 Mio. € erhöht und damit wesentlich zur Erhöhung der Bilanzsumme auf der Passivseite beigetragen. Auch die Entwicklung der Rückstellungen hat mit einer Zunahme von rd. 2,5 Mio. € hierzu einen Beitrag geleistet. Die Verbindlichkeiten haben um rd. 1 Mio. € zugenommen. Dies ist im Wesentlichen auf die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zurück zu führen. Die anderen Verbindlichkeiten sind in Summe nahezu unverändert geblieben. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich um die Leistung des Personalkostenzuschusses an den Eigenbetrieb „Neue Wege Kreis Bergstraße“. Die umfangreiche Auflösung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten aus Leistungen des Bundes im Rahmen des SGB II hat zu einem Rückgang der Bilanzposition um rd. 0,8 Mio. € geführt.

Gegenüber der Bilanz des Jahres 2008 hat sich die Kapitalstruktur der Bilanz 2009 durch eine Erhöhung der Eigenkapitalquote um 2,3 % auf 44,8 % verbessert. Im Vermögensaufbau hat sich das Verhältnis zwischen Anlage- und Umlaufvermögen kaum verändert. Der Anteil des Anlagevermögens beträgt nunmehr 98,4 %. Das Anlagevermögen war zu Beginn des Haushaltsjahres noch 44 % durch Eigenkapital gedeckt. Diese Quote hat sich im Verlauf des Haushaltsjahres 2009 um 2 % auf 46 % erhöht.

Weitere Informationen zur Bilanz des Haushaltsjahres 2009 können dem Anhang zu dieser Bilanz entnommen werden.

2. Lage des Kreises

Der Landkreis Bergstraße bewegt sich mit 263.092 Einwohnern (Stand 30.06.2009) und einer Verwaltungsfläche von 719,54 qkm (Stand 01.01.2008) weiterhin im Mittelfeld der 21 hessischen Landkreise. Die leicht rückläufige Tendenz in der Bevölkerungsentwicklung hat sich im Jahr 2009 fortgesetzt. Die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Kommunen haben sich im ersten Halbjahr 2009 mit 340 €/Einwohner gegenüber dem Vorjahreswert halbiert und liegen auf dem Niveau der Nachbarkreise Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau. Im Gegensatz zum vergangenen Jahr liegt dieser Wert jedoch nahe dem Durchschnitt der Hessischen Landkreise von 359 €/Einwohner.

Das Jahresergebnis 2009 hat mit einem Fehlbetrag von rd. 9,2 Mio. € die wirtschaftliche Situation des Kreises weiter verschärft. Zusammen mit dem Jahresergebnis 2008 ist nunmehr ein kumulierter Fehlbetrag von rd. 28,6 Mio. € auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Einschließlich des kameralen Defizits von rd. 130 Mio. € (Stand 31.12.2007) erhöht sich dieser Wert auf 158,6 Mio. €. Demgegenüber steht ein Kassenkreditbestand zum Ende des Haushaltsjahres 2009 von 149,1 Mio. €. Dieser ist im Verlauf des Haushaltsjahres 2009 um 5,0 Mio. € vorübergehend zurückgegangen. Im Zuge der weiteren Umsetzung der Konjunkturprogramme wird sich diese Liquiditätsentwicklung umkehren. Die Nettokreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungen von rd. 6,9 Mio. € hat den entsprechenden Schuldenstand am Jahresende 2009 auf rd. 47,0 Mio. € erhöht.

Die Analyse der Finanzsituation der hessischen Landkreise durch den Hessischen Landkreistag hat auch für das Jahr 2009 ergeben, dass unter Einbeziehung aller Kreditverbindlichkeiten (auch der Beteiligungen), die hessischen Landkreise mit einer vergleichbaren Struktur, sich in einer ähnlichen Finanzsituation befinden. Wobei im Kreis Bergstraße der Belastung aus einem Sale-and-lease-back-Geschäft eine entsprechende Rücklage im Finanzanlage- bzw. Umlaufvermögen des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ gegenübersteht. Die Analyse des Hessischen Landkreistages zeigt auch, dass sich die Tendenz der negativen Entwicklung zwischen Erträgen und Aufwendungen bei der Mehrzahl der hessischen Landkreise im Jahr 2009 fortgesetzt hat. Den Landkreisen im Regierungsbezirk Darmstadt, die in der Lage waren ihren Haushalt 2009 auszugleichen bzw. Überschüsse zu erzielen, standen höhere Umlagegrundlagen und somit auch höhere Erträge aus der Kreisumlage zur Verfügung. Im Vergleich zu den Landkreisen des Rhein-Main-Gebietes sind insbesondere die Steuerkraftmesszahlen des Landkreises Bergstraße deutlich niedriger. Im Gesamthebesetz von 55,75% sind 18,50 % Schulumlage enthalten. Dieser Anteil liegt parallel zu den Aufwendungen und Investitionen, deutlich über den Durchschnittswerten. Ein Vergleich bilanzieller Werte unter den hessischen Landkreisen ist zur Zeit noch nicht möglich, da die Umstellung der Haushaltswirtschaft im Rahmen der Reform des kommunalen Haushaltsrechtes noch nicht vollständig abgeschlossen ist.

3. Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung

Die im produktorientierten Haushalt 2009 definierten Aufgaben wurden weiterhin unter finanziellen und personellen Einschränkungen wahrgenommen. Angaben zu dem Stand und der Erfüllung einzelner Aufgaben können dem Jahresabschluss 2009 erstmalig beigefügten Controllingbericht entnommen werden.

Aufgrund der im Haushaltsjahr 2008 bei der Definition von Ziele und Kennzahlen gemachten Erfahrungen, erfolgte eine Überarbeitung für den Haushaltsplan 2009. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Produktkritik mit dem Ziel durchgeführt, kleinteilige Informationen zu aggregieren sowie eine Fokussierung und Verdichtung auf steuerungsrelevante Produkte vorzunehmen. Die Zahl der Produkte wurde dadurch von 94 auf 70 reduziert. Mit den für den Haushaltsplan 2009 definierten Produkten und den überarbeiteten Zielen und Kennzahlen wurden neue Steuerungsmöglichkeiten entwickelt. Sie stellen die Grundlage für den erstmals einem Jahresabschluss beigefügten Controllingbericht dar.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung

4.1 Sonderinvestitionsprogramm des Landes und Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen haben sowohl der Bund als auch das Land Hessen Konjunkturprogramme verabschiedet, die zusätzliche Investitionen in die Bildungsinfrastruktur der Landkreise ermöglichen. Die für den Kreis Bergstraße zur Verfügung gestellten Mittel von insgesamt rd. 46,8 Mio. € werden auf den Grundlagen des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammes und des Zukunftsinvestitionsprogrammes des Bundes als Zuschüsse und Darlehen gewährt.

Von den Landesmitteln, insgesamt rd. 29,1 Mio. €, werden 5/6 in Form eines Tilgungszuschusses und 1/6 als Darlehen mit einer Laufzeit von 30 Jahren gewährt. Von den Bundesmitteln in Höhe von rd. 17,7 Mio. € werden 75 % als Zuschuss und 25 % als Darlehen, mit einer Laufzeit von 30 Jahren, gewährt. Von diesem Darlehensanteil tilgt das Land 50 % in Form eines Zuschusses. Somit verbleiben als Eigenanteil des Kreises insgesamt etwa 7,1 Mio. € mit einer jährlichen Tilgungslast von durchschnittlich 237 T€. Allerdings haben die Zuwendungsempfänger die Zinslast für die kommenden 30 Jahre zu tragen. Zunächst war vorgesehen, den kommunalen Finanzausgleich pauschal um die Zinslast zu kürzen. Nach Intervention von kommunaler Seite werden die Zuschussempfänger nun unmittelbar entsprechend der bereitgestellten Mittel belastet. Auf der Basis der aktuellen Kapitalmarktzinsen wird für den Kreis eine jährliche Belastung von durchschnittlich etwa 2,5 Mio. € für die Laufzeit von 30 Jahren erwartet.

Von den zur Verfügung stehenden Mitteln werden rd. 1,6 Mio. € für die flächendeckende Ausstattung der weiterführenden und beruflichen Schulen des Kreises mit naturwissenschaftlichen Geräten und Gegenständen verwendet. 45,2 Mio. € werden für Investitionen und Sanierungen in und an Schulgebäuden verwendet. Hiervon entfallen etwa 4 Mio. € auf Maßnahmen des Programmes „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“. Die Landesmittel mussten bis zum Jahresende 2009 abgerufen werden. Voraussetzung für den Mittelabruf war, dass entsprechende Aufträge bis zum Jahresende erteilt worden waren. Die Bundesmittel können bis zum Jahresende 2011 abgerufen werden, wenn die Maßnahmen im Jahr 2010 begonnen werden. Die Durchführung der baulichen Investitionen und Sanierungen wurden im Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2009 und im Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ veranschlagt. Die Ausstattungsmittel wurden im Nachtrag 2009 zum „Teilfinanzhaushalt 02 Schule und Kultur“ des Kreises veranschlagt. Der Abruf der Fördermittel wird insgesamt über den Kreishaushalt abgewickelt. Für die Investitions- und Sanierungsmaßnahmen werden die Fördermittel dem Eigenbetrieb in Form von Zu-

schüssen für den Erfolgs- und Vermögensbereich zugeleitet. Im Nachtrag 2009 zum Teilfinanzhaushalt „02 Schule und Kultur“ wurden hierfür 26,8 Mio. € veranschlagt.

Bis zum Jahresende 2009 wurden rd. 31,8 Mio. € der Fördermittel abgerufen. Neben der vollständigen Landesförderung wurden rd. 2,7 Mio. € der Bundesmittel abgerufen. Hiervon entfallen rd. 0,3 Mio. € für Maßnahmen des Kreiskrankenhauses. Im Zusammenhang mit den Mittelabrufen erfolgte die Aufnahme von 91 Einzeldarlehen bei der WI-Bank Hessen in Höhe von rd. 25,8 Mio. €. Als Kreditverbindlichkeiten entfallen hiervon rd. 5,2 Mio. € auf den Kreis und 20,6 Mio. € auf das Land. Aufgrund des Baufortschritts wurden an den Eigenbetrieb bis zum Jahresende 15,3 Mio. € weitergeleitet. Für die flächendeckende Ausstattung der weiterführenden und beruflichen Schulen mit naturwissenschaftlichen Geräten und Gegenständen wurden im Jahr 2009 rd. 0,2 Mio. € ausgezahlt. Die Differenz zwischen Mittelabruf und Mittelverwendung verursachte im Haushaltsjahr 2009 einen Liquiditätsüberschuss, der es dem Kreis ermöglichte seinen Kassenkreditbestand am Jahresende gegenüber dem Jahresbeginn um 5 Mio. € zu senken.

4.2 Umsetzung des Schulentwicklungsplans

Bezüglich des Abschlusses von Baumaßnahmen wird auf den Lagebericht zum Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ verwiesen. Im Zuge der Umsetzung des Schulentwicklungsplans wurden neu eingerichtet:

- die Erweiterung des Hauptgebäudes des Goethegymnasiums,
- der Umbau der Verwaltung der Biedensandschule,
- der Anbau der Erich-Kästner-Schule für die Mediothek,
- die Mediothek der Werner-von-Siemens-Schule

4.3 Konzept „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“

Hierzu wird zunächst auf die Darstellung im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2008 verwiesen. Folgende Schulen sind im Jahr 2009 gestartet:

- Märkerwaldschule, 1 Gruppe
- Sonnenuherschule, 2 Gruppen
- Daumbergschule, 1 Gruppe
- Nibelungenschule, Heppenheim, 2 Gruppen
- Nibelungenschule, La.-Hofheim, 1 Gruppe
- Carl-Orff-Schule, Lindenfels, 1 Gruppe
- Wingertsbergschule, 1 Gruppe
- Freiherr-vom-Stein-Schule, 1 Gruppe
- Schillerschule, Viernheim, 2 Gruppen
- Goetheschule, Viernheim, 1 Gruppe
- Friedrich-Fröbelschule, 1 Gruppe
- Adam-Karrillon-Schule, 1 Gruppe

Bis zum 31.12.2009 wurden insgesamt 18 Schulen in das Programm aufgenommen. Folgende Schulen sollen noch in das Programm aufgenommen werden:

- Hemsbergschule
- Astrid-Lindgren-Schule
- Grundschule Elmshausen

Ferner wurden im Jahr 2009 folgende Schulen in das „Ganztagsprogramm nach Maß“ aufgenommen:

- Goethe-Gymnasium
- AKG
- Kirchbergschule
- Grundschule Nieder-Liebersbach
- Schule in den Weschnitzauen

Bis zum 31.12.2009 wurden insgesamt 25 Schulen in dieses Programm aufgenommen.

4.4 Konzept zur Umsteuerung der Jugendhilfe „Familien stärken – Zukunft schaffen“

Hierzu wird zunächst auf die Darstellung im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2008 verwiesen. Im Rahmen des Konzeptes sind im Jahr 2009 32 Maßnahmen eingeleitet worden, die bei einer konventionellen Umsetzung zu einer Mehrbelastung von rd. 226 T€ geführt hätten. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt in der Umsteuerung bei der Vollzeitpflege und Heim-erziehung. Durch diesen Erfolg ist der Einsatz zusätzlicher Mittel bereits im ersten Jahr des Projektes gedeckt worden.

4.5 Pilotprojekt „Das Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell“

Das Pilotprojekt ist ein Kooperationsmodell, in dem sich der Kreis, das Staatliche Schulamt, die Stadt Heppenheim und die beteiligten Schulen zu einem Verbund zusammen schließen. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler an ihrer Regelschule zu halten, die aufgrund ihrer besonderen Belastungssituation durch das Netz der bisherigen Angebote und Hilfsmöglichkeiten fallen und deshalb von ihrem angestammten Umfeld und ihren Familien getrennt, in Einrichtungen mit interner Beschulung untergebracht werden. Das Projekt wurde im Februar 2009 gestartet und ist auf zwei Jahre begrenzt. Zur Unterstützung des Schulsystems bringen die Bündnispartner folgende Ressourcen ein:

- zwei Sozialpädagogenstellen
- 0,15 Stellenanteile einer Sonderpädagogenstelle
- Mittel für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation

Für das Haushaltsjahr 2009 liegen zurzeit noch keine belastbaren Ergebnisse vor.

4.6 Evaluation Teilhaushalt 03 – Soziales

Mit Beschluss vom 23.06.2008 beauftragte der Kreisausschuss das Beratungsunternehmen Rödl & Partner mit der Evaluation des Sozialhaushaltes. Gegenstand der Untersuchung sollte die bestehende Organisationsstruktur sein, verbunden mit dem Ziel, die Verwaltungsabläufe zu optimieren, Synergieeffekte zu nutzen und Einsparpotentiale zu identifizieren. Untersucht wurden der Eigenbetrieb „Neue Wege Kreis Bergstraße“, das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld sowie der Fachbereich Betreuung des Ausländer- und Migrationsamtes. Der im Dezember 2008 vorgelegte Abschlussbericht des Unternehmens stellt im Ergebnis fest, keine „wesentlichen Ineffizienzen oder Dysfunktionalitäten im Untersuchungsbereich identifiziert“ zu haben und gibt zur Optimierung der Aufgabenerfüllung dem Kreis ein Maßnahmenpaket an die Hand. Auf dieser Basis wurde eine Gesamtkonzeption zur Umsetzung erstellt. Hierbei wurden sowohl die fachliche Aufgabengestaltung als auch die Organisationsstrukturen und Mitarbeiterförderung berücksichtigt. Übergreifend wurden die jeweiligen Einsparpotentiale ausgewiesen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 23.03.2009 dem Umsetzungskonzept zugestimmt.

Für den Eigenbetrieb Neue Wege enthält das Konzept eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in der Kernaufgabe der Vermittlung und Qualifizierung, die sich in einer Gesamtstrategie des Förderns und Forderns abbilden. Im Zusammenhang mit den Änderungen in der organisatorischen Gestaltung und einer gezielten Mitarbeiterförderung ist die Zielsetzung verbunden, die Langzeitarbeitslosigkeit im Kreis Bergstraße konjunkturunabhängig erfolgreicher zu bekämpfen, als sie im Landesdurchschnitt der Fall ist. Damit ist ein erhebliches Einsparpotential in Höhe von rd. 5 Mio. € jährlich verbunden, das in seinem vollen Umfang spätestens bis 2012 erreicht werden soll.

Bezogen auf das Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld hat das Beratungsunternehmen festgestellt, dass die Personalausstattung das interkommunal vergleichbare Minimum darstellt und der Kreis auch bei den Sachleistungen unterhalb des interkommunalen Durchschnitts liegt. Ungeachtet dessen verbindet sich mit der umfassenden Organisationsneugestaltung einschließlich der Integration der Betreuungsstelle das Ziel, insgesamt vier Stellen einzusparen und dennoch die Leistungsqualität zu steigern. Darüber hinaus vorgesehen sind die Effizienzsteigerung sozialer Leistungsangebote, die Stärkung der Sozialräumlichkeit in der Fläche, die Fortentwicklung der Altenhilfeplanung und weitere Maßnahmen in der Ausgestaltung der Aufgabenerfüllung. Zur Umsetzung des Konzeptes wurde der Zeitraum von Mai 2009 bis Ende 2010 bestimmt.

Dem Kreistag wurde in seiner Sitzung am 14.12.2009 der erste Bericht zur Umsetzung von Maßnahmen vorgelegt. Neben einer Darstellung der in Angriff genommenen Maßnahmen und Projekte wird von einer Einsparung von 1,5 Stellen im Zusammenhang mit der organisatorischen Neugestaltung der Sachgebiete des Amtes für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld in Verbindung mit der Integration der Betreuungsstelle berichtet. Ferner wurde vom Eigenbetrieb „Neue Wege Kreis Bergstraße“ festgestellt, dass die Langzeitarbeitslosigkeit im Kreis um 0,7 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt liegt. Das Jahresergebnis 2009 des Produktes 3070 – Leistungen nach dem SGB II liegt mit einem Zuschussbedarf von rd. 21,3 Mio. € auf dem Niveau der Planung für das Haushaltsjahr 2009.

4.7 Reaktivierung der Überwaldbahn für touristische Nutzung

Hierzu wird zunächst auf die Darstellung im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2008 verwiesen. Im Jahr 2009 erfolgten die Beauftragung einer Ingenieurgemeinschaft mit der Planung der auszuführenden Maßnahmen, die Einholung erforderlicher Genehmigungen und die Ausschreibung zur Betreiberfindung. Die Inbetriebnahme der Strecke ist für das Frühjahr 2011 vorgesehen.

4.8 Kreisstraßen

Nach Fertigstellung wurden der Teilausbau der Ortsdurchfahrt Hornbach im Zuge der K13 (Gesamtkosten rd. 481 T€) und die grundhaft erneuerte Ortsdurchfahrt Ersheim im Zuge der K 38 (Gesamtkosten rd. 515 T€) in Betrieb genommen. Zu Gemeindestraßen abgestuft wurden Teilstrecken der K 12, K 55, K 207, K 4 und die gesamte K 64 (Wertverlust insgesamt rd. 3,6 Mio. €). Im Zuge des Baues der Umgehung B 44 in Groß-Rohrheim wurde eine Teilstrecke der Ortsdurchfahrt Groß-Rohrheim im Zuge der alten B 44 und ein Anschluss Groß-Rohrheims an die Umgehung zur K 41 eingestuft (Vermögenszuwachs rd. 4,7 Mio. €).

5. Voraussichtliche Entwicklung

Zunächst wird auf die Darstellungen im Vorbericht des Haushaltsplans 2010 verwiesen. Der Gesamtergebnishaushalt des Haushaltsjahres 2010 schließt mit einem negativen Jahresergebnis von rd. 36,9 Mio. € ab. Gegenüber dem Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung 2009 ist dies eine Verschlechterung von rd. 27,7 Mio. € und gegenüber dem Nachtragshaushalt 2009 eine Verschlechterung von rd. 23,9 Mio. €. Im Finanzhaushalt 2010 kommt es gegenüber der Finanzrechnung 2009 bei dem Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit zu einer negativen Entwicklung von rd. 32,4 Mio. €.

Veranschlagt sind im Ergebnis- und Finanzhaushalt 2010 die zu erwartenden Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen im Rahmen der Aufgabenerfüllung und zur Finanzierung aller Projekte und Maßnahmen. Im Haushalt 2010 wirkt sich nunmehr die seit Mitte 2008 eingetretene gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus.

Die aus den aufbereiteten Mittelanmeldungen der Fachbereiche ermittelten Eckdaten für den Haushalt 2010 wiesen einen Fehlbetrag von 39,8 Mio. € aus. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2010 wurden gemeinsam mit den Fachbereichen Konsolidierungspotentiale in Höhe von 3,15 Mio. € erschlossen und im Rahmen der Haushaltsberatungen um weitere 1,41 Mio. € auf 4,56 Mio. € erhöht.

Da ein Ausgleich der bisherigen doppelten Fehlbeträge (rd. 28,6 Mio. €) nicht möglich war, wird sich der kumulierte doppelte Fehlbetrag auf der Basis des Haushaltsplans 2010 auf rd. 65,5 Mio. € erhöhen. Gemäß § 25 GemHVO ist ein Fehlbetrag, der nicht innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden kann, mit dem Eigenkapital zu verrechnen. Zu der Entwicklung tragen Ertragsverluste von rd. 15,4 Mio. €, welche im Wesentlichen auf die Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs zurückzuführen sind, bei.

Allein der Verlust bei der Kreisumlage beträgt, bei gleichbleibendem Gesamthebehalt von 55,75 %, rd. 11,65 Mio. €. Hinzu kommt der Verlust bei den Landkreisschlüsselzuweisungen und der Grunderwerbsteuer von etwa 7,5 Mio. €. Die Umlagegrundlagen liegen mit 247,5

Mio. € rd. 17,5 Mio. € unter dem Wert des Haushaltsjahres 2009. Für die Krankenhaus- und LWV-Umlage ergibt sich mit rd. 272,2 Mio. € eine vergleichbare Entwicklung. Allerdings ist hier ein deutlicher Anstieg der Hebesätze und somit auch der Umlagen zu verzeichnen. Für die Berechnung der Schulumlage ist ein nicht gedeckter Aufwand von 51,1 Mio. € zu berücksichtigen. Dies führt zusammen mit rückläufigen Umlagegrundlagen zu einem Anstieg des Schulumlagehebesatzes auf 20,64 %. Um einen konstanten Gesamthebesatz zu erreichen muss der Kreisumlagehebesatz auf 35,11 % gesenkt werden. Dies verursacht einen Verlust bei der Kreisumlage von etwa 5,3 Mio. €. Der Anstieg der gesamten Aufwendungen gegenüber dem Haushalt 2009 um rd. 8,4 Mio. € ist auf steigende

- Personalaufwendungen,
- Abschreibungen,
- Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse,
- Umlageverpflichtungen,
- Transferaufwendungen und
- Zinsaufwendungen

zurückzuführen. Während bei den

- Versorgungsaufwendungen,
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und
- Außerordentlichen Aufwendungen

eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen ist.

Im Finanzhaushalt 2010 kommt es nach einer Bereinigung des Ergebnisses aus dem Ergebnishaushalt 2010 um liquiditätsunwirksame Posten zu einem negativen Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit von rd. 35,1 Mio. €. Dieser Wert führt zusammen mit der Nettotilgung bei den Kassenkrediten zu einem Zuwachs von rd. 38,0 Mio. €. Bei einem Anfangsbestand von 149,1 Mio. € ergibt sich ein prognostizierter Endbestand für das Haushaltsjahr 2010 von 187,1 Mio. €. Der Saldo auf Ein- und Auszahlungen für Investitionen führt zu einem negativen Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit von etwa 8,9 Mio. €. Dieser Wert muss durch die Aufnahme neuer Investitionskredite finanziert werden. Unter Berücksichtigung der Nettotilgung ergibt sich im Finanzhaushalt 2010 eine Nettoneuverschuldung von rd. 5,8 Mio. €. Zusammen mit der aus dem Haushalt 2009 zu übertragenden Kreditermächtigung erhöht sich der Schuldenstand aus der Finanzierung von Investitionen am Jahresende 2010 auf 153,7 Mio. €.

Hinsichtlich detaillierter Ausführungen zur Haushaltsgenehmigung wird auf die Genehmigungsverfügung vom 25.03.2010 verwiesen. Im Zuge dieser Verfügung ist

- die Kreditaufnahme im Kreishaushalt auf 5,6 Mio. € beschränkt,
- die Kreditaufnahme des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ auf 22,5 Mio. € beschränkt.
- im Haushaltsvollzug der Fehlbetrag des Gesamtergebnishaushaltes um 3,2 Mio. € zu verringern.

Damit die Reduzierung des Fehlbetrages erreicht werden kann, hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 17.04.2010 eine haushaltswirtschaftliche Sperre erlassen.

Die Finanzplanung für den Zeitraum 2010 bis 2013 prognostiziert für den Ergebnishaushalt eine anhaltende defizitäre Entwicklung von etwa 30 bis 33 Mio. € jährlich und einen Kassenkreditbestand von rd. 288 Mio. € am Ende dieses Zeitraums. Die negative Entwicklung der Steuerkraft der kreisangehörigen Kommunen im zweiten Halbjahr 2009 und die Entnahme und 400 Mio. € aus dem kommunalen Finanzausgleich durch das Land Hessen, ab den Haushaltsjahr 2011, sind in dieser Prognose noch nicht berücksichtigt. Aktuelle Einschätzungen auf Landkreisebene lassen für den Planungszeitraum 2011 bis 2014 noch größere Defizite erwarten. Ohne eine strukturelle Reform der Kommunal Finanzen ist eine Umkehrung der schwierigen Gesamtentwicklung allerdings nicht möglich. Die Anstrengungen des Kreises seinen Haushalt zu konsolidieren laufen parallel. Hierzu gehört es, durch den Verzicht auf eine weitere Nettoneuverschuldung im investiven Bereich, das Wachstum der Verschuldung auf die Kassenkredite zu beschränken.

6. Wesentliche Abweichungen zwischen Planung und Ausführung von Investitionen

Wie aus der indirekten Finanzrechnung ersichtlich, weichen die Einzahlungen und Auszahlungen in das Sachanlagevermögen (Pos. 10 und 12) deutlich von den Planansätzen ab. In der direkten Finanzrechnung ist die erhebliche Zunahme der Investitionstätigkeit (Pos. 23 und 28) gegenüber dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2008 erkennbar. Diese Ergebnisse des Haushaltsjahres 2009 stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes. Die Umsetzung der Maßnahmen aus diesen Programmen wird schwerpunktmäßig im Jahr 2010 erfolgen. Die Voraussetzungen für den Abruf der Bundesmittel (bis 31.12.2011) müssen bis zum Jahresende 2010 geschaffen werden.

Aus der beigefügten Übersicht sind die Abweichungen zwischen Ansatz und Ergebnis bei den einzelnen Investitionsmaßnahmen ersichtlich.

Der Erlass der haushaltswirtschaftlichen Sperre durch den Kreisausschuss hat zu geringeren Auszahlungen geführt.

Controllingbericht Jahresabschluss 2009

Im Rahmen des Jahresabschlusses sind gemäß § 48 GemHVO-Doppik und den hierzu bestehenden Verwaltungsvorschriften entsprechend den Teilhaushalten Teilrechnungen aufzustellen; die Teilergebnisrechnungen sind jeweils um die tatsächlich angefallenen Beträge zu den in den Teilergebnishaushalten ausgewiesenen Leistungsmengen und Kennzahlen zu ergänzen. Durch die Gegenüberstellung mit Ist-Werten soll die Einschätzung der Zielerreichung ermöglicht werden.

Zu 62 Produkten des Haushaltsplans 2009 wurden Ziele, Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung sowie weitere Kennzahlen definiert (Produkte gesamt 2009 = 70; Anzahl der Ziele = 109, Anzahl der Kennzahlen = 162). Im nachfolgenden werden diese Produkte, Ziele und Kennzahlen des Haushaltsplanes 2009 mit ihren "Zielerreichungsgraden" wie folgt dargestellt:

- IST 31.12.2009 = zum 31. Dezember 2009 erreichter "Zielerreichungsgrad"
- Abweichung in % (Ist-Stand 31.12.2009 im Vergleich Planwert 2009)
- MONITOR = "weiß": Verbesserung gegenüber Planwert; Ziel erreicht / übererfüllt
- MONITOR = "grau": Verschlechterung gegenüber Planwert; Ziel nicht erfüllt, Steuerungsmaßnahmen nicht möglich, notwendig oder bereits ergriffen
- MONITOR = "schwarz": Verschlechterung gegenüber Planwert; Ziel nicht erfüllt und Entscheidung über weitergehende Steuerungsmaßnahmen möglich bzw. notwendig
- Erläuterungen / Gründe der Abweichung (sofern der Planwert 2009 nicht erreicht werden konnte)
- Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen, incl. Handlungs- oder Entscheidungsbedarf für die Verwaltungsführung oder die Kreisgremien (sofern gegeben).

Zu dem vorliegenden Jahresabschlussbericht ist ausdrücklich anzumerken, dass es sich bei den Kennzahlen nicht ausschließlich um Kennzahlen zur Messung einer Zielerreichung handelt und insoweit nicht immer eine grundsätzlich steuerungsfähige "Zielerreichung" oder "Zielabweichung" ausgewiesen ist, sondern eine Abweichung von Istwerten gegenüber Planwerten. Des Weiteren haben sich einzelne Kennzahlen unterjährig als nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand messbar erwiesen und sind daher ohne Istwerte ausgewiesen (bei Ist-Stand 31.12.2009 mit "---" gekennzeichnet).

Ein nicht unerheblicher Teil der Ziele und Kennzahlen hat sich im Laufe des Jahres 2009 als nicht steuerungsfähig oder für eine (politische) Steuerung als ungeeignet herausgestellt, was bei der Betrachtung der Jahresabschlusswerte ebenfalls berücksichtigt werden muss.

Ziele und Kennzahlen wurden für den Haushaltsplan 2010 aufgrund der gemachten Erfahrungen weiterentwickelt und insoweit wird sich die Berichtsbasis für den Jahresabschluss 2010 verbessern. Für den Haushalt 2010 fand eine Reduzierung, Modifizierung und Neudefinition von Zielen und Kennzahlen statt. Dies resultierte auch aus einem gemeinsamen Workshop mit den Fraktionen am 16. Juni 2009, der eine Reduzierung der Kennzahlen sowie eine Konzentration auf die für eine politische Steuerung geeigneten Kennzahlen zum Ergebnis hatte. Die Anzahl der Kennzahlen wurde dementsprechend von 162 auf 90 und die Anzahl der Ziele von 109 auf 74 im Haushaltsplan 2010 reduziert; zudem wurden zahlreiche Ziele und Kennzahlen modifiziert.

Im Zuge einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Ziele und Kennzahlen soll im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe ab April 2010 eine Kennzahlenstruktur für die künftigen doppischen Haushalte (ab Haushaltsplan 2011) erarbeitet werden. Die künftigen Jahresabschlüsse werden diese Berichtsbasis sodann entsprechend nutzen können.

Produkt:

	Plan	Ist 31.12.2009	Abw.	M
--	------	-------------------	------	---

1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

1 Steigerung der Teilnehmerzahl am elektronischen Sitzungsdienst "Session" aus dem Kreis a) der KT-Mitglieder und b) der KA-Mitglieder

a An "Session" teilnehmende KT-Mitglieder / Gesamtzahl KT

> 50%	78%	56%	
-------	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die Erweiterung des Nutzerkreises auf alle KT-Mitglieder erfolgte früher als ursprünglich geplant. 100% konnten nicht erreicht werden, da einige Mitglieder über keinen Internetanschluss verfügen oder (noch) nicht am RIS teilnehmen wollen.

Produkt:

Plan	Ist 31.12.2009	Abw.	M
------	-------------------	------	---

- b An "Session" teilnehmende KA-Mitglieder / Gesamtzahl KA
Gründe der Abweichung / Erläuterung: RIS-Teilnahme im KA weniger als geplant.

100%	92%	-8%	
------	-----	-----	--

2 Schnelle Bereitstellung von a) Beschlussergebnissen und b) Ergebnisniederschriften für Gremiumsmitglieder und Verwaltung über "Session"

- a Durchschnittliche Zeit für Bereitstellung der Beschlussergebnisse (Kalendertage)

< 4	1	-75%	
-----	---	------	--

- b Durchschnittliche Zeit für Bereitstellung der Ergebnisniederschriften (Kalendertage)

< 14	16	14%	
------	----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Insbesondere bedingt durch außergewöhnliche und umfangreiche Etatberatungen Ende des Jahres und Zeitspanne zwischen Fertigstellung und Unterzeichnung / Freigabe der Niederschriften.

3 Vollständigkeit der Sitzungsvorlagen bei Einladungsversand an a) Kreistag/Ausschüsse und b) Kreisausschuss

- a Durchschnittliche Zahl von Nachreichungen pro Sitzung des KT's und seiner Ausschüsse

< 1	0,44	-56%	
-----	------	------	--

- b Durchschnittliche Zahl von Nachreichungen pro Sitzung des KAs

< 1	0,47	-53%	
-----	------	------	--

1030 Repräsentation und Kontaktpflege

1 Pflege der Repräsentationskontakte

- a Korrespondenzen, Ehrenerweise, Glückwünsche (Verhältnis individuell bearbeiteter / Gesamtzahl)

90%	90%	0%	
-----	-----	----	--

- b Projektmanagement (Verhältnis von Großprojekten ab 10 Arbeitstage / Gesamtzahl Projekte)

50%	50%	0%	
-----	-----	----	--

- c Anzahl der Landesehrungen/Bundesverdienstkreuze/Jubiläen pro Jahr

200	130	-35%	
-----	-----	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Gemäß Antragsvorlage.

Produkt:

Plan	Ist 31.12.2009	Abw.	M
------	-------------------	------	---

d Anzahl der Organisation von Ausstellungen pro Monat

1	1	0%	
---	---	----	--

e Anzahl der KFZ-Zulassungen/-Änderungen des Bürgerbüros pro Tag (240 Tage Öffnungszeit gerechnet)

5	3,6	-28%	
---	-----	------	--

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Aufgrund der neuen Webseite und einer besseren Präsenz unseres Bürgerbüros gehen wir von einer Erhöhung dieser Zahl aus.

f Anzahl der Bürgerkontakte des Bürgerbüros pro Tag (240 Tage Öffnungszeit gerechnet)

37	85	130%	
----	----	------	--

1040 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**1 Umfassende Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner über wichtige kommunale Themen**

Informative Pressemitteilungen / herausgegebene Pressemitteilungen gesamt (Auswertung eines Fragebogens an regionale Redaktionen)

mind. 75%	75%	0%	
-----------	-----	----	--

2 Schnelle Information der Medien bei eiligen Pressemitteilungen

Von den Dezernenten bestimmte eilige Pressemitteilungen, die rechtzeitig für den nächstmöglichen "Erscheinungstermin" versendet wurden / von den Dezernenten bestimmte eilige Pressemitteilungen

100%	100%	0%	
------	------	----	--

1051 Personalmanagement und -entwicklung**1 Bedarfs- und aufgabenorientierte Betreuung der Mitarbeiter/-innen sowie der Fachabteilungen**

Anzahl der beim Personalmanagement gemeldeten Überlastungsanzeigen sowie Anzahl der Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerden

0	6	600%	
---	---	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Es handelt sich hierbei ausschließlich um Fachaufsichtsbeschwerden, die jeweils unbegründet waren und denen daher nicht abgeholfen werden konnte.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerden im Zusammenhang mit den Aufgaben der Fachabteilungen sind seitens der Abteilung Personalmanagement nicht steuerbar. Diese sollte daher künftig nicht mehr als Kennzahl verwendet werden; Ziel und Kennzahl werden künftig nicht mehr im Haushaltsplan verwendet.

2 Deckelung der Personalausgaben

Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

30,6	30,9	1%	
------	------	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Diverse Personalveränderungen im Bereich der Beamten und Beschäftigten. Bei den Beamten wurde gemäß dem Gesetz zur Anpassung der Dienstbezüge 2009 eine gesetzliche Erhöhung von 3% ab 01.04.2009 sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 500 € eingerechnet. Die finanzielle Auswirkung hierfür betrug ca. 200.000 €.

Erhöhung des Sanierungsgeldes der Umlage zur Zusatzversorgungskasse (ZVK) von 1,2% auf 1,8% des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab 01.01.2009 (Finanzvolumen hierfür ca. + 100.000 €).

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Die Gründe für die Abweichungen entsprechen den Erläuterungen im Rahmen des zweiten Controllingberichtes 2009. Im Haushaltsjahr 2010 wurden die Personalaufwendungen pauschal um 300.000 € gekürzt.

3 Erhöhung der Transparenz von Personalentscheidungen

Anzahl der Widersprüche und Beschwerden bei Personalentscheidungen

0	2	200%	
---	---	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Es handelt sich hierbei um einen Widerspruch gegen eine Personalentscheidung, dem wegen Unbegründetheit nicht abgeholfen werden konnte. Über den zweiten Widerspruch wurde noch nicht entschieden.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Der Planansatz wurde augenscheinlich zu niedrig angesetzt, da der Wert "0" kaum zu erreichen ist.

4 Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten für eine optimale Bewältigung aktueller und zukünftiger Aufgaben

Anzahl der Arbeitstage für Fort- und Weiterbildungen aller Beschäftigten / Anzahl der Arbeitstage aller Beschäftigten insgesamt

> 1%	---		
------	-----	--	--

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Eine Abfrage / Auswertung der Arbeitstage für Fort- und Weiterbildungen war ursprünglich für Mitte des Jahres sowie für das Jahresende 2009 vorgesehen. Hiervon wurde jedoch aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes (auch für die Fachabteilungen) sowie bedingt durch die Tatsache, dass die Kennzahl im Produktblatt 1051 des Haushaltsplanes 2010 nicht mehr aufgeführt ist, Abstand genommen. Ferner ist die Anzahl der fachspezifischen Fortbildungen seitens der Abteilung Personalmanagement nicht steuerbar, sondern liegt ausschließlich in der Verantwortung der Fachabteilungen.

5 Weiterentwicklung des Qualifizierungsprogramms für Nachwuchsführungskräfte

Anzahl der Teilnehmer/-innen am Qualifizierungsprogramm

6	6	0%	
---	---	----	--

6 Zufriedenheit der Teilnehmer/-innen am Qualifizierungsprogramm für Nachwuchsführungskräfte

Anzahl der positiven Rückmeldungen / Gesamtzahl aller Rückmeldungen (Zufriedenheitsquote)

100%	100%	0%	
------	------	----	--

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Eine schriftliche Abfrage der Zufriedenheitsquote bei den Teilnehmerinnen / Teilnehmern am Qualifizierungsprogramm der Nachwuchsführungskräfte ist erst nach Beendigung des Programmes vorgesehen. Zwischenzeitlich eingeholte mündliche Rückmeldungen sind bislang positiv ausgefallen.

1070 IT-Management**1 Sicherstellung eines störungsfreien Einsatzes von technischen Ressourcen, die nach Dimensionierung, Entwicklungsstand sowie Verfügbarkeit auf dem Markt unter Beachtung wirtschaftlicher Aspekte den Anforderungen entsprechen**

Anteil von Eskalierungen an eingegangenen Störmeldungen der Serverfarm und sämtlicher Kolleginnen und Kollegen

< 5%	< 5%	0%	
------	------	----	--

1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark**1 Schnelle Verfügbarkeit bestellten Büromaterials für den täglichen Bedarf mit minimaler Lagerhaltung**

Büromaterial, das innerhalb von 36 Stunden verfügbar ist / bestelltes Büromaterial gesamt

mind. 90%	90%	0%	
-----------	-----	----	--

2 Hohe Auslastung der Fahrzeuge des Fuhrparks (ohne Dienstfahrzeuge der Dezenten) mit dem Ziel der wirtschaftlichen Bewirtschaftung. Wirtschaftliche Bewirtschaftung wird mindestens als kostendeckend definiert.

Durchschnittliche jährliche Kilometerleistung der Dienstfahrzeuge (ohne Dienstfahrzeuge der Dezenten) / Anzahl der Dienstfahrzeuge (ohne Dienstfahrzeuge der Dezenten)

mind. 12.000	13.416	12%	
-----------------	--------	-----	--

1100 Zentrales Controlling**1 Auf- und Ausbau der Controllinginstrumente (Berichtswesen, Ziel- und Kennzahlensystem, Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung, dezentrales Controlling) gemäß Projektaufträgen**

Durchschnittlicher Fertigstellungs- bzw. Zielerreichungsgrad aller Projektaufträge für das Jahr 2009

85%	85%	0%	
-----	-----	----	--

1110 Revision**1 Sicherstellung des ordnungsmäßigen, rechtmäßigen, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Verwaltungshandelns durch fristgerechte nachgehende und begleitende Prüfungen sowie Beratungen. Ergründung der Ursachen von fehlerhaftem Verwaltungshandeln, Aufzeigen von Möglichkeiten der Verbesserung und künftigen Vermeidung von Fehlerquellen als Beitrag zur Optimierung von Arbeitsabläufen und -ergebnissen. Prüfung der zeitgerechten Beseitigung festgestellter Mängel sowie der Umsetzung der erfolgreichen Maßnahmen.**

a Anzahl der Prüfungen von Jahresabschlüssen der Städte und Gemeinden und des Kreises (geplante / erreichte Zahl der Prüfungen)

23	23	0%	
----	----	----	--

Produkt:

Plan	Ist	Abw.	M
31.12.2009			
4	3	-25%	

b Anzahl der Prüfungen von Eröffnungsbilanzen

Gründe der Abweichung / Erläuterung: In 2009 wurden zwei Prüfungen abgeschlossen und eine Prüfung (Kreis Bergstraße) begonnen, eine weitere Prüfung begann Anfang Januar 2010. Durch personelle Veränderungen ergab sich bei der Kreisprüfung eine Verzögerung. Ferner war Kommunen die Vorlage einer prüffähigen Eröffnungsbilanz zum gesetzlichen Zeitpunkt (30. April 2009) teilweise nicht möglich.

2 Durchführung einer schriftlichen Kundenbefragung im Rahmen der Qualitätssicherung

Auswertung eines Fragebogens (Schulnotensystem; angestrebte Durchschnittsbewertung)

2	---		
---	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Der Fragebogen, der die beiden vergangenen Jahre umfasst, wird in Kürze an die Städte und Gemeinden versandt.

1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

1 Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Themen der Gleichberechtigung

Anzahl der Veranstaltungen, Projekte und Publikationen

ohne	sh. Erl.		
------	----------	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: 1.) 10 2.) 9 3.) 21 4.) 160

1. Veranstaltungen/ Kooperation: Kochkurs mit Jungs am Girls´ Day mit Landfrauen, Landessportbund Hessen e. V Aktionssporttag für Frauen und Mädchen in Fürth, Lesung zum Internationaler Frauentag in Lampertheim, Ausstellung Begegnungen zum Thema Missbrauch in Viernheim, Infobörse für Frauen aus dem Kreis Bergstrasse in Heppenheim, Fortbildung Diversity Management für die Kreisverwaltung, Frauenversammlung Kreisverwaltung, Dienstversammlung der Frauenbeauftragten im Kreis. Vorträge: Die Situation der Frauen im europäischen Vergleich (Deutschland-Frankreich) für Partnerschaftsverein LePont, 60 Jahre Grundgesetz §3 für CDA in Heppenheim,
 2. Projekte: Arbeitskreis gegen sexuellen Missbrauch, Arbeitskreis gegen häusliche Gewalt, Brötchentütenkampagne (Landesweit), Girls` Day, 4 x Selbstverteidigungskurs , Jubiläumsausstellung 10 Jahre Frauen Kunst Kultur.
 3. Publikationen/Pressemeldungen: Newsletter, Einladung Frauenversammlung, Bericht Frauenversammlung, Selbstverteidigungskurs, Internationaler Frauentag, Girls´ Day. Internet: Flyer Frauenbeauftragte Kreis Bergstrasse, Flyer Notrufnummer für Frauen und Kinder ,Frauenförderplan der Kreisverwaltung, Wegweiser für Frauen, Männer, Familien, Behinderung und Migration, Sehen Sie hin! Pressemeldungen: Internationaler Frauentag, Equal Pay Day, Girls` Day(4), Neue Wege für Jungs, Brötchentütenkampagne Pressekonferenz, Interview/Sendung Radio Melibokus; Fachgespräch Qualifizierte Frauen in der Arbeitswelt(BA), Interview girls day (BA)
 4. Beratungen: Anzahl Beratungsgespräche: 20, Anzahl der Beratungen per Telefon und E- Mail: 140.

2 50 % durchschnittlicher Frauenanteil in den unterrepräsentierten Besoldungs- und Entgeltgruppen

a Frauenanteil in der Besoldungsgruppe A9 mD

25%	0	-100%	
-----	---	-------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Keine Einstellungen mehr in dieser Besoldungsgruppe.

b Frauenanteil in der Besoldungsgruppe A12

27%	24%	-11%	
-----	-----	------	--

Produkt:

Plan	Ist 31.12.2009	Abw.	M
------	-------------------	------	---

c Frauenanteil in der Besoldungsgruppe A13 gD

38%	33%	-13%	
-----	-----	------	--

d Frauenanteil in der Besoldungsgruppe A13 hD

36%	27%	-25%	
-----	-----	------	--

e Frauenanteil in der Besoldungsgruppe A15

50%	40%	-20%	
-----	-----	------	--

f Frauenanteil in der Besoldungsgruppe A16

33%	25%	-24%	
-----	-----	------	--

g Frauenanteil in der Entgeltgruppe EG10

46%	39%	-15%	
-----	-----	------	--

h Frauenanteil in der Entgeltgruppe EG12

31%	35%	13%	
-----	-----	-----	--

3 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung, Stellvertretung)

Frauenanteil in Leitungspositionen

50%	41%	-18%	
-----	-----	------	--

4 2 Führungspositionen in Teilzeit

Anzahl der Führungspositionen in Teilzeit

2	2	0%	
---	---	----	--

1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

1 Wahrung der rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen des Kreises in allen Rechtsangelegenheiten unter Geringhaltung der Prozesszahlen

a	Anhängige Prozesse / Neueingänge Prozesse	230/120	170 / 125		
---	---	---------	-----------	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Beschleunigung der Gerichtsverfahren verringert Zahl anhängiger Prozesse.

170 = - 26% (Verbesserung)

125 = + 4% (Verschlechterung)

b	Gegenüberstellung: Neueingänge Prozesse vergleichbarer Landkreise	DA-DI: 221, GG:134*	320 / 169		
---	---	---------------------------	-----------	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: DA-DI: 320 = +45 %, GG: 169 = + 26%

ca	% Prozesse neu Ausländerbehörde	43%	39%	-9%	
----	---------------------------------	-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die „Plan“-Werte bei 1ca - 1cc (vormals 39%, 16%, 12%) wurden auf das Jahresergebnis 2008 (43%, 18%, 15%) verändert.

Grund: Die vormaligen Planwerte beruhten auf einer Schätzung (Hochrechnung) der Prozessneueingänge 2009 auf der viel zu schmalen Basis der Eingänge ab Januar bis ca. 15. März 2009.

Nur Vergleiche der Jahresergebnisse ermöglichen Erkenntnisse.

cb	% Prozesse neu Sozialamt	18%	26%	44%	
----	--------------------------	-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Erläuterungen zu 1 ca. Zudem: Überhänge Bescheide aus 2008.

cc	% Prozesse neu Bauamt	15%	14%	-7%	
----	-----------------------	-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Erläuterungen zu 1 ca.

d	Anzahl der internen schriftlichen Beratungen und Gutachten	200	234	17%	
---	--	-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Allgemein erhöhter Beratungsbedarf.

2 Widerspruchs- und Prozessvermeidung durch Beratung und Schlichtung im Vorverfahren

	% Klageverzichte durch Bürger (Befriedung) bei Widersprüchen gegen Bescheide des Kreisausschusses/des Landrats (Kreisergebnis, ohne Kommunen)	75%	80%	7%	
--	---	-----	-----	----	--

1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement**1 Frühzeitige Information der Kreisgremien über den Stand des Haushaltvollzugs als Steuerungsgrundlage durch Finanz- und Controllingbericht**

Berichte pro Jahr

2	2	0%	
---	---	----	--

1210 Vereinsförderung**1 Förderung der Vereinsarbeit**

Zahl der geförderten Vereine / Zahl der Förderanträge

100%	93%	-7%	
------	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Zurückzuführen auf die teils schwierige Finanzlage mancher Vereine.

2 Förderung des ehrenamtlichen Engagements

a Zahl der verliehenen Ehrenamtskarten (alle 2 Jahre)

800	700	-13%	
-----	-----	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Verleihung gemäß Antragsvorlage.

b Zahl der verliehenen Ehrenamtsnadeln (alle 2 Jahre)

80	---		
----	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Verleihung erfolgt erst wieder 2010.

1221 Wahlen und Statistik**1 Auftragserfüllung mit den geringstmöglichen Kosten**

a Kostenvergleich intern (mit früheren Wahlen)

ohne	---		
------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erfolgt Kostenerstattung. Vergleich erfolgt bei Kommunalwahlen.

b Kostenvergleich extern (mit anderen Landkreisen, bezogen auf die Wahlberechtigten)

ohne	---		
------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Vergleich bei Landratswahlen wegen Zusammenlegung mit EU-Wahl nicht möglich.

Produkt:**Plan Ist Abw. M**

31.12.2009

2 Ausweitung der Internetpräsentation, insbesondere bei Kommunalverwaltungen (z.B. Aufbereitung der letzten Wahlergebnisse)

Anzahl der Seitenaufrufe im Internet

ohne	---		
------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Aufgrund der Umstellung der Homepage ist nach Auskunft des Webmasters keine Nutzerstatistik für 2009 möglich.

1230 Kommunalaufsicht**1 Unterschreitung der gesetzlichen Genehmigungsfrist (3 Monate nach Eingang für sämtliche aufsichtsbehördlichen Genehmigungen) um 2 Wochen**

a Anzahl der aufsichtsbehördlichen Genehmigungen mit einer Zeitdauer von max. 10 Wochen / Gesamtzahl aller aufsichtsbehördlichen Genehmigungen eines Kalenderjahres

80%	93%	16%	
-----	-----	-----	--

b Durchschnittliche Bearbeitungszeit (Arbeitstage)

ohne	28		
------	----	--	--

1241 Ordnungs- und Gewerbewesen**1 Quantitativ messbare Erhöhung der Beratungsleistungen - Ausschöpfung von Ermessensspielräumen - Nichterhöhung bzw. Reduzierung der Bußgeldverfahren (Erhöhung präventiver Tätigkeiten)**

Zahl der Fälle, in denen Bußgelder verhängt wurden / Zahl der Fälle, die eingehen

ohne	19 / 6.700		
------	------------	--	--

2 Transparenz und Akzeptanz von Behördenentscheidungen beim Bürger durch schriftliche Hinweise im Vorfeld, Erörterung des Anliegens der Bürger und fundierte Aussagen; Zufriedenheit der Besucher, Telefonkunden und institutionellen Nutzern mit Erreichbarkeit, Beratung, Informationsvermittlung und Informationsbereitstellung im Jagd-, Fischerei-, Waffen- und Sprengstoffwesen (Durchführung Umfrage)

Kundenzufriedenheit (Auswertung Umfrage; Note)

2	2	0%	
---	---	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Anonyme Befragung - Auswertung 2008.

3 Rechtlich einwandfreie Erlaubnisverwaltung (Erlaubniserteilung, Widerruf, Ablehnung) im Jagd-, Fischerei-, Waffen- und Sprengstoffwesen; Einhaltung des Turnus der Regelüberprüfungen aller Erlaubnisinhaber (im Bereich Waffenrecht spätestens im Drei-Jahre-Turnus)

Regelüberprüfungen / Zahl der Erlaubnisinhaber (jährlich bei einem dreijährigen Turnus)

mind. 33%	44%	33%	
-----------	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: 2.935 / 6.607 = 44,42 %

Aufgrund der Verschärfung des Waffenrechts sind zusätzliche Regelüberprüfungen vorgenommen worden.

1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

1 Wartezeit je Zulassung von Eintritt bis Verlassen der Zulassungsbehörde von max. 45 Minuten

Anzahl der Kunden im Teilbereich "Zulassungen" mit einer Wartezeit i. H. v. max. 45 Minuten / Gesamtzahl der Kunden im Teilbereich "Zulassungen"

mind. 80%	38 %	-53%	
-----------	------	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: 1. Übermäßig viele Kunden wegen Umweltprämie (nicht vorhersehbar)

2. Verfahrensumstellung "Ekom21" auf neue Software im November 2008, die weitgehend nicht den Vorgaben entsprach und auch unter Berücksichtigung der Umweltprämie zu außergewöhnlichen Wartezeiten führte.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Programmwechsel zu "Telecomputer" am 14.09.2009. Tendenziell ist durch den Wechsel eine geringere Wartezeit festzustellen.

2 Ermittlung der Bearbeitungszeit von Anträgen zur Teilnahme am Modellprojekt "Begleitendes Fahren ab 17" bis zur Weiterleitung an Prüfstelle

Durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge "Begleitendes Fahren ab 17" (Werktage)

max. 36	16,5	-54%	
---------	------	------	--

1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

1 Zeitnahe Genehmigung von Baustellen: Von sofort bis 3 Wochen Vorlaufzeit, insbesondere abhängig vom Schwierigkeitsgrad und den Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen (Umleitung, öffentliche Bekanntmachung von Straßensperrungen)

Anzahl der Baustellen mit sofortiger oder mit Erledigung innerhalb von 3 Wochen Vorlaufzeit / Gesamtzahl der Baustellengenehmigungen

100%	100%	0%	
------	------	----	--

2 Kontrolle von Fahrzeugen im öffentlichen Verkehrsraum: Durchführung von 5 Kontrollen im Jahr

Anzahl der durchgeführten Kontrollen / Anzahl der geplanten Kontrollen

> 80%	100%	25%	
-------	------	-----	--

3 Zeitnahe Bußgeldsachbearbeitung: Bearbeitung der Bußgeldangelegenheiten innerhalb eines Zeitraumes von 6 Wochen (vom Eingang der Anzeige bis zur Bescheiderteilung)

Anzahl der Fälle mit einer Bearbeitungszeit von max. 6 Wochen / Anzahl der Gesamtfälle

100%	45%	-55%	
------	-----	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Ermittlungstätigkeiten und Arbeitsaufwand. Zudem Altersteilzeit ab 01.05.2009.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Änderung der Ablauforganisation.

1300 Fleischhygiene

1 Vollständige Schlachtier- und Fleischuntersuchung

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

100%	100%	0%	
------	------	----	--

2 Vollständiger Verbraucherschutz

Anzahl der Beanstandungen (pathologische Veränderungen) / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt

10%	9%	-10%	
-----	----	------	--

1311 Allgemeines Veterinärwesen

1 Vollständiger Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen

Anzahl der überprüften gewerblichen Tierhaltungen / Anzahl der im Kreis Bergstraße vorhandenen gewerblichen Tierhaltungen gesamt

50%	24%	-52%	
-----	-----	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Aufgrund Schwangerschaft und Elternzeit konnten nur weniger Kontrollen als angenommen im Bereich Tierschutz/Tierseuchenbekämpfung durchgeführt werden. Weiterhin gab es im Bereich der amtlichen Tierschutzüberwachung einen Personalwechsel der Amtstierärzte.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Am 15.01.09 wurde eine Tiergesundheitsaufseherin zur Fortbildung eingestellt. Diese wird ihre Fortbildung voraussichtlich im März 2010 beenden, so dass sie dann auch selbständige Kontrollen im Bereich der amtlichen Tierschutzüberwachung durchführen kann. Weiterhin hat die Amtstierärztin, die sich im Jahr 2009 in Elternzeit befand, ihren Dienst am 04.01.2010 wieder angetreten, so dass auch von dieser Seite wieder vermehrt Kontrollen durchgeführt werden können.

2 Überprüfung aller Lebensmittelbetriebe im Landkreis einschließlich Produktkontrollen auf besondere Veranlassung (z.B. Verbraucherbeschwerde) und nach vorgegebenem Kontrollrhythmus

Anzahl der überprüften Lebensmittelbetriebe / Anzahl der überwachungspflichtigen Lebensmittelbetriebe im Kreis Bergstraße gesamt

60%	41%	-32%	
-----	-----	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Aufgrund Personalausfalls (Erkrankungen über einen längeren Zeitraum) konnten auch nur weniger Kontrollen als angenommen durchgeführt werden.

Produkt:

Plan	Ist 31.12.2009	Abw.	M
------	-------------------	------	---

3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung

Anzahl der Überprüfungen auf besondere Veranlassung / Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung gesamt

95%	100%	5%	
-----	------	----	--

4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung / Anzahl der überwachungspflichtigen Betriebe im Kreis Bergstraße gesamt
Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. 1.
Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: sh. 1

50%	15%	-70%	
-----	-----	------	--

1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte**1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße**

Anzahl der Personen, die durchgängig an einem Integrationskurs teilgenommen haben / gesamte Integrationskursteilnehmer/-innen (IKT) (betrachtet werden die letzten 10 beendeten Kurse; durchgängige IKT 157 / gesamte IKT 203 = 0,77)

mind. 88%	80%	-9%	
-----------	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Geringe Abweichung ohne Bedarf an Gegensteuerungsmaßnahmen.

1361 Brand- und Katastrophenschutz**1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist (Jahresschnitt 360 Begehungen)**

Geplante Begehungen bis 31.12.2009

300	176	-41%	
-----	-----	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Einarbeitungsphase neuer Mitarbeiter, Umstrukturierung innerhalb der Abteilung durch Altersteilzeit und danach Wegfall der Stelle.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Optimierung des verwendeten EDV-Programmes in 2010.

2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass

a Durchgeführte Veranstaltungen

1	1	0%	
---	---	----	--

b Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft (min. 6 Std. / FFFü)

mind. 6	7	17%	
---------	---	-----	--

Produkt:**Plan****Ist****Abw.****M**

31.12.2009

3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder (Stand 30.05.2008: 82); Weiterführung der Ausbildung

a Anzahl der Stabsmitglieder zum 31.12.2009

92	86	-7%	
----	----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Abhängigkeit der Stabsmitglieder nach freiwilligem Engagement.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Weitere Mitgliederwerbung, Einführung einer Stabsdienstordnung.

b Übungsteilnehmerstunden je neugewonnenem und je bisherigem Stabsmitglied

30	7	-77%	
----	---	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Arbeitsauslastung der Stabsmitglieder, terminliche Überschneidungen, Ausscheiden und Beurlaubung von Stabsmitgliedern.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Anpassung der Schichtsysteme und damit verbundene Optimierung der Schulungsinhalte, Mitgliederwerbung.

2010 Grundschulen**1 Reibungsloser IT-gestützter Unterricht**

a Angefragte Supportleistungen / Kontingent an Supportleistungen

max. 100%	---		
--------------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: In 2009 erfolgte eine technische Umstellung des Supports. Das neue Tool für die Erhebung der Anzahl der Supportleistungen sowie der Bearbeitungsdauer ist noch fehlerhaft, so dass eine Auswertung der relevanten Daten in 2009 nicht möglich war.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Die Erhebung der Daten erfolgt erst ab 2010 nach Fertigstellung des Tools zur automatisierten Abfrage, da eine händische Erhebung der Daten zu arbeits- und zeitintensiv ist.

b Gesamtdauer Bearbeitungszeit Supportleistungen (durchschnittlich, in Minuten)

max. 60	---		
---------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. a.

2021 Kombinierte Schulformen**1 Reibungsloser IT-gestützter Unterricht**

a Angefragte Supportleistungen / Kontingent an Supportleistungen

max. 100%	---		
--------------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Produkt 2010, 1a.

b Gesamtdauer Bearbeitungszeit Supportleistungen (durchschnittlich, in Minuten)

max. 60	---		
---------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Produkt 2010, 1a.

2 Erfolgreich absolvierte Schulabschlüsse im Bereich Hauptschule mittels des Projekts "SchuB" (Schule und Betrieb)

Anzahl der erfolgreich absolvierten Schulabschlüsse in SchuB-Klassen im Bereich Hauptschule / Anzahl der insgesamt absolvierten Schulabschlüsse in SchuB-Klassen im Bereich Hauptschule

100%	98%	-2%	
------	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Ein Schüler von insgesamt 59 Abgängern hat trotz intensiver Unterstützung durch die Schule den Abschluss nicht erreicht.

2040 Gymnasien

1 Reibungsloser IT-gestützter Unterricht

a Angefragte Supportleistungen / Kontingent an Supportleistungen

max. 100%	---		
-----------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Produkt 2010, 1a.

b Gesamtdauer Bearbeitungszeit Supportleistungen (durchschnittlich, in Minuten)

max. 60	---		
---------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Produkt 2010, 1a.

2060 Förderschulen

1 Reibungsloser IT-gestützter Unterricht

a Angefragte Supportleistungen / Kontingent an Supportleistungen

max. 100%	---		
-----------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Produkt 2010, 1a.

b Gesamtdauer Bearbeitungszeit Supportleistungen (durchschnittlich, in Minuten)

max. 60	---		
---------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Produkt 2010, 1a.

2070 Berufliche Schulen

1 Reibungsloser IT-gestützter Unterricht

a Angefragte Supportleistungen / Kontingent an Supportleistungen

max. 100%	---		
-----------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Produkt 2010, 1a.

b Gesamtdauer Bearbeitungszeit Supportleistungen (durchschnittlich, in Minuten)

max. 60	---		
---------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. Produkt 2010, 1a.

2080 Schülerbeförderung**1 Möglichst kurze Fahrtzeiten bei der Beförderung behinderter Schüler (Rahmenvorgabe: 90 Minuten je einfache Wegstrecke)**

Durchschnittliche Unterschreitung der Rahmenvorgabe

ohne	< 90 Min.		
------	-----------	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Rahmenvorgabe wurde eingehalten.

2 Hohe Zufriedenheit mit Beförderungen behinderter Schüler

Anzahl schriftlicher Beschwerden / Zahl der beförderten Schüler pro Schuljahr

< 5%	0%	-100%	
------	----	-------	--

2085 Schulverwaltung**1 Umsetzung der Maßnahmen und Ziele des Schulentwicklungsplanes bis 2010**

Anzahl der umgesetzten Maßnahmen und erreichten Ziele / Gesamtzahl der geplanten Maßnahmen und Ziele

mind. 50%	80%	60%	
-----------	-----	-----	--

2100 Kreisvolkshochschule**1 Erreichen breiter Kreise der Bevölkerung**

Neue Kursteilnehmer / Kursteilnehmer gesamt

mind. 15%	18 %	20%	
-----------	------	-----	--

2 Niedrige Ausfallquote

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung von Fachbereich 1, Gesellschaft)

max. 25%	15 %	-40%	
----------	------	------	--

3 Attraktive, innovative Kursangebote

Anzahl neuer Kurse / Anzahl angebotene Kurse gesamt

mind. 10%	13 %	30%	
-----------	------	-----	--

3010 Hilfe zum Lebensunterhalt**1 Kurze Bearbeitungszeiten**

Durchschnittliche Anzahl der Kalendertage, die zwischen dem Eingang des Antrages, der Vollständigkeit der Unterlagen bis zur erfolgten Zahlung an den Antragsteller liegen

ohne	50		
------	----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Das Berechnungsverfahren wurde im Jahresverlauf modifiziert. In 26% der Fälle kam es zu einer rückwirkenden Hilfestellung. In diesen Fällen wurde die Bearbeitungszeit ab dem Antragsdatum berechnet.

3020 Hilfe zur Pflege**1 Stärkere Selbstbestimmung durch Persönliches Budget in der häuslichen Pflege**

Zahl der Antragsteller, die ein Persönliches Budget erhalten / Gesamtzahl der Antragsteller

ohne	1,2 %		
------	-------	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Von 85 Neufällen in der ambulanten Pflege wurde 1 Antrag auf persönliches Budget gestellt und bewilligt. Hilfebedürftige, die bereits vor der Einführung des persönlichen Budgets Leistungen erhielten, wechseln das Modell i.d.R. nicht. Bei 14 dieser "Altfälle" wurde das Arbeitgebermodell nach § 65 Abs. 2 SGB XII angewandt, das bereits in hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglicht.

3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**1 Stärkere Selbstbestimmung durch Persönliches Budget**

Zahl der Antragsteller auf Eingliederungshilfe, die ein Persönliches Budget erhalten (/ Gesamtzahl der Antragsteller auf Eingliederungshilfe)

10	4	-60%	
----	---	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Seit Jahresbeginn wurden keine Anträge auf ein persönliches Budget gestellt. Die benannten 4 Fälle stellen auf die lfd. Fälle insgesamt ab und wurden bereits im Jahr 2008 bewilligt.

3040 Hilfen zur Gesundheit**1 Reduzierung der Fallzahlen bei den Versicherten nach dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV Modernisierungsgesetz - GMG)**

GMG-Versicherte / Gesamtanzahl der Hilfeempfänger nach Kapitel 3 und 4 SGB XII

ohne	10%		
------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Von 2.798 Mitgliedern von Bedarfsgemeinschaften, die im Jahresverlauf Leistungen nach Kap. 3 (HLU) oder Kap. 4 (GSiG) erhielten, hatten 286 Personen Anspruch auf Krankenhilfe nach § 264 SGB V (GMG). Der Anteil der GMG-Versicherten zu Leistungsberechtigten insgesamt ging damit im Jahresverlauf um knapp 2% zurück.

3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten**1 Kurze Bearbeitungszeiten**

Durchschnittliche Anzahl der Kalendertage, die zwischen dem Eingang des Antrages, der Vollständigkeit der Unterlagen bis zur erfolgten Zahlung an den Antragsteller liegen

ohne	56		
------	----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Der Gesamtdurchschnitt wird durch drei Fälle mit extrem langen Bearbeitungszeiten (>100 Tage) beeinflusst. In diesen drei Fällen handelt es sich um Betreutes Wohnen außerhalb des Kreises Bergstraße. Hier kam es zu erhöhtem Ermittlungsaufwand wg. Zuständigkeitsfragen, fehlender Vergütungsvereinbarungen der Träger bzw. verzögerter Rechnungstellung durch die Träger. Da es sich um stationäre Maßnahmen nach §§ 67 ff. SGB XII handelt und die Zahlungen an die Einrichtungen geleistet werden, war die Versorgung der Hilfebedürftigen in keinem Fall gefährdet. Lässt man diese drei Fälle unberücksichtigt errechnet sich eine Bearbeitungszeit von durchschnittlich 45 Tagen.

3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**1 Kurze Bearbeitungszeiten**

Durchschnittliche Anzahl der Kalendertage, die zwischen dem Eingang des Antrages, der Vollständigkeit der Unterlagen bis zur erfolgten Zahlung an den Antragsteller liegen

ohne	43		
------	----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Das Berechnungsverfahren wurde im Jahresverlauf modifiziert. In 46% der Fälle kam es zu einer rückwirkenden Hilfestellung. In diesen Fällen wurde die Bearbeitungszeit ab der Antragstellung berechnet. Die Bearbeitungszeiten errechnen sich dadurch mit durchschnittlich 36 Kalendertagen und sind im Jahresverlauf um 4 Kalendertage gestiegen.

3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**1 Maximale Auslastung der Kapazitäten der Gemeinschaftsunterkünfte**

Belegungszahl der Gemeinschaftsunterkünfte / maximale Kapazität der Gemeinschaftsunterkünfte
(Stand 01.06.08: Belegung 434 / max. Kapazität 708 = 0,61)

61%	82%	34%	
-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Grundlage ist die Belegung zum 01.12.2009 mit 282 Personen auf 344 Plätzen. Gemeinschaftsunterkünfte, die in Auflösung sind, wurden nicht in die Berechnung einbezogen, da diese das Ergebnis verfälschen.

3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege und Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**1 Leistungsorientierte Mittelvergabe**

Fallzahlenermittlung anhand des erstmaligen Berichtswesens

ohne	4.689		
------	-------	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die Anzahl der im Jahr 2009 durch die Träger der Wohlfahrtsverbände erbrachten Leistungen (Beratungen und Kontakte, Leistungsempfänger und Klienten) beläuft sich insgesamt auf 4.689. Ein detaillierter Bericht über die Leistungsangebote und Maßnahmen der Träger wurde der Steuerungsgruppe Sozialplanung vorgelegt.

3120 Unterhaltsvorschussleistungen**1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt im Jahr 2009 mindestens 20 %**

Anzahl der Forderungsfälle 2008 / Anzahl der Forderungsfälle 2009

- 20%	noch offen		
-------	------------	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die Höhe der Rückholquote ist noch nicht abschließend ermittelt.

3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen**1 Kurze Bearbeitungszeiten**

Durchschnittliche Anzahl der Kalendertage, die zwischen dem Eingang des Antrages, der Vollständigkeit der Unterlagen bis zur erfolgten Zahlung an den Antragsteller liegen

ohne	43% < 1 Monat; 30% 1-2 Monate; 27% >=3 Monate		
------	--	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die Bearbeitungszeiten haben sich im Jahresverlauf auf Grund steigender Fallzahlen weiter erhöht. Insgesamt ist die Anzahl der zu erstellenden Bescheide gegenüber dem Vorjahr um 87 % gestiegen, im Bereich Lastenzuschuss mit 113% Steigerung sogar mehr als verdoppelt. Die Anzahl der Erstanträge ist um 25% gestiegen.

3135 Hilfen für jüdische Emigranten und Spätaussiedler**1 Integration von jüdischen Emigranten und Spätaussiedlern**

Zahl der Bewohner/-innen in Gemeinschaftsunterkünften, die in Privatwohnungen verlegt werden / Gesamtzahl der zu betreuenden jüdischen Emigranten und Spätaussiedler

ohne	73%		
------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Basis sind 36 Bewohner/innen zum 31.12.2008, 9 Zu- und 33 Abgänge im Jahresverlauf.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Das Produkt 3135 wurde aufgrund seiner geringen Steuerungsrelevanz als Leistung dem Produkt Nr. 3130 - Sonstige Hilfen und Sozialleistungen - zugeordnet (ab Haushaltsplan 2010).

3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege**1 40 % der kommunalen und nicht-konfessionellen Einrichtungen nehmen an Fortbildungsveranstaltungen teil**

Zahl der kommunalen und nicht-konfessionellen Einrichtungen, die an Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen haben / Anzahl aller kommunalen und nicht-konfessionellen Einrichtungen

40%	66%	65%	
-----	-----	-----	--

Produkt:**Plan Ist Abw. M**

31.12.2009

2 Bis 2013 werden 35 % der unter dreijährigen Kinder im Kreis Bergstraße Tagesbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt

Kinder U3 in KITAs und Tagespflege / Kinder U3 im Kreis Bergstraße

35%	14%	-60%	
-----	-----	------	--

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Ausbau der Plätze in KITAs sowie die Rekrutierung weiterer Tagespflegepersonen sind geplant.

3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen**1 Förderung der Jugendverbände**

Anzahl der geförderten Jugendverbände / Anzahl aller Jugendverbände

> 90 %	---		
--------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Nach ausgiebigen Recherchen muss festgestellt werden, dass die Anzahl der Vereine / Jugendverbände nicht verbindlich festgestellt werden kann. An Zahlenmaterial liegen lediglich die Anzahl der geförderten Jugendveranstaltungen vor, soweit sie vom Jugendamt finanziell unterstützt wurden. Insgesamt gibt es mehr als 2000 Vereine im Kreis Bergstraße, die allerdings nicht alle über jugendliche Mitglieder verfügen. Ziel und Kennzahl wurden daher mangels Messbarkeit aus dem Haushaltsplan genommen.

2 Bis zum Beginn der Schuljahres 2009/2010 verfügen 10 weitere Grundschulen im Kreis Bergstraße über ein Betreuungsangebot nach den Mindeststandards gemäß dem Konzept "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße"

Zahl der Grundschulen, die am 1.8.2009 über ein den Mindeststandards entsprechendes Betreuungsangebot verfügen / Zahl der Grundschulen, die am 1.8.2008 über ein den Mindeststandards entsprechendes Betreuungsangebot verfügen

+ 10	+ 18	80%	
------	------	-----	--

3 Die durchschnittliche Wartezeit auf Beratung, Therapie und Abklärung evtl. notwendiger weiterer Schritte beträgt max. 6 Wochen nach dem Erstgespräch

Anzahl der Fälle eines Jahres, bei denen Beratung, Therapie und Abklärung evtl. weiterer Schritte innerhalb von 6 Wochen stattfanden / Anzahl aller Fälle eines Jahres

> 60 %	90%	50%	
--------	-----	-----	--

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen:

EB Bensheim: 89%

EB Lampertheim: 91%

4 Die Klienten der Beratungsstellen sind mit Angebot, Inhalt und Verlauf der Angebote zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebögen)

Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2)

2	1,35	-33%	
---	------	------	--

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen:

EB Bensheim: 1,3

EB Lampertheim: 1,4

Produkt:

Plan	Ist	Abw.	M
	31.12.2009		

5 35 % aller Teilnehmer an präventiven Kursangeboten nehmen an 100 % der Teilnehmertage teil

Tatsächliche Teilnehmertage (nach 1. Treffen) / Teilnehmertage insgesamt
(Dauer der Maßnahme x Teilnehmer)

> 35 %	---		
--------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Zur Elternarbeit wird derzeit ein neues Rahmenkonzept erarbeitet, aus dem Ziele und Kennzahlen erst nach Fertigstellung abgeleitet werden können. Dies wird erst für den Haushalt 2011 möglich sein. Ziel und Kennzahl wurden daher aus dem Haushaltsplan genommen.

3170 Hilfe zur Erziehung**1 Reduzierung der durchschnittlichen Verweildauer bei Heimunterbringungen um 1 Monat**

Durchschnittliche Verweildauer 2008 / durchschnittliche Verweildauer 2009 (in Monaten)

- 1	---		
-----	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die durchschnittliche Verweildauer konnte zum ersten Mal zum 31.12.2009 ermittelt werden (2009 = 15,25 Monate). Ein Vergleich mit 2008 war daher nicht möglich.

2 Die Anzahl der Heimunterbringungen nach § 34 SGB VIII wird um 8 Fälle bis zum 31.12.2010 reduziert

Anzahl der Heimunterbringungen 31.12.2010 / Anzahl der Heimunterbringungen 31.12.2008

- 8	+ 6	-175%	
-----	-----	-------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Bei den Fällen der Heimerziehung konnte im Jahr 2009 keine Verringerung erreicht werden, da in der Kürze der Zeit seit Beginn des Umsteuerungskonzeptes keine alternativen Formen der stationären Hilfen in finanzwirksamem Umfang generiert werden konnten. Es ist ein positiver Anstieg im Bereich der Erziehungsstellen zu verzeichnen, da die Kosten für eine Erziehungsstelle wesentlich geringer sind als die einer klassischen Heimunterbringung.

3 Steigerung der geplant beendeten Hilfen um 5 %

Quote der geplant beendeten Hilfen 2008 / Quote der geplant beendeten Hilfen 2009

+ 5%	---		
------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die Quote der geplant beendeten Hilfen konnten zum ersten Mal zum 31.12.2009 ermittelt werden (2009 = 15%). Ein Vergleich mit 2008 war daher nicht möglich.

3190 Hilfe für junge Volljährige**1 Verringerung der Heimhilfen für junge Volljährige um 7 Fälle bis 31.12.2010**

Anzahl der Heimhilfen für junge Volljährige am 31.12.2008 / Anzahl der Heimhilfen für junge Volljährige am 31.12.2010

- 7	+ 1	-114%	
-----	-----	-------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Siehe Ausführungen zu Produkt 3170, lfd. Nr.2.

2 Steigerung der geplant beendeten Hilfen um 5 %

Quote der geplant beendeten Hilfen für junge Volljährige 2008 / Quote der geplant beendeten Hilfen für junge Volljährige 2009

+ 5 %	---		
-------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die Quote der geplant beendeten Hilfen konnten zum ersten Mal zum 31.12.2009 ermittelt werden (2009 = 10%). Ein Vergleich mit 2008 war daher nicht möglich.

3200 Eingliederungshilfe**1 Reduzierung der Anzahl der integrierten Lerntherapien um 10 Fälle im Jahr**

Anzahl der Bewilligungen 2008 / Anzahl der Bewilligungen 2009

- 10	- 10	0%	
------	------	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Von den 65 lfd. Leistungen wurden 35 Anträge zum ersten Mal und 30 Anträge weiter bewilligt. 9 Anträge befinden sich im Entscheidungs- und 13 Anträge im Begutachtungsstadium. Eine Prognose ist derzeit noch nicht möglich, da der Bereich LRS (Lese-Rechtschreib-Schwäche) / DYSK(Dyskalkulie) erst seit einem Jahr aus dem ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) ausgegliedert wurde. Erschwerend könnte sich das Verwaltungsgerichtshof-Urteil zum Thema schulische Förderung auswirken, das die Jugendämter zur Übernahme der Leistungen im Bereich LRS/DYSK verpflichtet, wenn ein Angebot der Schulen zur schulischen Förderung nicht besteht.

31.12.2008 31.12.2009

75 65

3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe**1 2009 werden 5 Inobhutnahmen von Kindern im Alter bis zu sechs Jahren in Bereitschaftspflegefamilien durchgeführt****- anstatt stationärer Heimerziehung**

Zahl der Inobhutnahmen von Kindern im Alter bis zu sechs Jahren in Bereitschaftspflegefamilien (anstatt stationärer Heimerziehung)

5	5	0%	
---	---	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Seit einem knappen Jahr sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des neu konzipierten Pflegekinderdienst erfolgreich dabei, neue Pflegefamilien zu rekrutieren, was durch die Erfüllung des Zielerreichungsgrades bestätigt wird. Allerdings wird bei den Bereitschaftspflegefamilien eine hohe Fluktuation beobachtet, die im Laufe des Jahres zu Schwankungen führen kann.

	31.12.2008	Ende 2009
Inobhutnahmen insgesamt	19	16
davon in Bereitschaftspflegefamilien	--	3
davon in Pflegefamilien	--	2

3220 Seniorenberatung**1 Maximierung der ambulanten Unterbringung der über 80-Jährigen (Reduzierung der stationären Unterbringung der über 80-Jährigen)**

Zahl der über 80-Jährigen, die sich in Pflegeheimen befinden / Gesamtzahl der Einwohner/-innen über 80 Jahren

ohne	2,40%		
------	-------	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Grundlage sind die Heimpflegefälle ab 80 Jahren zum 31.12.2009, die Leistungen nach dem SGB XII erhalten im Verhältnis zur Bevölkerung ab 80 Jahren zum Stichtag 03.12.2008. Die Quote ist seit Jahresbeginn stabil.

4011 Gesundheitshilfen und Prävention**1 Möglichst kurze Bearbeitungsdauer für amtsärztliche und sozialmedizinische Untersuchungen und Gutachten (1.300 - 1.500)**

a	Bearbeitung aller Aufträge für amtsärztliche und sozialmedizinische Untersuchungen und Gutachten Gründe der Abweichung / Erläuterung: Es wurden 1.477 Aufträge bearbeitet.	100 %	100 %	0%	
b	Durchschnittliche Bearbeitungszeit in Kalendertagen von der Beauftragung der Untersuchung oder des Gutachtens bis zur Fertigstellung	20	20	0%	

4020 Gesundheitsschutz**1 Gesundheits- und Verbraucherschutz vor mikrobiologischen, chemischen und physikalischen Risiken, incl. vorbeugendem Entgegenwirken von Möglichkeiten einer Schädigung.**

1.a) Begehung aller Anlagen (27 öffentliche Trinkwasserversorgungsanlagen, 13 Freibäder, 6 Hallenbäder und 2 Badeseen, 7 Krankenhäuser)

1.b) Begehung der zu überprüfenden Einrichtungen gemäß Plan (36 Altenheime, 157 Kindergärten, 78 Schulen; Prüfungshäufigkeit: Altenheime alle 2 Jahre, Schulen und Kindergärten alle 5 Jahre)

a	Anzahl der tatsächlich durchgeführten Überprüfungen / Anzahl aller zu überprüfender Anlagen Gründe der Abweichung / Erläuterung: Von den insgesamt 55 Anlagen wurden 42 geprüft. Umbesetzung einer 1/2 - Fachkraft zum schulärztlichen Dienst; längere Krankheitszeiten einer Vollzeit-Fachkraft.	100 %	76 %	-24%	
b	Anzahl der tatsächlich durchgeführten Überprüfungen / Anzahl aller planmäßig zu überprüfenden Einrichtungen Gründe der Abweichung / Erläuterung: Von den insgesamt 65 Einrichtungen wurden 42 geprüft. Auslastung einer 1/2 - Fachkraft durch termingebundene, andere planmäßige Aufgaben (Hör- und Sehtest bei Einschulungsuntersuchungen).	100 %	65%	-35%	

4040 Sportförderung im Kreis Bergstraße**1 Sportförderung im Kreis Bergstraße**

	Anzahl der Förderanträge / Anzahl der Beratungsgespräche zur Vereinsförderung Gründe der Abweichung / Erläuterung: Hoher Finanzbedarf im Sportsektor.	80%	96%	20%	
--	--	-----	-----	-----	--

5010 Räumliche Planung und Entwicklung**1 Förderung der Entwicklung des Kreises Bergstraße in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensqualität; Auswertung mittels Beurteilungsbogen durch den zuständigen Dezernenten**

Ergebnis Beurteilung (Schulnotensystem; Note)

mind. 3,0

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Ziele und Kennzahlen unter Nr. 1 - 3 sind im Produktblatt des Haushaltsplans 2010 nach Überarbeitung der Produktblätter entfallen und wurden daher in 2009 nicht mehr erhoben.

2 Unterstützung und Koordination bei allen regionalplanerischen Fachbelangen; Auswertung mittels Beurteilungsbogen durch den zuständigen Dezernenten

Ergebnis Beurteilung (Schulnotensystem; Note)

mind. 3,0

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh. 1.

3 Planung und Durchführung von Projekten, die der Förderung der regionalen Zusammenarbeit dienen; Auswertung mittels Beurteilungsbogen durch den zuständigen Dezernenten

Ergebnis Beurteilung (Schulnotensystem; Note)

mind. 3,0

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Sh.1.

5020 Dorf- und Regionalentwicklung**1 Verbesserung der Lebensqualität sowie Strukturverbesserung in ländlichen Gebieten**

a Dorfentwicklung (DE): Anzahl der strukturpolitisch möglichen Förderschwerpunkte (Stand 2008)

9

9

0%

b Regionalentwicklung (RE): Anzahl der strukturpolitisch anerkannten (Teil-) Regionen (Stand 2008)

1

1

0%

2 Zeit- und bedarfsgerechte Steuerung und Bilanzierung der Maßnahmen, Bearbeitung der Einzelverfahren (kommunale und private) bis zur Bewilligungsreife

Kontingentsverausgabung (jeweils Dorfentwicklung sowie Regionalentwicklung)

je 100%

100 %

0%

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Es wurden neun kommunale Maßnahmen mit einer Gesamtinvestition von 423.000 EUR bewilligt und mit einer Zuschusssumme von 260.000 EUR bedacht. Im privaten Bereich konnten 50 Maßnahmen mit einer Gesamtinvestition von 4 Millionen EUR bewilligt werden. Es flossen hier hinein 750.000 EUR an Zuschüssen.

Produkt:

Plan	Ist 31.12.2009	Abw.	M
------	-------------------	------	---

3 Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung für die Aufgabenstellung: Durchführung von 1 Veranstaltung und/oder Herausgabe von 1 Publikation, ggfs. im Internet-Auftritt

Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen oder herausgegebenen Publikationen / Anzahl der geplanten Veranstaltungen oder Publikationen

100%	100 %	0%	
------	-------	----	--

4 Einstellung von Daten und Flächen ins Bürger-GIS

Darstellung des jeweiligen ortsteilbezogenen Fördergebiets der neu aufgenommenen Förderschwerpunkte

4	0	-100%	
---	---	-------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Dieser Wert ist abhängig von Prioritäten in der GIS Gruppe und konnte aus technischen und personellen Gründen nicht umgesetzt werden. Kennzahl ist im Produktblatt des Haushaltsplans 2010 nach Überarbeitung entfallen.

5030 Bauleitplanung**1 Wahrnehmung der Aufgabe als Träger öffentlicher Belange**

Anzahl der Stellungnahmen

ohne	---		
------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Ziel und Kennzahl sind im Produktblatt des Haushaltsplans 2010 nach Überarbeitung der Produktblätter entfallen und wurden daher in 2009 nicht mehr erhoben.

2 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen

ohne	---		
------	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Eine Datenerfassung konnte 2009 nicht stattfinden. Daten werden seit dem 01.01.2010 erfasst.

5040 Geoinformationssystem (GIS)**1 Dienstleistung Bürger-GIS im Internet: Ständige Updates und Aktualisierung der Homepage, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße; hohe online-Verfügbarkeit im Internet pro Kalenderjahr, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement**

a Online-Verfügbarkeit im Internet an 365 Tagen (8760 Stunden)

98%	99%	1%	
-----	-----	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Update GIS-Internetserver lag unter dem Zeitplan.

b Anzahl Zugriffe und Downloads

75.000	76.412	2%	
--------	--------	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Mehr Zugriffe durch neues Projekt Sozialatlas.

Produkt:**Plan Ist Abw. M**

31.12.2009

2 Dienstleistung Geooffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung des Geooffice, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe Online-Verfügbarkeit im Intranet an den Arbeitstagen, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement

a Online-Verfügbarkeit im Intranet an 235 Arbeitstagen (2350 Stunden)

98%	98%	0%	
-----	-----	----	--

b Anzahl Zugriffe und Downloads

80.000	79.898	0%	
--------	--------	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Nur geringfügige Abweichung: -0,13%.

5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung**1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren**

Durchschnittliche Genehmigungsdauer von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)

60	59	-2%	
----	----	-----	--

5070 Denkmalschutz**1 Bearbeitung der förmlichen Verfahren bis zur Entscheidung binnen durchschnittlich 30 Tage ab Eingang der Unterlagen / Anträge**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit Eingang Unterlagen bis Entscheidung (Kalendertage)

30	---		
----	-----	--	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Ziel und Kennzahl sind im Produktblatt des Haushaltsplans 2010 nach Überarbeitung der Produktblätter entfallen und wurden daher in 2009 nicht mehr erhoben.

2 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

max. 1%	0,42	-58%	
---------	------	------	--

5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen**1 Bearbeitung der Mängelberichte (Feuerungsanlagenmessbescheinigungen) der Bezirksschornsteinfeger nach der 1. Verordnung zur Durchführung des Bundes - Immissionsschutzgesetzes innerhalb von durchschnittlich 100 Kalendertagen ab Eingang des Mängelberichts bis zur Mängelbeseitigung**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Mängelbeseitigung (Kalendertage)

100	73	-27%	
-----	----	------	--

5090 Verwaltung der Kreisstraßen**1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)**

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke von derzeit 133 km (aktuelle Zustandsklasse = 4,02)

3,95	4,14	5%	
------	------	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Der Planwert konnte nicht erreicht werden, da nicht alle vorgesehenen Ausbaumaßnahmen ausgeführt werden konnten. Darüber hinaus ist mit den zur Verfügung stehenden Mitteln für Unterhaltung und Instandsetzung die Verschlechterung des Straßenzustandes nicht abzufangen. Um den Gebrauchswert zu erhalten, wären weitere UI-Mittel (Unterhaltungs- und Investitionsmittel) erforderlich.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel.

5100 Öffentlicher Personennahverkehr**1 Umsetzung Nahverkehrsplan: Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb**

Abwicklung eines Vergabeverfahrens von Verkehrsleistungen im Wettbewerb

100 %	0%	-100%	
-------	----	-------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Die für Dezember 2009 vorgesehene Vergabe von Verkehrsleistungen Linienbündel "Bergstraße Nord" musste aufgrund der durch die Stadt Bensheim irrtümlich beantragten Verlängerung der Konzession bis 2011 (statt 2010) um ein Jahr verschoben werden. Darüber hinaus konnten sich die Unternehmen im URN noch nicht auf eine neue Einnahmeaufteilung auf Basis Verkehrserhebung 2007 einigen, die aber auch in der Ausschreibung Eingang finden soll.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Der Kreis Bergstraße als ÖPNV-Aufgabenträger ist in das Konzessionsverfahren im Zuge der Anhörung eingebunden. Wir achten künftig verstärkt auf die in den Anträgen hinterlegten Daten.

2 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

max. 7	2,4	-66%	
--------	-----	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Nach den Ergebnissen der Verkehrserhebung 2007 der VRN GmbH in Mannheim werden jährlich rd. 6,777 Mio. Beförderungsfälle im Kreis Bergstraße gezählt. Unter Berücksichtigung der Vorgabe von max. 7 Beschwerden je 100.000 Beförderungsfälle ergäbe sich eine "Sollzahl" von 474, die jedoch nur zu 34% (163 Beschwerden) erreicht worden ist.

5111 Natur- und Artenschutz**1 Verstärkte Förderung von Naturschutzmaßnahmen im Kreisgebiet aus dem Kreisanteil der Ausgleichsabgabe (40 %)**

Mittelbestand zum 31.12.2008 = 250.000 €, Reduzierung Mittelbestand zum 31.12.2009

- 90.000 €	- 31.199 €	-65%	
------------	------------	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Bis zum 31.12.2009 wurden 31.199 € aus Mitteln der naturschutzrechtlichen Ausgleichsabgabe ausbezahlt. Die Kommunen konnten 2009 ihre geförderten Projekte nicht abschließend fertigstellen.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Mit dem Abschluss weiterer Projekte wird in 2010 gerechnet. Weitere 59.000 € wurden aus dem Mittelbestand durch Förderbescheide an Kommunen gebunden.

5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten**1 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums**

a Gesamtzahl der Anträge

1.468	1.587	8%	
-------	-------	----	--

a1 Anzahl der Bewilligungen von Betriebsprämien

741	715	-4%	
-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Zahl der Anträge ist rückläufig, weil die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe abnimmt.

a2 Anzahl der Bewilligungen von Ausgleichszulagen

350	345	-1%	
-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Zahl der Anträge ist rückläufig, weil die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe abnimmt.

a3 Anzahl der Bewilligungen von Agrarumweltmaßnahmen

375	527	41%	
-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Verstärkte Akquise, neue Anreize stark zu nehmend wegen Modulation und WRRL (= Wasserrahmenrichtlinie).

Erhöhte Modulation = Als Ergebnis des GAP-Gesundheitschecks der Landwirtschaftsminister der EU wurde die sogenannte Modulation erhöht, indem die EU-Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe gekürzt und die dadurch frei werdenden Mittel in den Fond für die Entwicklung des ländlichen Raums, der aus einer Reihe unterschiedlicher Förderprogramme besteht, eingestellt werden. Aus diesem Fond können Maßnahmen finanziert werden, die der EU-Landwirtschaft helfen, besser auf neue Herausforderungen und Chancen etwa in den Bereichen Klimawandel, Wassermanagement, Schutz der biologischen Vielfalt und Erzeugung von Bioenergie zu reagieren. Die Direktzahlungen sollen 2009 um 2%, 2010 um 1%, 2011 um 1% und 2012 um ebenfalls 1% gekürzt werden. Insgesamt ergibt sich eine zusätzliche Modulation von 5%, die mit den bereits festgeschriebenen 5% insgesamt 10% Modulation im Jahr 2012 ergibt. Die modulierten Mittel werden von den EU-Mitgliedstaaten zu 25% kofinanziert.

b1 Geförderte Fläche mit Betriebsprämien

23.233	23.150	0%	
--------	--------	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Abweichung: -0,35%. Flächenschwund zu Gunsten Siedlung und Verkehr.

Produkt:

Plan	Ist 31.12.2009	Abw.	M
------	-------------------	------	---

b2 Geförderte Fläche mit Ausgleichszulagen	6.908	6.930	0%	
--	-------	-------	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Abweichung: 0,32%. Leicht veränderte Anbauverhältnisse.

b3 Geförderte Fläche mit Agrarumweltmaßnahmen	2.780	4.610	66%	
---	-------	-------	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Verstärkte Akquise stark zu nehmend wegen Modulation und WRRL (= Wasserrahmenrichtlinie).
Siehe hierzu auch Erläuterungen unter 1 a3.

c Gesamtfördersumme (in Mio.€; Ist)	7.763	8.183	5%	
-------------------------------------	-------	-------	----	--

c1 Gesamtfördersumme Betriebsprämien (in T€; Ist)	6.625	6.821	3%	
---	-------	-------	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Anpassung der Fördersätze.

c2 Gesamtfördersumme Ausgleichzulagen (in T€; Ist)	477	546	14%	
--	-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Anpassung der Fördersätze.

c3 Gesamtfördersumme Agrarumweltmaßnahmen (in T€; Ist)	566	816	44%	
--	-----	-----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Stark zu nehmend wegen Modulation und WRRL (=Wasserrehtlinien). Siehe hierzu auch Erläuterungen unter 1 a3.

2 Gebietsmanagement in Natura2000-Gebieten

a Anteil Natura2000-Gebiete (FFH* + VSG**) an Kreisfläche in ha	* 16.030 (22%) ** 11.876 (16,5%)	* 16.030 (22%) ** 11.876 (16,5%)	0%	
---	---	---	----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Keine Veränderung, da die Flächen in der Natura2000 VO bestimmt sind.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Kennzahl gehört zu den Strukturdaten. Sie wird mangels Steuerungsmöglichkeit nicht mehr als Kennzahl in den künftigen Haushaltsplänen ausgewiesen, sondern als Strukturzahl.

b Fläche mit Agrarumweltmaßnahmen in Natura2000-Gebieten (in ha)	216,5	550	154%	
--	-------	-----	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Verstärkte Akquise stark zu nehmend wegen Modulation und WRRL (= Wasserrahmenrichtlinie).
Siehe hierzu auch Erläuterungen unter 1 a3.

Produkt:

Plan	Ist 31.12.2009	Abw.	M
------	-------------------	------	---

c Zahl Maßnahmenpläne für Natura2000-Gebiete

1	1	0%	
---	---	----	--

3 Walderhaltung: Waldbestand - Waldrodung + Ersatzaufforstung + Waldneuanlage

a Waldflächenveränderung (Waldbestand in ha) - Rodung + Aufforstung

28.287 ha =+ 2,6 ha	28.297 = +12,6	385%	
------------------------	-------------------	------	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Außergewöhnliche Zunahme durch Sammelantrag Hessen Forst.

b Durchschnittliche Bearbeitungszeit / Verfahren ab Eingang der Unterlagen (in Monaten)

3	3	0%	
---	---	----	--

5141 Boden- und Gewässerschutz**1 Weitere Abarbeitung der 2004 eingeführten einmaligen Sonderprüfung für ältere Heizöltanks**

Anzahl der mängelfreien Anlagen (Bestand der mängelfrei geprüften Anlagen am 30.06.2008: 15.600; Bestand der noch zu prüfenden Anlagen am 30.06.2008: 11.400)

17.000	19.389	14%	
--------	--------	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Früheres Erreichen des Ziels, statt 2012 schon 2011.

2 Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag 2008 (= 6) im Vergleich zur Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag 2009

11	10	-9%	
----	----	-----	--

Gründe der Abweichung / Erläuterung: Kooperationsvertrag Nr.11 ist noch in Verhandlung.

Konsequenzen / Steuerungsmaßnahmen: Für 2010 sind 4 weitere Kooperationsverträge vorgesehen.

Kreis Bergstrasse
Vermögensrechnung (Bilanz) zum 31.12.2009

Aktivseite				Passivseite			
Position	Bezeichnung	Ergebnis 31.12.2009 EUR	Ergebnis 31.12.2008 EUR	Position	Bezeichnung	Ergebnis 31.12.2009 EUR	Ergebnis 31.12.2008 EUR
1. Anlagevermögen				1. Eigenkapital			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				1.1 Netto-Position			
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	337.016,08	238.073,53			190.078.276,46	191.210.198,71
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	24.246.854,50	6.929.209,89	1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen		
		24.583.870,58	7.167.283,42	1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		
1.2 Sachanlagen				1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses		
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	14.187.774,20	16.014.342,77	1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	4.408.924,98	3.277.002,73
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken			1.2.4	Sonderrücklagen	80.000,00	80.000,00
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	36.893.437,16	32.154.065,79	1.2.4.1	Stiftungskapital		
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung			1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen		
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- und Geschäftsausstattung	8.437.605,17	6.857.400,51			194.567.201,44	194.567.201,44
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	220.938,32	1.782.318,34	1.3 Ergebnisverwendung			
		59.739.754,85	56.808.127,41	1.3.1	Ergebnisvortrag		
1.3 Finanzanlagen				1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-13.846.452,71	
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	354.235.946,53	355.212.855,48	1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-5.513.350,14	
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen			1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-9.201.537,25	-19.359.802,85
1.3.3	Beteiligungen	588.661,12	596.579,93	1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.301.466,63	-13.846.452,71
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	150.500,00	0,00	1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.900.070,62	-5.513.350,14
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	594.551,88	515.498,04			-28.561.340,10	-19.359.802,85
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	406.077,45	425.895,32	2. Sonderposten			
		355.975.736,98	356.750.828,77	2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, –zuschüsse und Investitionsbeiträge		
2. Umlaufvermögen				2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	36.480.692,78	10.662.421,96
2.1	Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich		
2.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren			2.1.3	Investitionsbeiträge		
2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			2.2	Sonstige Sonderposten		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und –zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.433.152,87	4.364.469,48			36.480.692,78	10.662.421,96
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	2.030.543,51	1.362.508,36	3. Rückstellungen			
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	45.643.054,59	44.982.773,59
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	0,00	7.382,36	3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	300.000,00	300.000,00
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	42.459,17	50.314,19	3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien		
2.4	Flüssige Mittel	565.071,34	585.349,84	3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		
		7.071.226,89	6.370.024,23	3.5	Sonstige Rückstellungen	2.419.100,00	550.530,00
3. Rechnungsabgrenzungsposten						48.362.154,59	45.833.303,59
		7.212.671,94	8.125.051,96	4. Verbindlichkeiten			
Summe Aktiva				4.1	Anleihen		
		454.583.261,24	435.221.315,79	4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
				4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 152.435.820,75 €	190.405.859,78	194.902.194,67
				4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 197.083,58 €	6.262.507,33	625.000,00
				4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 0 €		
				4.3	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
				4.4	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und –zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.797.436,90	2.444.991,31
				4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	896.585,32	1.364.354,19
				4.6	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	108,00	0
				4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Sondervermögen	574.344,01	0
				4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	1.057.711,19	689.150,53
						200.994.552,53	200.025.690,70
				5. Rechnungsabgrenzungsposten			
						2.740.000,00	3.492.500,95
Summe Passiva						454.583.261,24	435.221.315,79

Kreis Bergstraße



Anhang zur Vermögensrechnung 31. Dezember 2009

Kreis Bergstraße

Anhang zur Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2009

A. Allgemeine Angaben

Laut § 114s HGO hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises darzustellen.

Der Jahresabschluss besteht aus

1. einer Ergebnisrechnung,
2. einer Finanzrechnung,
3. einer Vermögensrechnung sowie
4. einem Rechenschaftsbericht.

Der zweite Jahresabschluss in dieser Form wird vom Kreis Bergstraße zum 31.12.2009 erstellt (Bilanz).

Im Jahre 2009 wurde eine Buchinventur durchgeführt. Diese kommt als buch- oder belegmäßige Aufnahme von Inventarbestandteilen u.a. zur Anwendung bei immateriellen Vermögensgegenständen, Forderungen und Verbindlichkeiten, Sonderposten, Rückstellungen. Forderungen und Verbindlichkeiten werden z.B. auf Basis der Saldenliste der Sachkonten und der Kontoauszüge aufgenommen. Auch bei Vermögensgegenständen des beweglichen Anlagevermögens wird die Buchinventur für zulässig angesehen, da eine Anlagenkartei geführt wird (§ 241 II HGB).

Angaben zur Form und Darstellung der Bilanz zum 31. Dezember 2009

Die Bilanz wurde auf der Grundlage des § 59 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO-Doppik) erstellt und gegliedert.

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO-Doppik fanden uneingeschränkt Beachtung.

Die Bilanz ist in Euro aufgestellt.

Das Haushaltsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Da die Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts grundsätzlich nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und der Kreis Bergstraße nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, werden Beträge grundsätzlich einschließlich Umsatzsteuer ausgewiesen.

B. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Vermögensbewertung des Kreises Bergstraße für die Bilanz erfolgt gemäß § 59 GemHVO-Doppik grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen.

Vermögensgegenstände, bei denen sich die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten als unwirtschaftlich erwiesen hat, sind gemäß § 59 Abs. 2 GemHVO-Doppik mit den Preisverhältnissen zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt entsprechenden Erfahrungswerte anzusetzen, vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO-Doppik seit diesem Zeitpunkt.

Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungskostenminderungen (Skonti, Boni, sonstige Nachlässe) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Für einige Vermögensgegenstände des Sachvermögens, die regelmäßig ersetzt werden, sind gemäß Verwaltungsvorschriften zu §§ 39 bis 43 und 59 GemHVO-Doppik Festwerte gebildet worden.

Die planmäßige Abschreibung von Vermögensgegenständen erfolgt linear. Für Zugänge und Abgänge im Zugangs- bzw. Abgangsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet. Für die Festlegung der Nutzungs- und Restnutzungsdauern gilt die vom Kreistag am 05.03.2007 beschlossene Abschreibungstabelle.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Berücksichtigung von angemessenen Wertberichtigungen angesetzt.

Für erkennbare Risiken sind angemessene Rückstellungen gebildet worden.

Verbindlichkeiten sind zu Rückzahlungsbeträgen angesetzt worden.

2. Angaben zu Posten der Bilanz

Aktiva

Die Bilanz zeigt zum 31.12.2009 eine Bilanzsumme i. H. v. 454,6 Mio. €.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bei den Erläuterungen einzelner Bilanzpositionen in Mio. € bzw. T€ durch Rundungen geringfügige Differenzen zur exakten Bilanz (in Cent) ausgewiesen sein können.

• Immaterielles Vermögen

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen stellen die geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse an Dritte mit 24,2 Mio. € den größten Posten dar. Hierrunter gehören auch die an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft weitergeleiteten Investitionszuschüsse aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes in Höhe von 15,2 Mio. €.

Die Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte belaufen sich auf 337,0 T€. Hierunter fallen im Wesentlichen Lizenzen für Software.

Die selbständig verwertbare Software und die damit erworbenen Lizenzen werden zu fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten als immaterielle Vermögensgegenstände bilanziert.

Systemsoftware, die mit der Hardware geliefert wird und bei der keine Trennung der Anschaffungskosten in Hard- und Software möglich ist, wird mit der Hardware (PC) unter technische Anlagen bzw. Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die Nutzungsdauer für Standardsoftware beträgt drei Jahre.

Auf Grund der Besonderheiten öffentlichen Handelns werden Investitionszuschüsse an Dritte als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert.

Zuschüsse, die für investive Zwecke an Dritte gezahlt werden, sind als immaterielles Vermögen zu erfassen und planmäßig abzuschreiben. Die gewährten Zuschüsse sind durch Bescheide oder Verträge belegt. In der laufenden Bilanzierung werden geleistete Investitionszuschüsse erfasst und in Höhe der Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes planmäßig abgeschrieben.

• Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen hat mit 59,7 Mio. € einen eher kleinen Anteil am Gesamtvermögen des Kreises (13 % der Bilanzsumme).

Innerhalb der Sachanlagen tragen insbesondere die Grundstücke und die grundstücksgleichen Rechte mit 14.187,7 T€ zum Vermögen bei. Darin enthalten sind Grundstücke des Infrastrukturvermögens mit einem Wert i. H. v. 14.033,3 T€.

Getrennt von den Grundstücken werden Aufbauten (z.B. Straßenkörper) in der Vermögensrechnung ausgewiesen. Hierunter fallen insbesondere die Straßenkörper für Kreisstraßen i. H. v. 36.893,4 T€.

Die Ansätze für den Aufbau und für die baulichen Anlagen (Aufbauten) der Straßen, Wege und Plätze basieren auf der Erfassung und Bewertung der Firma Informationssysteme für Verkehr und Technik GmbH, Oppenheim.

Das Kreisstraßenvermögen wird nach dem Verfahren, das für die Bewertung des Infrastrukturvermögens der Landstraßen angewendet wurde, bewertet.

Jede Kreisstraße wird als Einzelobjekt in der Anlagenbuchführung dargestellt.

Bei der Wertermittlung werden das Baujahr, die übliche Nutzungsdauer und die Restnutzungsdauer berücksichtigt. Bauwerke werden als Einzelobjekte in der Anlagenbuchführung dargestellt.

Kreisstraßen werden einheitlich über ihre Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Deckenerneuerungen sind nicht als wertsteigernde Maßnahmen zu betrachten und werden im Jahr der Durchführung als Aufwand bilanziert.

Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden zu fortgeschriebenen Anschaffung- und Herstellungskosten angesetzt.

Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung – speziell dem Schulmobiliar/ Klassensätze – wurden Festwerte gebildet

Unter dem Bilanzposten Anlagen im Bau werden die Baumaßnahmen aufgeführt, die noch nicht fertig gestellt bzw. abgeschlossen sind. Die abschließende Zuordnung bspw. zum Bereich „Bebaute Grundstücke“ oder aber „Infrastrukturvermögen“ erfolgt nach Beendigung der Maßnahme. Bis zu diesem Zeitpunkt wird dieses Vermögen noch nicht mit Abschreibungen belastet.

Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung befanden sich folgende Maßnahmen im Bau:

- K11, Verbreiterung und Ausbau
- K55/ K56, Ausbau
- K 8, Ausbau OD Rimbach
- K55, Ausbau Knoten- Raidelbach

• Finanzanlagevermögen

Das Finanzanlagevermögen besteht im Wesentlichen aus den Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie aus den Ausleihungen und den Wertpapieren des Anlagevermögens.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen belaufen sich auf rd. 354 Mio. €.

Zum Sondervermögen gehören gemäß § 115 HGO insbesondere die Eigenbetriebe. In der Bilanz wird das gezeichnete Kapital der Eigenbetriebe Gebäudewirtschaft, Neue Wege sowie Rettungsdienst ausgewiesen.

Die Bewertung der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt anhand der Eigenkapitalspiegelbildmethode (diese Methode stellt auf das anteilige Vermögen des Kreises in

den Bilanzen der jeweiligen Beteiligungen ab). Eigenbetriebe werden wie verbundene Unternehmen behandelt.

Der folgende Beteiligungsspiegel zeigt eine Übersicht der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Die Beteiligungen, deren Quote unter 20% liegt, werden in der Bilanz unter Ausleihungen und Wertpapiere ausgewiesen.

Unternehmen	Beteiligungs- quote in %	Anteil in Euro
KKH gGmbH	100	3.435.738,65 €
KKH Service GmbH	100	44.426,10 €
Zergum Strata Montana GmbH	100	10.000,00 €
Zergum Objekte Bergstraße GmbH	100	10.000,00 €
Tourismusmarketing GmbH	50	37.388,59 €
Naturschutzzentrum GmbH	50	32.200,30 €
ZV Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße	50	90.849,21 €
Wirtschaftsförderung Kreis Bergstraße	33,38	321.037,54 €
ZAKB Service GmbH	50	102.185,48 €
		<u>4.083.825,87 €</u>
 Sondervermögen		
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100	350.257.208,93 €
Eigenbetrieb Neue Wege	100	50.000,00 €
Eigenbetrieb Rettungsdienst	100	428.572,85 €
		<u>350.735.781,78 €</u>
		 <u>354.819.607,65 €</u>

Kreis Bergstraße
Heppenheim

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2009

	Anschaffungskosten				Stand 31.12.2009 €	Abschreibungen			Stand 31.12.2009 €	Buchwert 31.12.2009 €	Buchwert 31.12.2008 €	Kennzahlen durchschnittlicher	
	Stand 1.1.2009 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €		Stand 1.1.2009 €	Zugänge €	Abgänge €				Abschr.- Satz %	Buch- wert %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	303.608,06	228.736,76	0,00	0,00	532.344,82	64.961,28	130.031,42	0,00	194.992,70	337.352,12	238.646,78	24,4	63,4
2. Geleistete Investitionszuschüsse	7.467.238,03	18.160.596,80	0,00	0,00	25.627.834,83	538.028,14	842.952,19	0,00	1.380.980,33	24.246.854,50	6.929.209,89	3,3	94,6
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	56.845.382,90	10.054.351,16	3.660.967,64	2.640.182,36	63.238.766,42	1.820.147,08	1.949.311,57	48.432,62	3.721.026,03	59.517.740,39	55.025.235,82	3,1	94,1
2. Anlagen im Bau	1.707.318,34	128.743,92	1.615.123,94	2.640.182,36	220.938,32	0,00	0,00	0,00	0,00	220.938,32	1.707.318,34	0	100
III. Finanzanlagen													
1. Beteiligungen	355.809.435,41	0,00	984.827,76	0,00	354.824.607,65	0,00	0,00	0,00	0,00	354.824.607,65	355.809.435,41	0	100
	<u>422.132.982,74</u>	<u>28.572.428,64</u>	<u>6.260.919,34</u>	<u>5.280.364,72</u>	<u>444.444.492,04</u>	<u>2.423.136,50</u>	<u>2.922.295,18</u>	<u>48.432,62</u>	<u>5.296.999,06</u>	<u>439.147.492,98</u>	<u>419.709.846,24</u>		
nachrichtlich:													
IV. Sonderposten													
1. Erhaltene Investitionszuschüsse	12.580.577,39	28.025.345,00	0,00	0,00	40.605.922,39	1.918.155,43	2.207.074,18	0,00	4.125.229,61	36.480.692,78	10.662.421,96		

- **Umlaufvermögen**

- **Forderungen**

Die Bewertung der Forderungen erfolgt nach ihrem Nennwert. Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen sind die einzelnen Posten der offenen Forderungen bereits angemahnt oder befinden sich in der Vollstreckung. Die Forderungen gegen das Land aus der Zuschussgewährung wurden durch Bescheide nachgewiesen.

Der nachfolgende Forderungsspiegel zeigt eine Übersicht über alle offenen Forderungen zum Stichtag 31.12.2009:

	31.12.2009 Betrag in €	31.12.2008 Betrag in €
Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.184.749,17	1.514.514,03
<i>Pauschale Wertberichtigung</i>	-50.000,00	-50.000,00
<i>Einzelwertberichtigung</i>	-104.205,66	-102.005,67
Forderungen aus Transferleistungen	6.564.980,90	6.134.401,78
<i>Pauschale Wertberichtigung</i>	-1.448.143,36	-1.352.494,00
<i>Einzelwertberichtigung</i>	-849.030,40	-724.623,39
Forderungen aus Zuweisungen/ Zuschüssen	165.345,74	307.185,09
<i>Pauschale Wertberichtigung</i>	0,00	0,00
<i>Einzelwertberichtigung</i>	0,00	0,00
Sonstige Forderungen	42.459,17	57.696,55
<i>Pauschale Wertberichtigung</i>	0,00	0,00
<i>Einzelwertberichtigung</i>	0,00	0,00
Gesamt	6.506.155,56	5.784.674,39

Die bestehenden Einzelforderungen aus Transferleistungen wurden aus Vorsichtsgründen in Höhe i. H. v. 25% pauschal wertberichtigt.

Bei der Ermittlung der öffentlich-rechtlichen Forderungen ist eine Pauschalwertberichtigung auf 30% in Höhe von 50 T € auf Forderungen erfolgt, die zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung bereits in der Vollstreckung waren.

Unabhängig von den pauschalen Wertberichtigungen, die dem korrekten Ausweis der werthaltigen Forderungen dienen, bleiben die Einzelforderungen weiterhin bestehen.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen beinhalten zum Großteil Forderungen aus Verwaltungshandeln des Bauamtes sowie der Straßenverkehrsbehörde.

Bei den Forderungen aus Transferleistungen sind als Hauptbestandteile Forderungen aus dem sozialen Bereich (Überzahlungen, Darlehen etc.) zu nennen.

Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Kreiskasse zum Bilanzstichtag überein. Die am 17.12.2009 durchgeführte unvermutete Kassenprüfung ergab keine Beanstandungen.

- **Rechnungsabgrenzungsposten**

Die Bewertung der Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte mit dem Nominalwert der Ausgaben des Haushaltsjahres oder der Haushaltsvorjahre, die Haushaltsfolgejahre betreffen.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten i. H. v. 8.060 T € enthalten im Wesentlichen bereits im Voraus gezahlte

- Personalaufwendungen i. H. v. 519 T € und
- Transferleistungen i. H. v. 7.538 T €

für das Jahr 2010.

Passiva

- **Eigenkapital**

- **Nettoposition**

Das Eigenkapital des Kreises beträgt insgesamt 166.005,9 T€.

Darin enthalten ist eine zweckgebundene Zinssicherungsrücklage i. H. v. 80,0 T € sowie eine zweckgebundenen Rücklage aus Überschüssen der Schulumlage i. H. v. 4.408,9 T €.

Der ordentliche Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 6.301,5 T €, der außerordentliche Jahresfehlbetrag beträgt 2.900,1 T €.

Unter Berücksichtigung des zweckgebundenen Anteils am Eigenkapital sowie des Jahresfehlbetrages ergibt sich aus der Differenz des Vermögens und dem Fremdkapital sowie den Sonderposten und den Rechnungsabgrenzungsposten eine Nettoposition von 190.078,3 T€.

- **Rücklagen**

Die Rücklagen haben zum 31.12.2009 folgende Bestände:

- | | |
|--------------------------|----------------|
| ○ Zinssicherung | 80.000,00 € |
| ○ Rücklage „Schulumlage“ | 4.408.924,98 € |

- **Sonderposten**

Investive Zuschüsse und Zuwendungen sowie Beiträge von Dritten werden in der Vermögensrechnung des Kreises im Bruttoverfahren als Sonderposten ausgewiesen und grundsätzlich über den gleichen Zeitraum wie die „bezuschusste“ Anlage abgeschrieben wird ertragswirksam aufgelöst.

Höchstgrenze für den Ansatz des Sonderpostens ist der Wertansatz des bezuschussten Investitionsgegenstandes im Anlagevermögen. Auflösungen bis zum Bilanzstichtag sind zu berücksichtigen.

Können empfangene Investitionszuweisungen und Investitionszuschüsse nicht einzelnen Maßnahmen zugeordnet werden, wird der dafür gebildete Sonderposten mit zehn vom Hundert oder der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Anlagenklasse aufgelöst.

Die Sonderposten in Höhe i. H. v. insgesamt 36.481 T € beinhalten neben erhaltenen Investitionszuweisungen und -beiträgen im Bereich Straßenbau bzw. den sonstigen Investitionszuweisungen vom öffentlichen Bereich (hierrunter fallen insbesondere die Zuwendungen aus den allgemeinen Investitionspauschalen) auch Investitionszuweisungen aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes i. H. v. 20.365 T €.

• Rückstellungen

Die Rückstellungen sind nach Vorgabe des § 39 GemHVO-Doppik in Höhe des nach vernünftiger Beurteilung zur Erfüllung der Leistungsverpflichtung notwendigen Betrages angesetzt. Es sind alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen bei der Ermittlung berücksichtigt. Die nachfolgenden Rückstellungen sind nach dem Pflichtkatalog gem. § 39 GemHVO-Doppik bei Bedarf gebildet worden.

Die Rückstellungen i. H. v. insgesamt 46.337,3 T € bestehen im Wesentlichen aus den Verpflichtungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit sowie der „Versorgungsrücklage“ des Hessischen Versorgungsrücklagengesetzes (HVerRücklG). Auf eine Anrechnung der Versorgungsrücklage bei der Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wurde verzichtet.

• Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Pensionsrückstellungen	37.344.523,00 €	36.265.370,00 €
Beihilferückstellungen	6.227.501,00 €	6.076.368,00 €
Gesamt	43.572.024,00 €	42.341.738,00 €

Die Versorgungskasse Darmstadt (VK) errechnet die Pensions- und Beihilferückstellungen basierend auf finanzmathematischen Grundlagen und den gesetzlichen Vorgaben der GemHVO –Doppik.

Gemäß § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik wurde für die Berechnung des Teilwertes ein Rechnungszinsfuß von 6 v.H. angesetzt, wie er im Übrigen auch für die Steuerbilanz vorgeschrieben ist.

Nach § 39 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO-Doppik sind daneben auch Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfänger sowie Beamten auf Zeit nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zu bilden. Als Berechnungsgrundlage hat die VK hierzu geeignete Krankenversicherungstarife genutzt. Versicherungsmathematische wurde aus diesen Tarifen eine zu erwartende Krankenkostenleistung unterstellt und bewertet. Dabei wurde ein Rechnungszinsfuß von 5,5 v.H. angewandt (orientiert an § 6 EStG).

- **Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen**

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Sonstige Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit	2.046.184,95 €	2.617.584,59 €
Gesamt	2.046.184,95 €	2.617.584,59 €

Der Rückstellungsbetrag für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit ist auf Basis der vorhandenen Altersteilzeitzahlungen und den in 2009 in Altersteilzeit befindlichen Mitarbeiter/innen gemäß IDW berechnet worden. Für potentielle Altersteilzeitfälle erfolgt keine Rückstellungsbildung. Die Entnahmen betreffen die bestimmungsgemäße Verwendung der Rückstellung.

- **Rückstellungen für Steuerschuldverhältnisse**

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Grunderwerbssteuerrisiko Sale-and-lease-back	300.000,00 €	300.000,00 €
Gesamt:	300.000,00 €	300.000,00 €

- **Sonstige Rückstellungen**

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Sonstige Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	356.500,00 €	450.530,00 €
Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren	50.000,00 €	50.000,00 €
Rückstellung Abrechnung Stützpunktfeuerwehren	0,00 €	20.000,00 €
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	12.600,00 €	30.000,00 €
Rückstellung Betreuungsakt 2009 KKH	2.000.000,00 €	0,00 €
Gesamt	2.419.100,00 €	550.530,00 €

Die Rückstellungen gem. § 39 GemHVO-Doppik wurden anhand von tatsächlichen Werten ermittelt, soweit diese vorhanden waren. Eine Rückstellung für geleistete Überstunden konnte aufgrund des Fehlens einer elektronischen Zeiterfassung nicht errechnet werden.

Gem. § 39 GemHVO-Doppik sind für Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren, bei denen eine Inanspruchnahme zu erwarten ist, eine Rückstellung gebildet worden. Eine Aufstellung über die rechtshängigen Verfahren des Kreises ist uns vom Rechtsamt gefertigt worden.

• Verbindlichkeiten

Gem. § 41 GemHVO-Doppik wurden die nachfolgenden Verbindlichkeiten in Höhe ihres Rückzahlungsbetrags in der Bilanz ausgewiesen:

	Gesamt Betrag in €	bis 1 Jahr Betrag in €	über 1 bis 5 Jahre Betrag in €	über 5 Jahre Betrag in €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	190.405.859,78	90.435.820,75	72.146.493,98	27.823.545,05
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	6.262.507,33	197.083,58	788.334,31	5.277.089,44
Transferverbindlichkeiten	1.797.436,90	1.797.436,90		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	896.585,32	896.585,32		
Verbindlichkeiten aus Steuern und Abgaben	108,00	108,00		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Sondervermögen	574.344,01	574.344,01		
Sonstige Verbindlichkeiten	1.057.711,19	1.057.711,19		
Gesamt	200.994.552,53	94.959.089,75	72.934.828,29	33.100.634,49

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten u.a. den zum 31.12.2009 aufgelaufenen Stand der Kassenkredite mit 149.118 T €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern beinhalten zum Großteil den 1/6 Tilgungsanteil des Kreises am Sonderinvestitionsprogramm des Landes mit 5.163 T€ sowie eine Darlehen der Stadt Lampertheim.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind neben den sogenannten durchlaufenden Geldern zu einem großen Teil noch nicht zugeordnete Einzahlungen (Ist ohne Soll) ausgewiesen.

- **Rechnungsabgrenzung**

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten i. H. v. 2.740 T€ enthalten die korrespondierenden Positionen aus Transferleistungen der aktiven Rechnungsabgrenzung.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen

- **Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Der Kreis Bergstraße ist mit monatlichen Leasingzahlungen in Höhe von rd. 210,6 T€ (davon 173 T€ Schulbereich und 37,6 T€ Verwaltung) durchschnittlich belastet.

Die finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen betragen zum Bilanzstichtag rd. 2.524 T€ (davon 2.073 T€ Schulbereich und 451 T€ Verwaltung).

- **Derivative Finanzinstrumente**

Da in den Ausführungsbestimmungen zur GemHVO -Doppik der Tatbestand der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften aus den Wahlrechten zur Rückstellung explizit herausgenommen wurde, werden die beim Kreis Bergstraße eingesetzten derivativen Finanzinstrumente nur nachrichtlich im Anhang dargestellt.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden Derivatgeschäfte zur Zinssteuerung von Investitions- und Kassenkrediten abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag bestanden beim Kreis folgende Finanzderivate, bei denen es sich ausschließlich um zinsbezogene Geschäfte handelt:

Art des Finanzderivats	Nominalwert	Bewertung zum Bilanzstichtag
Doppelswap ID 01	(tilgend) 2.017.174,48	-83.311,21
Swap KD 09	30.000.000,00	-252.826,29
Swap KD 10	30.000.000,00	-106.611,26

Die Bewertung der Finanzderivate wurde anhand der Zinsstrukturkurve am Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen.

- **Bürgschaften**

Der Gesamtbetrag der übernommenen Bürgschaften des Kreises Bergstraße beträgt am Bilanzstichtag 8.676.861,52 €. Es handelt sich um die nachstehenden Ausfallbürgschaften:

- Bürgschaft über 306.775,13 €
Verein für Lebenshilfe für geistig Behinderte, Ortsvereinigung
Lampertheim und Ried e. V.
Investitionskredit für den Bau einer Frühförderstelle

Restschuld zum Bilanzstichtag:	168.931,52 €
- Bürgschaft über 23.604,84 € Energieagentur Alexander-von-Humboldt-Schule Viernheim Investitionskredit für die Installation einer Photovoltaikanlage	
Restschuld zum Bilanzstichtag:	7.930,00 €
- Bürgschaft über 9.000.000,00 € Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH Kassenkredite	
Restschuld zum Bilanzstichtag:	8.500.000,00 €

- **Entwicklung der kameralen Fehlbeträge**

Die kameralen Fehlbeträge der Vergangenheit sind mit ihren Auswirkungen zum Beispiel auf den Zustand des Vermögens oder die Kassenbestände bereits implizit in der Bilanz enthalten.

Diese Fehlbeträge sind daher keinesfalls betragsidentisch an irgendeiner Stelle der Bilanz – etwa als Bestandteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten oder als Verlustvortrag im Eigenkapital – darstellbar.

Deshalb werden sie an dieser Stelle nachrichtlich im Anhang zur Bilanz in Form einer Übersicht über die letzten Jahre dargestellt. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen u. a. des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zum Neuen Kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystem in Hessen.

Haushaltsdefizite ab dem Haushaltsjahr 2000					
	Einnahmen	Ausgaben	Defizit	Abdeckung VJ	Jahresbezogener Überschuss/Defizit
2000	183.217.562,21 €	183.217.562,21 €	- €	2.473.345,62 €	2.473.345,62 €
2001	186.115.970,71 €	186.115.970,71 €	- €	3.023.682,95 €	3.023.682,95 €
2002	181.557.626,23 €	183.989.365,33 €	-2.431.739,10 €		-2.431.739,10 €
2003	171.380.897,72 €	184.589.568,79 €	-13.208.671,07 €		-13.208.671,07 €
2004	160.558.445,05 €	189.326.852,99 €	-28.768.407,94 €		-28.768.407,94 €
2005	231.453.980,65 €	274.842.348,70 €	-43.388.368,05 €	2.431.739,10 €	-40.956.628,95 €
2006	254.200.254,45 €	294.826.517,36 €	-40.626.262,91 €	13.208.671,07 €	-27.417.591,84 €
2007	266.683.042,02 €	312.660.275,59 €	-45.977.233,57 €	28.768.407,94 €	-17.208.825,63 €

Sonstige Angaben

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Beschäftigten zeigt folgende Übersicht:

Durchschnittliche Anzahl

Beamtinnen / Beamte	154
- davon auf Probe ernannt	3
- davon teilzeitbeschäftigt	57

Beschäftigte	758
- davon teilzeitbeschäftigt	298

Insgesamt	912
-----------	-----

Auszubildende	23
---------------	----

Insgesamt	935
------------------	------------

Beamtinnen / Beamte im Erziehungsurlaub	7
Beschäftigte im Erziehungsurlaub	13

Insgesamt	20
------------------	-----------

Der Kreis ist an folgenden Organisationen mit mindestens 5 % direkt oder indirekt beteiligt:

Name	Rechtsform	Anteil am Eigenkapital in %
Rettungsdienst	Eigenbetrieb	100
Neue Wege	Eigenbetrieb	100
Gebäudewirtschaft	Eigenbetrieb	100
KKH, Service GmbH	GmbH	100
KKH	gGmbH	100
BUS	GmbH	25,5
Naturschutzzentrum	GmbH	50
Tourismusmarketing	GmbH	50
Wirtschaftsförderung Bergstraße	GmbH	35,77
Zergum Strata Montana	GmbH	100
Zergum Objekte Bergstraße	GmbH	100
ZAKB	Zweckverband	50
Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	Zweckverband	14,54
Verkehrsverbund Rhein-Neckar	Zweckverband	5,2
Gewässerverband Bergstraße	Wasserverband	28
WBV Riegruppe Ost	Wasserverband	24
Wasserverband Hess. Ried	Wasserverband	6

Mitglieder des Kreistages des Kreises Bergstraße in der 16. Wahlzeit
(Kommunalwahl am 26. März 2006)

Vorsitzender des Kreistages:

Breitwieser, Werner

Stellvertretende Vorsitzende:

Dörr, Ilona (CDU), von Hunnius, Roland, (FDP), Öhlenschläger, Walter, (FWG),
Schmitt, Norbert, (SPD), Schocke, Heinz-Jürgen (SPD)

CDU-Fraktion (33 Sitze):

Arnold, Hermann-Peter; Bähr, Anna Katharina; Breitwieser, Werner; Dörr, Ilona; Frank, Lucia; Gärtner, Karin; Haag, Alfons; Heinz, Tobias-Christopher; Heitland, Birgit; Herrmann, Thorsten; Hoepfner, Oliver; Iwen, Jürgen; Jäger, Klaus; Jöst, Günther; Kappel, Alfred; Kunkel, Joachim; Kunkel, Peter; Lennert, Dr. Peter; Metzger, Gisela; Meyer, Dieter; Reinhardt, Randoald M.; Rieger, Heinz; Ringhof, Martin; Roeder, Oliver; Schaab, Barbara; Schich-Kiefer, Ingrid; Schneider, Gottfried; Schöcker, Erna; Spruch, Martin; Stephan, Peter; Stricker, Klaus-Peter; Wagner, Andreas; Woitge, Peter C.; Wondrejz, Horst

SPD-Fraktion (28 Sitze):

Baaß, Matthias; Bauer, Norbert; Brockenauer, Bernd; Buschmann, Irma; Dr. Cornelius-Gaus, Hildegard; Czyrt, Claudia; Dörsam, Andreas; Engesser, Hermann; Fiedler, Josef; Hapke, Ellen; Hartmann, Karin; Hechler, Katrin; Herbert, Gerhard; Kaltwasser, Jürgen; Mauch, Marianne; Meister, Gerlinde; Moritz, Renate; Petri, Eberhard; Pfeifer, Hans-Jürgen; Roos, Heinz; Schäfer, Alice; Schmitt, Norbert; Schocke, Heinz-Jürgen; Schröder, Willy; Siegl, Franz; Thomas, Willi; Wingerter, Sven; Winter, Lydia

GRÜNE-Fraktion (6 Sitze):

Apfel, Franz; Berg, Evelyn; Figaj, Thilo; Ohlig, Gerhard; Ruoff, Jochen; Sutholt, Rosemarie

FWG-Fraktion (4 Sitze):

Greif, Dr. Martin; Öhlenschläger, Walter; Vollmer, Thomas; Scholz, Monika

FDP-Fraktion (4 Sitze):

von Hunnius, Roland; Kramer, Benjamin; Schepp, Dr. Rolf; Sürmann, Frank

REP-Fraktion (3 Sitze):

Bitsch, Peter; Hoch, Haymo; Jänsch, Klaus

DIE LINKE-Fraktion (2 Sitze):

Appelt, Michael; Jojade, Jürgen

**Mitglieder des Kreisausschusses des Kreises Bergstraße
(16. Wahlzeit)****Landrat:**

Wilkes, Matthias (CDU)

Erster Kreisbeigeordneter: (hauptamtlich)

Metz, Thomas (CDU)

Kreisbeigeordnete/r: (ehrenamtlich mit Dezernat)

Ohl, Gottlieb (FDP)

Golzer, Norbert (FWG)

Kreisbeigeordnete: (ehrenamtlich)

Bistritschan, Gunter (CDU); Dr. Brückner, Klaus (SPD); Buser, Volker (CDU); Fabian, Thomas (GRÜNE); Götz, Fritz (SPD); Knapp, Kurt (CDU); Roos, Dieter (CDU); Sander, Brigitte (SPD); Schneider, Otto (SPD); Schramm, Rita (CDU)

Heppenheim, den 30.04.2010

Ort, Datum

gez. Metz

Metz, Erster Kreisbeigeordneter

Sonderpostenspiegel 31.12.2009

	Anschaffungskosten 31.12.08	Zugang in Periode	Verkauf in Periode	Umbuchung in Periode	Anschaffungskosten 31.12.09	Erträge 31.12.08	Erträge in Periode	Verkauf Erträge in Periode	Umbuchung Erträge in Periode	Erträge 31.12.09	Buchwert 31.12.08	Buchwert 31.12.09
Sonderposten aus Zuweisungen vom Bund	-4.395.699,83 €	-522.500,00 €	0,00 €	0,00 €	-4.918.199,83 €	653.866,20 €	534.885,52 €	0,00 €	0,00 €	1.188.751,72 €	-3.741.833,63 €	-3.729.448,11 €
Sonderposten aus Zuweisungen vom Land	-569.652,63 €	-285.083,00 €	0,00 €	0,00 €	-854.735,63 €	149.301,32 €	139.738,98 €	0,00 €	0,00 €	289.040,30 €	-420.351,31 €	-565.695,33 €
Sonderposten aus Zuweisungen vom Land (SIP)	0,00 €	-20.633.860,67 €	0,00 €	0,00 €	-20.633.860,67 €	0,00 €	268.549,15 €	0,00 €	0,00 €	268.549,15 €	0,00 €	-20.365.311,52 €
Sonderposten aus Zuweisungen von Gemeinden	-7.328,16 €	-54.832,50 €	0,00 €	0,00 €	-62.160,66 €	53,35 €	531,86 €	0,00 €	0,00 €	585,21 €	-7.274,81 €	-61.575,45 €
Sonderposten aus Zuweisungen vom sonst. öffentlichen Bereich	0,00 €	-435,00 €	0,00 €	0,00 €	-435,00 €	0,00 €	16,92 €	0,00 €	0,00 €	16,92 €	0,00 €	-418,08 €
Sonderposten aus Zuweisungen von übrigen Bereichen	0,00 €	-4.748.633,83 €	0,00 €	0,00 €	-4.748.633,83 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-4.748.633,83 €
Sonderposten aus pauschalen Zuweisungen vom Land	-7.607.896,77 €	-1.780.000,00 €	0,00 €	0,00 €	-9.387.896,77 €	1.114.934,56 €	1.263.351,75 €	0,00 €	0,00 €	2.378.286,31 €	-6.492.962,21 €	-7.009.610,46 €
Gesamt	-12.580.577,39 €	-28.025.345,00 €	0,00 €	0,00 €	-40.605.922,39 €	1.918.155,43 €	2.207.074,18 €	0,00 €	0,00 €	4.125.229,61 €	-10.662.421,96 €	-36.480.692,78 €

Zusammenstellung der Haushaltsausgabereste 2009 im Ergebnishaushalt

Produkt Sachkonto	Kosten- stelle	Bezeichnung	Budget 2009 in €	HAR aus VJ in €	Ergebnis 2009 in €	Neuer HAR 2009 in €	Erläuterung
2010	Grundschulen						
Budget	0016	Steinerwaldschule Biblis-Nordheim	43.685,00	2.050,00	41.770,20	5.000,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
Budget	0018	Sonnenuherschule Birkenau	62.140,00	0,00	59.925,08	1.800,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
Budget	0021	Schillerschule Bürstadt	110.860,00	0,00	105.651,66	3.200,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
Budget	0030	Lindenhofschule Groß-Rohrheim	59.010,00	0,00	57.460,25	700,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
Budget	0062	Waldhufenschule Rimbach-Zotzenbach	43.350,00	0,00	41.501,60	900,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
2040	Gymnasien						
Budget	0061	Martin-Luther-Schule Rimbach	313.760,00	0,00	302.576,13	5.900,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
Budget	0036	Starkenburger-Gymnasium Heppenheim	289.920,00	0,00	270.202,13	8.500,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
2060	Förderschulen						
Budget	0067	Albert-Schweitzer-Schule Viernheim	60.980,00	0,00	52.492,40	1.000,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
2070	Berufliche Schulen						
Budget	0007	Heinrich-Metzendorf-Schule Bensheim	381.990,00	0,00	369.681,39	3.400,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
2100	Kreisvolkshochschule						
6179000	1034	Kreisvolkshochschule	357.400,00	2.100,00	341.927,00	5.000,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
3010	Hilfe zum Lebensunterhalt						
6880000	2191	Sozialamt	1.055.590,00	0,00	1.011.450,91	5.200,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
3210	Andere Aufgaben der Jugendhilfe						
6880000	1139	Jugendamt - Umsteuerungskonzept	200.000,00	0,00	37.259,94	160.000,00	Nicht verausgabte Mittel aus dem Umsteuerungskonzept.
3220	Seniorenberatung						
610000	4162	Kreissenjorenbeirat	13.050,00	0,00	5.526,76	1.470,00	Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets.
5090	Verwaltung der Kreisstraßen						
6165000	2151	Finanz- und Rechnungswesen	1.000.000,00	30.000,00	908.525,53	22.000,00	Bildung einer Rückstellung für unterlassene Instandhaltung für die K 18.
5100	Öffentlicher Personennahverkehr						
7124000	1041	ÖPNV	814.000,00	0,00	614.821,72	163.790,00	Die Reaktivierung der Überwaldbahnstrecke wird in 2010 fortgesetzt.
7128000	1041	ÖPNV	10.000,00	0,00	7.500,00	2.500,00	Der Betriebskostenzuschuss für das 4. Quartal wurde noch nicht abgerechnet.
5170	Tourismus, Wirtschaftsförderung						
7124000	1001	Dezernat L	200.000,00	140.000,00	199.000,00	141.000,00	Die Reaktivierung der Überwaldbahnstrecke wird in 2010 fortgesetzt.

Zusammenstellung der Haushaltsausgabereste 2009 im Ergebnishaushalt

Produkt Sachkonto	Kosten- stelle	Bezeichnung	Budget 2009 in €	HAR aus VJ in €	Ergebnis 2009 in €	Neuer HAR 2009 in €	Erläuterung
6030	Beteiligungen - Mitgliedschaften						
7125000	4000	Kreiskrankenhaus	2.000.000,00	0,00	0,00	2.000.000,00	Die Mittel werden erst im Jahr 2010 benötigt.
Summe:			7.015.735,00	238.617,62	4.427.272,70	2.531.360,00	

Aufgestellt:
 Heppenheim, 30.04.2010
 Finanz- und Rechnungswesen
 Im Auftrag: gez. Medert

Zusammenstellung der Haushaltsausgabereste 2009 im Finanzhaushalt

Sachkonto	Inv.-Nr.	Produkt KST	Bezeichnung	Budget 2009 in €	HAR aus VJ in €	Ergebnis 2009 in €	Neuer HAR 2009 in €	Erläuterung
0241010	2008INV098	1110 1017	Revision Prüfungssoftware Revision	0,00	60.000,00	0,00	60.000,00	Die Anschaffung konnte auch in 2009 nicht durchgeführt werden.
0810310	2008INV094	1361 3101	Brand- und Katastrophenschutz Einsatzleitwagen	60.000,00	0,00	0,00	45.000,00	Die Lieferung des Einsatzleitwagens erfolgt erst in 2010.
0851010	2009INV044	202199 0011	Kombinierte Schulformen - SIP Schillerschule Bensheim-Auerbach	70.000,00	0,00	0,00	70.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV048	0047	Alfred-Delp-Schule Lampertheim	130.000,00	0,00	0,00	130.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV049	0054	Werner-von-Siemens-Schule Lorsch	70.000,00	0,00	0,00	70.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV050	0058	Freiherr-vom-Stein-Schule Neckarsteinach	70.000,00	0,00	0,00	70.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV051	0060	Dietrich-Bonhoeffer-Schule Rimbach	70.000,00	0,00	0,00	70.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV052	0068	Alexander-von-Humboldt-Schule Viernheim	110.000,00	0,00	0,00	110.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV054	0071	Eugen-Bachmann-Schule Wald-Michelbach	80.000,00	0,00	0,00	80.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0354010	2008INV103	2040 1031	Gymnasien Zuschuss Albertus-Magnus-Schule Viernheim	0,00	627.000,00	570.620,25	56.300,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV041	204099 0004	Gymnasien - SIP Altes Kurfürstliches Gymnasium Bensheim	90.000,00	0,00	0,00	90.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV042	0005	Goethe-Gymnasium Bensheim	200.000,00	0,00	0,00	200.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV046	0036	Starkenburger-Gymnasium Heppenheim	150.000,00	0,00	0,00	150.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV047	0044	Lessing-Gymnasium Lampertheim	140.000,00	0,00	0,00	140.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV053	0072	Überwald-Gymnasium Wald-Michelbach	160.000,00	0,00	0,00	104.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0354010	2008INV104	2060 1031	Förderschulen Zuschuss Martinsschule Ladenburg	2.360.000,00	328.500,00	1.653.865,77	1.034.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0851010	2009INV043	207099 0008	Förderschulen - SIP Karl Kübel Schule Bensheim	90.000,00	0,00	0,00	90.000,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0355910	2009INV069	208599 7000	Schulverwaltung - SIP Sonderinvestitionsprogramm	26.837.700,00	0,00	15.299.719,00	11.537.981,00	Verbleibender Zuschuss aus dem Sonderinvestitionsprogramm (SIP).
0357010	2009INV036	3030 2191	Eingliederungshilfe Behindertenwerkstatt Lorsch	325.000,00	0,00	225.000,00	100.000,00	Auszahlung des Zuschusses nach Baufortschritt.

Zusammenstellung der Haushaltsausgabereste 2009 im Finanzhaushalt

Sachkonto	Inv.-Nr.	Produkt KST	Bezeichnung	Budget 2009 in €	HAR aus VJ in €	Ergebnis 2009 in €	Neuer HAR 2009 in €	Erläuterung
		5090	Verwaltung der Kreisstraßen					
0960010	2008INV008	2206	Kreisstraße 8 Rimbach-Albersbach	0,00	25.000,00	0,00	25.000,00	Die Planungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen.
0960010	2008INV009	2209	Kreisstraße 11 Nieder- und Ober-Liebersbach	120.000,00	0,00	51.325,01	68.600,00	Die Planungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen.
0612010	2008INV010	2211	Kreisstraße 13 Hornbach	342.000,00	0,00	312.129,66	29.200,00	Die Baumaßnahme wird in 2010 weitergeführt.
0612010	2008INV016	2231	Kreisstraße 38 Hirschhorn	508.000,00	0,00	478.772,67	29.200,00	Die Baumaßnahme wird in 2010 weitergeführt.
0960010	2008INV017	2235	Kreisstraße 55/56 Schannenbach	596.000,00	0,00	57.178,98	538.800,00	Die Baumaßnahme wird in 2010 weitergeführt.
0960010	2009INV033	2235	Kreisstraße 55 Knoden-Raidelbach	50.000,00	0,00	10.423,50	39.500,00	Die Baumaßnahme wird in 2010 weitergeführt.
0960010	2008INV019	2244	Kreisstraße 66 Zwingenberg	0,00	28.000,00	4.365,60	7.600,00	Die Baumaßnahme ist noch nicht vollständig abgewickelt.
0960010	2009INV066	2245	Kreisstraße 67, Ausbau freie Strecke	100.000,00	0,00	0,00	100.000,00	Die Baumaßnahme wird in 2010 weitergeführt.
		5100	ÖPNV					
0355010	2009INV031	1041	Überwaldbahn	200.000,00	0,00	0,00	200.000,00	Die Reaktivierung der Überwaldbahn wird in 2010 fortgesetzt.
		5170	Wirtschaftsförderung, Tourismus					
0355010	2009INV012	1001	Überwaldbahn (Grunderwerb)	200.000,00	0,00	0,00	200.000,00	Die Reaktivierung der Überwaldbahn wird in 2010 fortgesetzt.
		6030099	Beteiligungen, Mitgliedschaften (SIP)					
0355910	2009INV074	4000	Kreiskrankenhaus	1.053.500,00	0,00	150.500,00	903.000,00	Verbleibender Zuschuss aus dem Sonderinvestitionsprogramm (SIP).
Summe:				34.182.200,00	1.297.900,00	18.813.900,44	16.348.181,00	

Aufgestellt:
 Heppenheim, 30.04.2010
 Finanz- und Rechnungswesen
 Im Auftrag: gez. Medert

Zusammenstellung der Haushaltseinnahmereste 2009 im Finanzhaushalt

Produkt Sachkonto	Inv.-Nr.	Kosten- stelle	Bezeichnung	Budget 2009 in €	HER aus VJ in €	Ergebnis 2009 in €	Neuer HER 2009 in €	Erläuterung
1361	Brand- und Katastrophenschutz							
3621001	-	3101	Brand- und Katastrophenschutz	18.000,00	0,00	0,00	18.000,00	Der Zuschuss kann erst nach Lieferung des Leitwagens beantragt werden.
6020	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft							
4206001	-	2151	Finanz- und Rechnungswesen	2.216.680,00	2.434.965,00	3.700.000,00	939.637,00	Verbleibende Kreditermächtigung 2009.
Summe:				2.234.680,00	2.434.965,00	3.700.000,00	957.637,00	

Aufgestellt:

Heppenheim, 30.04.2010

Finanz- und Rechnungswesen

Im Auftrag: gez. Medert

Übersicht über die gebildeten Schulbudgets

KST	Schule	Budget	Ergebnis	Verfügbar
0001	Steinachtalschule	23.440 €	23.427,26 €	12,74 €
0002	Hemsbergschule Bensheim	101.540 €	98.160,24 €	3.379,76 €
0003	Joseph-Heckler-Schule Bensheim	84.050 €	83.236,37 €	813,63 €
0004	AKG Bensheim	317.015 €	307.988,97 €	9.026,03 €
0005	Goethe-Gymnasium Bensheim	273.092 €	259.397,94 €	13.694,06 €
0006	Geschwister-Scholl-Schule Bensheim	412.020 €	398.716,99 €	13.303,01 €
0007	Heinrich-Metzendorf-Schule Bensheim	373.129 €	369.681,39 €	3.447,61 €
0008	Karl-Kübel-Schule Bensheim	234.288 €	223.636,53 €	10.651,47 €
0009	Kirchbergschule Bensheim	67.430 €	67.283,00 €	147,00 €
0010	Seebergschule Bensheim	167.120 €	163.593,92 €	3.526,08 €
0011	Schillerschule Bensheim-Auerbach	236.950 €	236.897,35 €	52,65 €
0012	Schloßbergschule Bensheim-Auerbach	57.880 €	56.890,49 €	989,51 €
0013	Carl-Orff-Schule Bensheim-Fehlheim	38.400 €	38.322,66 €	77,34 €
0014	Märkerwaldschule Bensheim-Gronau	9.280 €	8.907,14 €	372,86 €
0015	Schule in den Weschnitzauen Biblis	79.664 €	73.922,49 €	5.741,51 €
0016	Steinerwaldschule	45.735 €	39.720,20 €	6.014,80 €
0018	Sonnenuhrenscheule Birkenau	62.140 €	59.925,08 €	2.214,92 €
0019	Langenbergschule Birkenau	169.960 €	165.321,40 €	4.638,60 €
0020	GS Birkenau-Nieder-Liebersbach	32.110 €	31.269,39 €	840,61 €
0021	Schillerschule Bürstadt	110.860 €	105.651,66 €	5.208,34 €
0022	Erich-Kästner-Schule Bürstadt	253.030 €	252.722,63 €	307,37 €
0023	Astrid-Lindgren-Schule Bürstadt-Bobstadt	45.090 €	41.294,27 €	3.795,73 €
0024	Schule an der Weschnitz	58.480 €	50.734,14 €	7.745,86 €
0025	Müller-Guttenbrunn-Schule Fürth	81.408 €	73.253,22 €	8.154,78 €
0026	HBS Fürth	184.820 €	173.319,80 €	11.500,20 €
0027	Schule am Katzenberg	12.900 €	12.821,08 €	78,92 €
0028	Daumbergschule Gorxheimertal	32.610 €	31.079,57 €	1.530,43 €
0029	Ulfenbachtalschule Grasellenbach	43.010 €	37.112,54 €	5.897,46 €
0030	Lindenhofschule Groß-Rohrheim	59.010 €	57.460,25 €	1.549,75 €
0031	Martin-Buber-Schule HP	179.774 €	176.388,54 €	3.385,46 €
0032	Schloßschule HP	51.240 €	49.446,61 €	1.793,39 €
0033	Nibelungenschule HP	69.520 €	65.082,55 €	4.437,45 €
0034	Konrad-Adenauer-Schule HP	110.060 €	104.439,51 €	5.620,49 €
0035	Siegfriedschule HP	9.780 €	9.772,07 €	7,93 €
0036	Starkenburger-Gymnasium HP	282.285 €	270.202,13 €	12.082,87 €
0037	Abendschule HP	14.890 €	14.490,46 €	399,54 €
0038	Christophorus-Schule HP-Hambach	9.200 €	8.358,76 €	841,24 €
0039	Eichendorffschule HP-Kirschhausen	61.430 €	60.558,01 €	871,99 €
0040	Neckartalschule Hirschhorn	58.560 €	58.474,20 €	85,80 €
0041	Schillerschule Lampertheim	74.510 €	71.981,43 €	2.528,57 €
0042	Goetheschule Lampertheim	75.660 €	75.077,27 €	582,73 €
0043	Pestalozzischeule Lampertheim	59.250 €	57.661,02 €	1.588,98 €
0044	Lessing-Gymnasium Lampertheim	301.680 €	296.034,78 €	5.645,22 €
0045	Berufliche Schulen Lampertheim	245.500 €	234.461,89 €	11.038,11 €
0046	Biedensandschule Lampertheim	97.420 €	87.516,32 €	9.903,68 €
0047	Alfred-Delp-Schule Lampertheim	230.584 €	228.361,61 €	2.222,39 €
0048	Nibelungenschule Lampertheim-Hofheim	80.410 €	79.778,38 €	631,62 €
0049	Seehofschule Lampertheim-Hüttenfeld	23.440 €	21.354,13 €	2.085,87 €

Übersicht über die gebildeten Schulbudgets

KST	Schule	Budget	Ergebnis	Verfügbar
0050	GS Lautertal-Elmshausen	28.500 €	28.242,00 €	258,00 €
0051	Mittelpunktschule Lautertal-Gadernheim	141.275 €	136.259,65 €	5.015,35 €
0052	Felsenmeerschule Lautertal-Reichenbach	36.480 €	36.266,56 €	213,44 €
0053	COS Lindenfels	41.470 €	41.158,24 €	311,76 €
0054	Werner-von-Siemens-Schule Lorsch	227.675 €	216.222,03 €	11.452,97 €
0055	Wingertsbergschule Lorsch	78.580 €	78.511,86 €	68,14 €
0056	Schloßhofschule Mörlenbach	67.850 €	59.904,17 €	7.945,83 €
0057	Weschnitztalschule Mörlenbach	57.900 €	53.917,17 €	3.982,83 €
0058	Freiherr-vom-Stein-Schule Neckarsteinach	132.650 €	130.819,88 €	1.830,12 €
0059	Brüder-Grimm-Schule Rimbach	26.260 €	26.139,67 €	120,33 €
0060	DBS Rimbach	149.345 €	144.998,43 €	4.346,57 €
0061	MLS Rimbach	308.591 €	302.576,13 €	6.014,87 €
0062	Waldhufenschule Rimbach-Zotzenbach	43.350 €	41.501,60 €	1.848,40 €
0063	Schillerschule Viernheim	64.920 €	59.101,40 €	5.818,60 €
0064	Goetheschule Viernheim	54.170 €	51.200,63 €	2.969,37 €
0065	Nibelungenschule Viernheim	94.950 €	89.313,38 €	5.636,62 €
0066	Friedrich-Fröbel-Schule Viernheim	196.285 €	192.541,24 €	3.743,76 €
0067	Albert-Schweitzer-Schule Viernheim	60.980 €	52.492,40 €	8.487,60 €
0068	Alexander-v.-Humboldt-Schule Viernheim	264.130 €	264.127,91 €	2,09 €
0069	Adam-Karrillon-Schule Wald-Michelbach	87.590 €	83.616,04 €	3.973,96 €
0071	EBS Wald-Michelbach	181.365 €	181.147,01 €	217,99 €
0072	ÜWG Wald-Michelbach	182.362 €	173.383,25 €	8.978,75 €
0073	GS U.-Schönmattenweg	12.440 €	11.538,48 €	901,52 €
0074	Melibokusschule Zwingenberg	69.842 €	69.841,38 €	0,62 €
0075	Grundschule in den Kappesgärten	45.320 €	45.157,69 €	162,31 €
Gesamt:		8.355.934 €	8.081.165,84 €	274.768,16 €

Übersicht über das Budget der Kreisvolkshochschule

Sachkonto	Beschreibung	Budget	Ergebnis	Verfügbar
5006000	Erlöse aus dem Betrieb der KVHS	-1.200 €	-528,58 €	-671,42 €
5106000	Öffentlich-rechtliche Erlöse aus dem Betrieb der KVHS	-507.700 €	-564.700,88 €	57.000,88 €
5330000	Erträge aus Schadensersatzleistungen	-200 €	0,00 €	-200,00 €
5421000	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Land	-220.000 €	-233.965,00 €	13.965,00 €
5482000	Kostenerstattungen von Gemeinden/GV	-4.100 €	-5.952,47 €	1.852,47 €
5487000	Kostenerstattungen von priv Unternehmen	-7.000 €	-6.495,00 €	-505,00 €
5490000	Andere Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0 €	-726,56 €	726,56 €
Erträge Gesamt:		-740.200 €	-812.368,49 €	72.168,49 €
6010000	Aufwendungen für Büromaterial und Drucksachen der Verwaltung	4.500 €	3.108,51 €	1.391,49 €
6011000	Lehr- und Unterrichtsmittel	10.600 €	5.888,24 €	4.711,76 €
6051000	Strom	2.400 €	1.908,69 €	491,31 €
6052000	Gas	3.300 €	3.113,01 €	186,99 €
6056000	Wasser	100 €	797,64 €	-697,64 €
6057000	Abwasser	100 €	0,00 €	100,00 €
6062000	Materialaufwand für technische Anlagen in Betriebsbauten	1.000 €	84,49 €	915,51 €
6063000	Materialaufwand für Einrichtungen und Ausstattungen	500 €	251,53 €	248,47 €
6081000	Reinigungsmaterial	200 €	84,58 €	115,42 €
6089000	übriger sonstiger Materialaufwand	0 €	1.474,81 €	-1.474,81 €
6100000	Aufwendungen für bezogene Leistungen	358.800 €	428.168,24 €	-69.368,24 €
6131000	Aufwandsentschädigung ehrenamtliche Tätige	8.900 €	8.950,00 €	-50,00 €
6163000	Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattungen	400 €	2.549,44 €	-2.149,44 €
6166000	Wartungskosten	12.200 €	11.405,20 €	794,80 €
6169000	sonstige Fremdinstandhaltung	0 €	323,81 €	-323,81 €
6171000	Aufwendungen für Fremdensorgung	100 €	0,00 €	100,00 €
6173000	Fremdreinigung	500 €	0,00 €	500,00 €
6179000	Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.400 €	22.980,01 €	-3.580,01 €
6200001	Entgelt für geleistete Arbeitszeit	176.550 €	236.804,40 €	-60.254,40 €
6220001	Entgelte für andere Zeiten	58.850 €	0,00 €	58.850,00 €
6300001	Dienst-, Amtsbezüge einschließlich tariflicher Zulagen	65.175 €	85.202,63 €	-20.027,63 €
6324001	Sonstige Bezüge für andere Zeiten	21.725 €	0,00 €	21.725,00 €
6400001	AG-Anteil zur Sozialversicherung Entgeltbereich	47.100 €	47.058,06 €	41,94 €
6460003	Zuführung zu Pensionsrückstellungen	54.400 €	49.865,39 €	4.534,61 €
6461000	Zuführung zu Beihilferückstellungen	6.700 €	5.338,50 €	1.361,50 €
6470000	Zusatzversorgung Entgeltbereich	19.500 €	19.661,74 €	-161,74 €
6640000	Abschreibung auf andere Anlagen, BGA	3.500 €	2.581,34 €	918,66 €
6650000	Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	6.000 €	4.844,89 €	1.155,11 €
6672000	Einzelwertberichtigungen	0 €	497,50 €	-497,50 €
6700000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	21.000 €	25.257,70 €	-4.257,70 €
6710000	Leasing	13.000 €	12.008,13 €	991,87 €
6750000	Bankspesen / Kosten des Geldverkehrs	800 €	659,00 €	141,00 €
6810000	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	1.000 €	863,80 €	136,20 €
6820000	Porto und Versandkosten	10.300 €	15.188,52 €	-4.888,52 €
6831000	Datenübertragungskosten	700 €	827,86 €	-127,86 €
6832000	Telefonkosten	2.800 €	2.556,39 €	243,61 €
6850000	Reisekosten	1.500 €	1.156,38 €	343,62 €
6861000	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	42.000 €	30.187,29 €	11.812,71 €
6862000	Aufwendungen für Gästebewirtung	1.000 €	1.076,35 €	-76,35 €
6871000	Werbung - Geschenke bis 35 €	500 €	616,58 €	-116,58 €
6880000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	2.000 €	1.704,90 €	295,10 €
6909000	Beiträge für sonstige Versicherungen	2.500 €	1.360,78 €	1.139,22 €
6910000	Beiträge Wirtschaftsverbände & Berufsvertretungen	3.800 €	3.814,83 €	-14,83 €
7122000	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)	114.300 €	112.498,00 €	1.802,00 €
7970000	periodenfremde Aufwendungen	0 €	20,90 €	-20,90 €
Aufwendungen Gesamt:		1.099.700 €	1.152.740,06 €	-53.040,06 €

Übersicht über das Budget der Erziehungsberatungsstelle Lampertheim

Sachkonto	Beschreibung	Budget	Ergebnis	Verfügbar
5309900	andere sonstige Nebenerlöse	-52 €	-650,00 €	598,00 €
5410310	Bedarfszuweisung des Landes nach LAG, Landesausgleichsstock	-33.337 €	-33.337,00 €	0,00 €
5428000	Zuschüsse für laufende Zwecke von übrigen Bereichen	-1.000 €	-1.620,94 €	620,94 €
5989000	sonstige periodenfremde Erträge	0 €	-100,00 €	100,00 €
Erträge Gesamt:		-34.389 €	-35.707,94 €	1.318,94 €
6010000	Aufwand für Büromaterial und Drucksachen der Verwaltung	1.500 €	1.202,84 €	297,16 €
6011000	Lehr- und Unterrichtsmittel	819 €	383,85 €	435,15 €
6051000	Strom	600 €	600,00 €	0,00 €
6052000	Gas	5.550 €	5.913,96 €	-363,96 €
6062000	Materialaufwand für techn. Anlagen in Betriebsbauten	300 €	104,30 €	195,70 €
6063000	Materialaufwand für Einrichtungen und Ausstattungen	500 €	500,00 €	0,00 €
6081000	Reinigungsmaterial	1.000 €	354,83 €	645,17 €
6089000	übriger sonstiger Materialaufwand	1.000 €	1.312,32 €	-312,32 €
6100000	Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.730 €	5.746,00 €	2.984,00 €
6161000	Instandhaltung Gebäude, Außenanlagen	750 €	600,00 €	150,00 €
6166000	Wartungskosten	1.830 €	1.374,41 €	455,59 €
6171000	Aufwendungen für Fremdensorgung	912 €	719,40 €	192,60 €
6173000	Fremdreinigung	5.200 €	4.767,28 €	432,72 €
6179000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.314 €	147,50 €	2.166,46 €
6650000	Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0 €	813,29 €	-813,29 €
6700000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	35.429 €	6.359,76 €	29.069,52 €
6710000	Leasing	3.170 €	0,00 €	3.170,00 €
6810000	Aufwand für Zeitungen und Fachliteratur der Verwaltung	1.009 €	691,95 €	317,05 €
6820000	Porto und Versandkosten	350 €	185,90 €	164,10 €
6831000	Datenübertragungskosten	350 €	-159,21 €	509,21 €
6832000	Telefonkosten	2.000 €	3.068,92 €	-1.068,92 €
6850000	Reisekosten	4.735 €	1.390,01 €	3.344,99 €
6861000	Aufwand für Öffentlichkeitsarbeit	2.400 €	0,00 €	2.400,00 €
6869000	sonstige Aufwendungen für Repräsentation	150 €	0,00 €	150,00 €
6880000	Aufwand für Fort- und Weiterbildung	894 €	415,00 €	479,00 €
6890000	sonstige Aufwendungen für Kommunikation	620 €	377,58 €	242,42 €
6909000	Beiträge für sonstige Versicherungen	1.200 €	814,04 €	385,96 €
6993000	übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	859 €	513,32 €	345,68 €
Aufwendungen Gesamt:		84.171 €	38.197,25 €	45.973,99 €

Übersicht über das Budget der Erziehungsberatungsstelle Bensheim

Sachkonto	Beschreibung	Budget	Ergebnis	Verfügbar
5090000	sonstige Umsatzerlöse	0 €	-10.000,00 €	10.000,00 €
5300100	Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	-10.465 €	0,00 €	-10.465,00 €
5309900	andere sonstige Nebenerlöse	-52 €	0,00 €	-52,00 €
5410310	Bedarfszuw. d Landes nach LAG, Landesausgleichsst.	-45.505 €	-45.505,00 €	0,00 €
5428000	Zusch. für lfd Zwecke von übrigen Bereichen	-6.136 €	-1.555,00 €	-4.581,00 €
	Erträge Gesamt:	-62.158 €	-57.060,00 €	-5.098,00 €
6010000	Aufw. für Büromat. u. Drucks. d. Verw. u. ähnl. Ei	2.410 €	2.384,64 €	25,36 €
6011000	Lehr- und Unterrichtsmittel	205 €	16,90 €	188,10 €
6030000	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	2.040 €	22,20 €	2.017,80 €
6051000	Strom	3.000 €	0,00 €	3.000,00 €
6052000	Gas	1.900 €	0,00 €	1.900,00 €
6056000	Wasser	700 €	0,00 €	700,00 €
6057000	Abwasser	500 €	0,00 €	500,00 €
6061000	Materialaufw. für Gebäude u. Außenanlagen	300 €	0,00 €	300,00 €
6062000	Materialaufw. für techn. Anlagen in Betriebsbauten	2.800 €	182,54 €	2.617,46 €
6063000	Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	8.485 €	81,91 €	8.403,09 €
6069000	sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	200 €	26,00 €	174,00 €
6081000	Reinigungsmaterial	750 €	65,91 €	684,09 €
6089000	übriger sonstiger Materialaufwand	200 €	0,00 €	200,00 €
6100000	Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.631 €	27.709,20 €	-9.078,20 €
6162000	Instandh. von techn. Anlagen in Betriebsbauten	150 €	0,00 €	150,00 €
6163000	Instandh. von Einrichtungen und Ausstattungen	450 €	178,74 €	271,26 €
6166000	Wartungskosten	250 €	0,00 €	250,00 €
6171000	Aufwendungen für Fremdensorgung	700 €	0,00 €	700,00 €
6173000	Fremdreinigung	2.000 €	119,00 €	1.881,00 €
6179000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.500 €	10,00 €	1.490,00 €
6200001	Entg. für geleist. Arbeitszeit (einschl. Zulagen)	0 €	2.842,24 €	-2.842,24 €
6400001	AG-Anteil zur Sozialvers. Entgeltbereich	0 €	81,07 €	-81,07 €
6470000	Zusatzversorgung Entgeltbereich	0 €	2,61 €	-2,61 €
6640000	Abschr. auf and. Anlagen, BGA	0 €	87,27 €	-87,27 €
6650000	Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0 €	3.545,49 €	-3.545,49 €
6672000	Einzelwertberichtigungen	0 €	300,00 €	-300,00 €
6700000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	32.300 €	23.069,52 €	9.230,48 €
6779000	Aufw. für andere Beratungsleistungen	0 €	3.094,00 €	-3.094,00 €
6810000	Aufw. für Zeitungen u Fachlit. d. Verw. u ähnl. Ei	550 €	371,46 €	178,54 €
6820000	Porto und Versandkosten	250 €	72,60 €	177,40 €
6831000	Datenübertragungskosten	100 €	86,04 €	13,96 €
6832000	Telefonkosten	2.850 €	2.496,34 €	353,66 €
6850000	Reisekosten	767 €	0,00 €	767,00 €
6880000	Aufw. Für Fort- und Weiterbildung	5.757 €	1.067,00 €	4.690,00 €
6909000	Beiträge für sonstige Versicherungen	810 €	871,64 €	-61,64 €
6993000	übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	757 €	224,66 €	532,34 €
	Aufwendungen Gesamt:	91.312 €	69.008,98 €	22.303,02 €

Übersicht über die gebildeten Budgets

Kostenstelle	Bezeichnung	Budget	Ergebnis	Verfügbar
1001	Dez. L, Steuerungsunterstützung und Büro Dez. L	62.700,00 €	61.651,15 €	1.048,85 €
1004	Frauenbeauftragte	7.550,00 €	6.053,42 €	1.496,58 €
1006	EU-Förderung	43.870,00 €	31.612,60 €	12.257,40 €
1008	Personalrat	20.600,00 €	12.167,97 €	8.432,03 €
1011	Kreistagsbüro	298.900,00 €	280.512,13 €	18.387,87 €
1012	Bürgerservice	102.470,00 €	94.862,69 €	7.607,31 €
1013	Pressestelle	24.845,00 €	24.322,74 €	522,26 €
1014	Personalmanagement	119.153,71 €	119.153,71 €	0,00 €
1015	Organisation	2.083.660,00 €	2.101.676,24 €	-18.016,24 €
1016	Controlling	19.271,00 €	12.770,10 €	6.500,90 €
1017	Revision	35.950,00 €	32.074,14 €	3.875,86 €
1031	Schulabteilung	1.268.558,00 €	1.098.874,70 €	169.683,30 €
1041	ÖPNV	1.151.600,00 €	1.098.367,84 €	53.232,16 €
1062	Kommunalaufsicht	47.500,00 €	36.715,55 €	10.784,45 €
1063	Ordnungs- und Gewerbewesen	14.000,00 €	8.106,40 €	5.893,60 €
1064	Strassenverkehrswesen	239.400,00 €	221.910,41 €	17.489,59 €
1133	Jugendamt	191.850,00 €	154.984,85 €	36.865,15 €
2065	Wasser	39.760,00 €	16.322,53 €	23.437,47 €
2140	Ausländer	44.710,00 €	43.297,78 €	1.412,22 €
2151	Finanz-und Rechnungswesen	2.019.940,00 €	1.949.160,82 €	70.779,18 €
2181	Bauaufsicht	147.575,00 €	147.161,47 €	413,53 €
2191	Sozialamt	1.055.590,00 €	1.012.800,91 €	42.789,09 €
3101	Katastrophenschutz	355.677,00 €	313.538,82 €	42.138,18 €
4150	Veterinärwesen	742.700,00 €	632.246,30 €	110.453,70 €
4161	Gesundheitsamt	80.532,69 €	65.696,15 €	14.836,54 €
Gesamt:		10.218.362,40 €	9.576.041,42 €	642.320,98 €

Personal- und Stellenwirtschaft des Kreises Bergstraße für den Rechenschaftsbericht 2009

Am 31. Dezember 2009 waren in der Kreisverwaltung Bergstraße **817** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Beschäftigung und Stellen entwickelten sich wie folgt:

Personalentwicklung	2009	2008	Veränderung 2009 zu 2008
Beamtinnen / Beamte	154	157	-3
Beschäftigte	601	603	-2
Berufspraktikantinnen/-praktikanten	3	3	0
Aushilfen/Zeitangestellte	36	28	8
Auszubildende ¹⁾	23	25	-2
Summe:	817	816	1
./. beurlaubte Bedienstete	20	20	0
./. Bedienstete in der Freistellungsphase der Altersteilzeit	27	25	2
aktive Mitarbeiter/innen in der Kreisverwaltung Bergstraße	770	771	-1
davon ehemalige Landesbedienstete	98	98	0

Stellenentwicklung	2009	2008	Veränderung 2009 zu 2008
Planstellen	639	641	-2
davon für Beamten/Beamtinnen ²⁾	174	177	-3
davon für tariflich Beschäftigte	435	434	1
davon für Auszubildende (incl. Berufspraktikanten)	30	30	0
davon Stellen der ehemaligen Landesverwaltung	78,5	78,5	0
tatsächlich besetzte Stellen zum 30.06.	628	618,5	9,5

1) **Auszubildende zum Stichtag 31.12.2009:** 5 Azubis zum Diplom-Verwaltungswirt, 9 Azubis zum Diplom-Betriebswirt (Fachrichtung Öffentliche Wirtschaft), 1 Azubi zur/zum Informatikkaufrau/ -kaufmann, 5 Azubis zur/zum Verwaltungsfachangestellten und 3 Azubis zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation

2) incl. Stellen für Beamte in Eigenbetrieben

Beschäftigte der Eigenbetriebe des Kreises Bergstraße sind in den Daten zur Personal- und Stellenentwicklung **nicht** enthalten.

Die Differenz zwischen der Anzahl der Beschäftigten und der Stellenanzahl durch teilzeitbeschäftigte MitarbeiterInnen begründet, die sich Stellen teilen.

**Übersicht über die realen über- und außerplanmäßigen Ausgaben
des Haushaltsjahres 2009**

KTR	KST	Bezeichnung	bewilligt	in Anspruch genommen
1081	1015	Zentrale Dienste und Fuhrpark	3.300,00 €	2.087,55 €
2010	0002	Hemsbergschule Bensheim	8.000,00 €	4.620,24 €
1361	3101	Brand- und Katastrophenschutz	1.000,00 €	0,00 €
2010	0014	Märkerwaldschule Bensheim-Gronau	10,00 €	5,95 €
2021	0047	Alfred-Delp-Schule Lampertheim	300,00 €	283,53 €
2010	0039	Eichendorffschule Kirschhausen	6.100,00 €	5.228,01 €
2010	0034	Konrad-Adenauer-Schule Heppenheim	4.900,00 €	4.305,69 €
2010	0001	Steinachtalschule Abtsteinach	10,00 €	9,69 €
2010	0074	Melibokusschule Zwingenberg	102,00 €	101,38 €
1051	1014	Personalmanagement- und Entwicklung	2.073,71 €	2.073,71 €
1051	1014	Personalmanagement- und Entwicklung	3.479,60 €	3.479,60 €
1010 - 6030	1014	Personalmanagement- und Entwicklung	8.979,58 €	8.979,58 €
Summe:			38.254,89 €	22.195,35 €

Jahresrechnung 2009

Kreis Bergstraße

Gesamtergebnisrechnung						
Pos.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2008	Fortgeschriebener Ansatz des Hj. 2009	Ergebnis des Hj. 2009	Vergleich Ansatz / Ergebnis Hj.
1	2	3	4	5	6	7
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-137.104,24	-89.000	-62.240,27	-26.759,73
02	51	Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-7.391.085,60	-6.442.400	-6.867.230,30	424.830,30
03	548-549	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-4.887.740,43	-4.283.442	-3.810.478,90	-472.963,10
04	52	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen				
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-130.953.200,00	-147.759.216	-147.760.820,08	1.604,08
06	547	Erträge aus Tranferleistungen	-71.845.761,26	-79.214.470	-74.270.025,71	-4.944.444,29
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-60.241.376,61	-58.789.336	-58.784.354,36	-4.981,64
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-1.880.655,43	-2.363.900	-2.220.174,18	-143.725,82
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-155.626,45	-185.379	-369.812,73	184.433,73
10		Summe der ordentlichen Erträge	-277.492.550,02	-299.127.143	-294.145.136,53	-4.982.006,47
11	62,63,65, 640-643 647-649	Personalaufwendungen	29.480.071,94	30.934.300	31.030.429,87	-96.129,87
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	3.872.768,95	4.402.800	4.050.289,76	352.510,24
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.736.081,48	30.405.867	28.800.659,54	1.605.207,46
14	66	Abschreibungen	3.913.478,71	3.866.730	4.477.648,23	-610.918,23
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie bes. Finanzzuwendungen	41.853.669,14	44.735.579	43.548.035,69	1.187.543,31
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	36.930.389,00	39.483.850	39.442.971,66	40.878,34
17	72	Transferaufwendungen	139.616.563,44	150.365.578	144.873.523,37	5.492.054,63
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.072,27	7.000	9.084,55	-2.084,55
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen	284.408.094,93	304.201.704	296.232.642,67	7.969.061,33
20		Verwaltungsergebnis (Pos. 10 J. Pos 19)	6.915.544,91	5.074.561	2.087.506,14	2.987.054,86
21	56, 57	Finanzerträge	-2.267.416,55	-302.620	-325.255,07	22.635,07
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.198.324,35	5.510.000	4.539.215,56	970.784,44
23		Finanzergebnis (Pos. 21 J. Pos. 22)	6.930.907,80	5.207.380	4.213.960,49	993.419,51
24		Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 + Pos. 23)	13.846.452,71	10.281.941	6.301.466,63	3.980.474,37
25	59	Außerordentliche Erträge	-2.492.575,54	-1.981.328	-6.994.024,37	5.012.696,37
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	8.005.925,68	4.776.808	9.894.094,99	-5.117.286,99
27		Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 J. Pos. 26)	5.513.350,14	2.795.480	2.900.070,62	-104.590,62
28		Jahresergebnis (Pos. 24 + Pos. 27)	19.359.802,85	13.077.421	9.201.537,25	3.875.883,75
29		Sekundäre Erträge		-7.104.780	-7.036.420,80	-68.359,20
30		Sekundäre Aufwendungen		7.104.780	7.036.420,80	68.359,20
31		Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen				
32		Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	19.359.802,85	13.077.421	9.201.537,25	3.875.883,75

Jahresrechnung 2009

Kreis Bergstraße

Gesamtfinanzrechnung (indirekt gem. § 47 Abs. 1 GemHVO)					
Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2008	Fortgeschriebener Ansatz des Hj. 2009	Ergebnis des Hj. 2009	Vergleich Ansatz / Ergebnis Hj. 2009
1	2	3	4	5	6
01	Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	-19.359.802,85	-13.077.421	-9.201.537,25	-3.875.883,75
02	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2.845.353,65	3.866.730	3.428.762,80	437.967,20
03	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen	-1.880.655,43	-2.363.900	-2.220.174,18	-143.725,82
04	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	291.602,59	817.300	2.528.851,00	-1.711.551,00
05	-/+ Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	1.577.168,47	4.642.871	4.597.362,78	45.508,22
06	+/- Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge				1.048.885,43
07	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aLL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.099.533,16	-1.000.000	-859.586,57	-1.189.298,86
08	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aLL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-206.228,74	0	-971.438,97	971.438,97
09	Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.832.095,47	-7.114.420	-2.697.760,39	-4.416.659,61
10	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.615.699,16	30.249.250	23.318.811,17	6.930.438,83
11	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst. des Sachanlageverm. und imm. Anlagevermögens	2.942,34	5.000	10.120,49	-5.120,49
12	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und imm. Anlagevermögens <i>(davon: Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen und -zuschüsse)</i>	-5.676.298,49	-37.915.030	-22.506.625,66	-15.408.404,34
13	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlageverm. <i>(davon: Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Krediten)</i>	24.005,44	524.100	21.145,23	502.954,77
14	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen <i>(davon: Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten)</i>	-64.722,77	-730.500	-229.553,84	-500.946,16
15	Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-3.098.374,32	-7.867.180	613.897,39	-8.481.077,39
16	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen <i>(davon: Kreditaufnahmen für Umschuldungen)</i> <i>(davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)</i>	263.970.116,45	272.325.180	188.858.411,59	83.466.768,41
		1.166.046,89	3.458.000	3.457.904,26	95,74
		259.750.000,00		176.038.000,00	-176.038.000,00
17	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen <i>(davon: Tilgungen für Umschuldungen)</i> <i>(davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)</i>	-244.410.967,43	-256.083.000	-186.948.915,61	-69.134.084,39
		-1.166.046,89	-3.458.000	-3.457.904,26	-95,74
		-240.650.000,00		-181.020.000,00	-181.020.000,00
18	Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	19.559.149,02	16.242.180	1.909.495,98	14.332.684,02
19	Einzahlungen Aus fremden Finanzmitteln	51.128.397,44	50.000.000	49.074.917,18	925.082,82
20	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	-50.847.699,99	-50.000.000	-48.920.828,66	-1.079.171,34
21	Finanzmittelüberschuss / -fehlbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	280.697,45	0,00	154.088,52	-154.088,52
22	Finanzmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 9, 15, 18 und 21)	-1.090.623,32	1.260.580	-20.278,50	1.280.858,50
23	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	1.675.973,16	585.350	585.349,84	0,16
24	Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Pos. 22 + 23)	585.349,84	1.845.930	565.071,34	1.280.858,66

Jahresrechnung 2009

Kreis Bergstraße

Gesamtfinanzrechnung (direkt gem. § 47 Abs. 2 und 3 GemHVO)

Pos.	Beschreibung	Ergebnis des Vorjahres 2008	Ergebnis des Hj. 2009	Vergleich Ergebnis des Hj. 2008 / 2009
1	2	3	4	5
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	125.529,10	75.587,30	49.941,80
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6.761.067,62	6.821.292,63	-60.225,01
03	Kostenzusatzleistungen und -erstattungen	4.146.935,59	3.668.973,33	477.962,26
04	Steuern- und steuerähnliche Erträge einschl.	130.953.632,00	147.760.820,08	-16.807.188,08
05	Einzahlungen aus Transferleistungen	69.009.049,98	72.517.040,92	-3.507.990,94
06	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allg. Umlagen	60.087.375,83	59.016.681,72	1.070.694,11
07	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.223.681,63	356.364,04	867.317,59
08	Sonstige ordentliche Einz. u. sonst. außerordentl.	2.150.885,16	1.854.479,04	296.406,12
09	Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	274.458.156,91	292.071.239,06	-17.613.082,15
10	Personalauszahlungen	-29.962.209,67	-31.481.510,94	1.519.301,27
11	Versorgungsauszahlungen	-2.745.152,34	-2.895.249,22	150.096,88
12	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-27.740.217,48	-29.555.692,03	1.815.474,55
13	Auszahlungen für Transferleistungen	-141.696.940,10	-145.518.981,63	3.822.041,53
14	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-44.462.795,57	-41.140.043,38	-3.322.752,19
15	Ausz. für Steuern einschl. Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-36.959.826,50	-39.413.534,16	2.453.707,66
16	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-8.714.678,45	-4.733.921,54	-3.980.756,91
17	Sonst. ordentliche Ausz. und sonstige außerordentliche Auszahlungen (ohne Investitionstätigkeit)	-8.432,27	-30.066,55	21.634,28
18	Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-292.290.252,38	-294.768.999,45	2.478.747,07
19	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-17.832.095,47	-2.697.760,39	-15.134.335,08
20	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.615.699,16	23.318.811,17	-20.703.112,01
21	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV	2.942,34	10.120,49	-7.178,15
22	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	24.005,44	21.145,23	2.860,21
23	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)	2.642.646,94	23.350.076,89	-20.707.429,95
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-24.068,07	-150.103,43	126.035,36
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-677.971,89	-1.160.015,68	482.043,79
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immateriellen Anlagevermögen	-4.974.258,53	-21.196.506,55	16.222.248,02
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-64.722,77	-229.553,84	164.831,07
28	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)	-5.741.021,26	-22.736.179,50	16.995.158,24
29	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./ 28)	-3.098.374,32	613.897,39	-3.712.271,71
30	Einz. aus der Aufnahme von Krediten und innere Darlehen für Investitionen und Begebung von Anleihen <i>(davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)</i>	263.970.116,45 259.750.000,00	188.858.411,59 176.038.000,00	75.111.704,86 83.712.000,00
31	Ausz. aus der Aufnahme von Krediten und innere Darlehen für Investitionen und Begebung von Anleihen <i>(davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)</i>	-244.410.967,43 -240.650.000,00	-186.948.915,61 -181.020.000,00	-57.462.051,82 -421.670.000,00
32	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit (Pos. 30 ./ 31)	19.559.149,02	1.909.495,98	17.649.653,04
33	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	51.128.397,44	49.074.917,18	2.053.480,26
34	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	-50.847.699,99	-48.920.828,66	-1.926.871,33
35	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	280.697,45	154.088,52	126.608,93
36	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag des Haushaltsjahres (Pos. 19, 29, 32, 35)	-1.090.623,32	-20.278,50	-1.070.344,82
37	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	1.675.973,16	585.349,84	1.090.623,32
38	Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Pos. 36 und 37)	585.349,84	565.071,34	20.278,50

